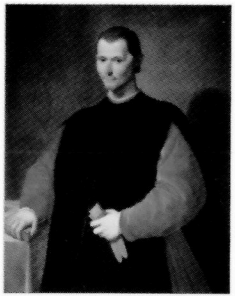
Wildcat

AUS DEM INHAL

- NSU: »Beihilfe im Amt«
- NSA: Public/Private Surveillance Partnership
- **Krisenpanorama**
  - Italien
  - Frankreich
  - Österreich
  - Bosnien

Diagnose:
Rechtlos, hungrig, produktiv, handlungsfähig

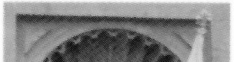
Machiavelli untersucht das florentinische Proletariat zur Zeit seines Aufstands im Jahr 1378.



Niccolò Machiavelli
Gemälde aus dem 16. Jh.

Als der aus Florenz verbannte Niccolò Machiavelli sich bei der Niederschrift seiner »Florentinischen Geschichte« dem revolutionären Augenblick der Unterschicht jener Stadt zuwandte, lag der Anlass 143 Jahre zurück. Der schreibende Staatsmann a.D. war dort vierzehn Jahre lang als Sekretär im höchsten Staatsamt tätig gewesen. Er war selbst Zeuge und Opfer der fortgesetzten Machtkämpfe geworden.

Ausgebürgert nach Gefängnis und Folter, im Widerstand gegen die eigene und die grassierende Resignation der Zeitgenossen, schärfte Machiavelli sein kritisches Werkzeug, die analytische Methode im Umgang mit der politischen Geschichte. Schwerpunkt waren ihm nicht die äußeren, militärischen Konflikte des Staatswesens, sondern die Genese der Interessengegensätze und die aus ihnen erwachsenden Entzweiungen, divisioni, im Inneren der Gesellschaft. So gerüstet blickte Machiavelli auf die politischen Akteure von 1378.



die Niedrigsten, als »Verkrustete«, als »ciompi«. Von ihnen ging im Juli 1378 der erfolgreiche Aufstand der florentinischen Unterschicht aus.

Im Gerangel zwischen den machtgewohnten einundzwanzig »arti« und alten wie neuen Mitbewerbern um Staatsämter und Einfluss hatte eine Partei mit der Unterstützung durch »die Straße« gepokert. Daraus wurde mehr als das Geplante. Die »ciompi« gingen nach vorn und fanden massenhaft Verstärkung bei den anderen Rechtlosen und Ausgebeuteten der Stadt. Schnell räumte die amtierende Koalition aus Handwerksmeistern, Händlern und Bankiers vor den improvisiert bewaffneten Massen das Feld und übergab die politische Führung an einen »ciompo«, einen Wollkämmer, der zum Sprecher der Bewegung ernannt worden war. Die Macht der fünfzigtausend Produzenten des florentinischen Reichtums über dessen Nutznießer dauerte solange, wie die besitzlose Schicht zu essen hatte. Keiner der Machtgewohnten war bereit, Forderungen der Arbeiter auch nur entgegenzu-

Buchbesprechungen

Anti-Totalitarismus ersetzt alte durch neue Opfer: die Arbeiterklasse durch die Nation, und alte durch neue Täter: den Kapitalismus durch den Kommunismus. Viele, vor allem verarmte Teile der Bevölkerung, erinnern sich nostalgisch an die Tito-Zeit – eine melancholische Kritik des jetzigen Kapitalismus.

Auch die Schulbücher werden entsprechend umgeschrieben (Puškarevićs wichtiger, leider etwas langatmiger Beitrag). Nazi-Kollaborateure werden zu Antifaschisten und ehrenhaften Patrioten, bekannte faschistische Gruppen wie die serbischen Četniks zu Rettern des Volkes, der (kommunistische) Widerstand im Zweiten Weltkrieg national vereinnahmt – auch hier wieder EU-konform.

Für viele begann der Jugoslawien-Krieg am 13. Mai 1990 im Zagreber Fußballstadion, als nationalistische Fans sich zu Anfang des Spiels zwischen Roter Stern Belgrad und Dinamo Zagreb niederprügelten. Aus den Fanclubs dieser Vereine rekrutierten die zahlreichen Warlords (Frenki, Arkan...) dann auch ihre

Die Arbeiterklasse nicht als leidende, sondern als aktiv kämpfende Klasse

Manfred Jansen: »*Ihr seid Träumer‹ sagte der Traum*« | Selbstverlag 2014 | 16 Euro

Der Metallarbeiter Manfred Jansen beschreibt in seinem Buch über zehn Jahre hinweg den Kampf der 300-köpfigen Belegschaft eines Stuttgarter Metallbetriebs, mit dem sie zahlreiche Zumutungen des Unternehmers erfolgreich abwehren konnten: Zukauf anderer Betriebe, Aufspalatung, Umstellung der Produktion und vor dreieinhalb Jahren die Drohung mit Schließung und Zerschlagung. Am Ende mussten bereits entlassene KollegInnen wieder eingestellt werden.

Kurz nachdem Manfred in dem Betrieb eingestellt ist, beginnt er, sich gewerkschaftlich zu betätigen. Zusammen mit entschlossenen KollegInnen wird aus

Kampfformen sind erfolgreich, weil der Unternehmer in hohem Maße auf die sehr qualifizierten FacharbeiterInnen angewiesen ist. Im Gegensatz zum Unternehmer verfügen sie über das Produktionswissen und können daraus Macht entwickeln.

Die notwendige Bewusstseinsbildung findet in den betrieblichen Auseinandersetzungen statt, aber, wie der Autor betont: »nicht ausschließlich dort!« und »nicht spontan« (S. 567). Bildungsarbeit und politische ImpulsgeberInnen von außen haben eine wichtige Funktion. Es komme auf die Personen an und auf die richtige »Führung«: keine Bevormundung, sondern gemeinsam mit der Basis die

Mit den Unmengen an billigem Geld wurden glänzende Fassaden hochgezogen. Aber der größte Flughafen, die größte Brücke und die größte Moschee der Welt können nicht dauerhaft darüber hinwegtäuschen, dass z. B. die Türkei an hohen Leistungsbilanzdefiziten leidet und auf anhaltenden Kapitalzufluss angewiesen ist. Als die US-amerikanische Notenbank im Sommer 2013 andeutete, nicht auf Dauer jeden Monat 85 Mrd. Dollar in diese globale Spekulation pumpen zu können, kehrten sich die Kapitalströme um, die Situation kippte. Dazu kamen in der Türkei starke Protestbewegungen, später auch in Brasilien usw. (siehe Wildcat 95).

In vielen Teilen der Welt kann das Kapital heute die aufständischen Massen nicht mehr durch Verwertung und Entwicklung befrieden. In den 60er Jahren hatte ein Flugblatt vor *Fiat* darauf hingewiesen, dass es dem Unternehmer Agnelli nicht darum gehe, sich privat zu bereichern und goldene Kleider zu tragen. Heute scheint genau das Gegenteil der Fall zu sein: die Herrschenden bereichern sich schamlos, aber die Unternehmer »unternehmen« nichts mehr. Kapitalistische »Entwicklung« und »Aufbau des Sozialismus« gehen nicht mehr zusammen – der alte Traum der Sozialdemokratie ist ausgeträumt. Deshalb war in

»... die Gegenwart [ist] eine Periode des Übergangs und der Anarchie. … Auf welchem Grundgedanken wird sich die künftige Gesellschaft aufbauen? Wir wissen es noch nicht. Schon jetzt aber kann man voraussehen, dass sie bei ihrer Organisation mit einer neuen Macht, der jüngsten Herrscherin der Gegenwart, zu rechnen haben wird: mit der Macht der Massen. … Die Kenntnis der Psychologie der Massen ist heute das letzte Hilfsmittel für den Staatsmann, der diese nicht etwa beherrschen – das ist zu schwierig geworden –, aber wenigstens nicht allzusehr von ihnen beherrscht werden will« schrieb Le Bon, der Urvater von Massenpsychologie und *Crowd Control*, im Jahr 1895.

Die soziologischen Untersuchungen sind nur ein Teil des Versuchs der *Totalüberwachung*, die im **NSA-Komplex (S. 64)** deutlich wird. Gegen die Ausweitung der Überwachung scheint es kein Mittel zu geben, obwohl die Rechtfertigungen erstunken und erlogen sind. So stellte im Dezember 2013 eine »Expertengruppe« des US-Senats offiziell fest, dass die Telefonüberwachung durch die NSA keine Anschläge verhindert hat.

Der globale Kapitalismus braucht Vertrauen und allgemein akzeptierte bzw. durchgesetzte Verkehrsregeln als Geschäftsgrundlage. Mangelt es daran, wie in der Krise zwischen den Banken, dann

Buchbesprechungen

Wie bleibt der Rand am Rand?

Robert Sommer: *Wie bleibt der Rand am Rand?* Reportagen vom Alltag der Repression und Exklusion, Mandelbaum, Wien, 2011 | 180 Seiten | 9,90,- Euro

In den letzten Jahren wurden in Österreich immer mehr Fälle von »Missbrauch« in den unzähligen Heimen öffentlich. Das Buch von Robert Sommer geht tiefer und breiter an das Thema heran. Er ist Journalist und war 1996 Mitbegründer der Wiener Straßenzeitung *Augustin*. Das Buch enthält viele seiner Artikel, die er anhand von Interviews und jahrelangen Bekanntschaften in der Obdachlosen- und Flüchtlingsszene verfasst hat. Es beschreibt, wie Obdachlose, Punks usw. der Alltagsrepression intelligent und humorvoll trotzen. Sommers zentrale These ist, dass der Kapitalismus einen Rand produziert, den er produzieren muss; den er wegsperrt und von jeglicher formellen (Lohn-)Arbeit ausschließt. Dieser Rand stabilisiert das System, weil er als Dro-

Schichten weg, ohne dass sie die kleinsten Bedürfnisse der Menschen beachten. Sexualität wird tabuisiert, abweichendes Verhalten zur Krankheit erklärt.

Die einzige Revolte in Österreich

gegen diese ekelhaften Fabriken fand am 19. November 1952 in Kaiser-Ebersdorf in Wien statt. 400 Jugendliche der »Bundeserziehungsanstalt für Erziehungsbedürftige« errichteten Barrikaden und demolierten die Einrichtung. Der Aufstand führte zur Reform des Jugendstrafrechts.

»Osterweiterung«

Der Abschnitt umreißt kurz, wie die bürgerlichen Medien Vorurteile schüren. Leute aus Osteuropa kommen nach Österreich, wenn in einem Monat der dop-

Rosaroter Straßenterror in Österreich

Karl Wiesinger: *Der rosarote Straßenterror,* Promedia, Wien, 2011 | 192 Seiten | 19,90 Euro

Matthias Seiffert: *Das Bluthunderl* – der österreichische Gewerkschaftsfunktionär und Sozialdemokrat Franz Olah, in: Marcks/Seiffert (Hg.): Die großen Streiks, Münster, 2008, Unrast.

»[...], das soll heißen, daß die Sozialisten keine echten Revolutionäre sind, sondern Steigbügelhalter des Kapitals.« (S. 10).

Karl Wiesinger räumt in seinem Roman mit der – nach wie vor weit verbreiteten – sozialdemokratischen Lüge auf, welche die wilden Streiks im Jahr 1950 als kommunistischen Putschversuch darstellt. Vor allem die Verwendung von Auszügen aus originalen Flugblättern, macht die Erzählungen authentisch und gibt einen Einblick in die Propaganda der einzelnen Institutionen. Aus der Sicht der Arbeiterklasse beschreibt Wiesinger den Widerstand gegen das vierte Lohn- und Preisabkommen. Dieses wurde – wie bereits

Als einzige Gewinner gingen die Wucherer zu beiden Seiten der jeweiligen Frontlinie hervor, die ihr Startkapital aus dem Elend der Zivilbevölkerung zogen. Sie bildeten den Kern der neuen Unternehmerschicht, in welche EU und IWF seither ihre Milliarden investieren, damit diese die Privatisierungen vorantreiben und die letzten verbliebenen Sozialleistungen annullieren.

Regelmäßig verramscht der Westen seine alten Diskurse an die Peripherien. Zunächst war es die alte Weltkriegsbombe Nationalismus, die 100.000 Bosnier in den Tod riss, und jetzt versucht er es mit seiner ranzigen Pseudodemokratie.

Von all dem haben die angeblich so passiven Bosnier die Nase voll. Erste Anzeichen dafür gab es 2012, als Kriegsveteranenverbände der Föderation Spenden für ihre ehemaligen Gegner in der Republika Srpska sammelten, nachdem beiden von den eigenen politischen Kriegstreibern auf Befehl des IWF die Renten gekürzt worden waren. Oder im selben Jahr bei den Gedenkfeierlichkeiten von Srebrenica, wo die Angehörigen der Opfer sowohl lokalen Politikern als auch Vertretern der internationalen Gemeinschaft erstmals das Rednerpult verweigerten …«

In **Frankreich (S. 44)** sollte Hollande die Rettung vor dem irren Sarkozy sein, auch in der linksradi-

Bezug auf Krieg und Abbau des Sozialstaats kam uns die Beschreibung eines Genossen aus den USA in den Sinn: »Die erste Bombardierung von Nord-Vietnam im Februar 1965 war ein Schock für ›Linksliberale‹ wie mich, die Lyndon Johnson in der Wahl von 1964 als ›Friedenskandidaten‹ unterstützt hatten, gegen den ›verrückten Rechtsradikalen‹ Barry Goldwater, der offen diese Bombardierung befürwortet hatte. Als ›Einführung in die Politik‹ war dieser Schock für meine Generation mehr wert als 100 linke Bücher.«

Hoffentlich braucht es zum Aufwachen in Frankreich weniger, die Bedingungen dafür werden in zwei Artikeln diskutiert.

Die hier aufgenommen Fäden lassen sich nicht eben leicht zusammenknüpfen. Die Krisenentwicklung der letzten Jahre engt für Unternehmer und Staaten die Handlungsräume ein; vielen ArbeiterInnen wird klar, dass sie keine »Entwicklung« für sich erwarten können. Deswegen kommt der Staat wieder als Akteur ins Spiel: Als Überwachungs-, Kriegs- oder Schuldenstaat - aber eben auch als Adressat von Forderungen oder Spielfeld einer übrig gebliebenen Linken. Umso wichtiger sind »antistaatliche« Tendenzen und Bewegungen, vor allem, wenn sie aus Bewegungen und Streiks heraus auf die eigene Stärke setzen und eigene Strukturen

sind dabei selbst außenpolitisch aktiv und Unterstützen das US-Außenministerium im Nahen Osten und in Nordafrika, andere finanzieren die »Demokratie-NGOs« mit, die die »farbigen Revolutionen« oder den Umsturz in der Ukraine angeschoben haben. Auch die Ausweitung der Konsumentenkredite in den »Schwellenländern« wäre ohne sie nicht möglich gewesen.

Es gibt in der Hackerszene immer noch Leute, die an technische Lösungen glauben oder (vor allem bei den NGOs) auf strategische Bündnisse mit den »verärgerten« Großkonzernen wie *Yahoo* und *Goog-*

Raus ins Ungewisse

Bisher sind leider keine wirksamen Gegenbewegungen sichtbar. Einiges, was auf den ersten Blick nach »Gegenbewegung« aussieht, ist gar das Gegenteil: Unter dem Vorwand der » Abrüstung von Cyberwaffen« wollen die Regierungen die in den letzten Jahren schon verschärfte Gesetzgebung gegen die Veröffentlichung von kritischen Sicherheitslücke nochmals verschärfen.

Eine Voraussetzung für wirksame Gegenbewegungen ist das Ende der Vorstellung einer Trennung

Weiß: Republika Srpska (1,3 Mio. Ew.)
Hellgrau: Föderation BIH (2,4 Mio. Ew.)
Dunkelgrau: Brčko-Distrikt (100 000 Ew.)

Süden – konnte vom in den USA ausgebildeten Banker Milošević, vom Offizier Tuđman und deren Unterwelt-Cliquen benutzt werden, um die massenhaften Streiks gegen die Austeritätsmaßnahmen Ende der 1980er Jahre zu brechen und umzudrehen zum Krieg. Mit der Hilfe der Medien und jugoslawischer Intellektueller konnten die Kriegs-

Die globale Krise ab 2008 hat den Aufwärtstrend des BIP seit 1996 gestoppt, die wichtigen Großfabriken hatten Auslastungsrückgänge von 20 Prozent, die Investitionen stagnieren, die Leistungsbilanz pendelt bei minus acht Prozent. Die Kaufkraft beträgt ein Viertel derer von Mitteleuropa und weniger als die Hälfte jener von Kroatien.

Das Dayton-System und die ökonomische Krise

Die Vorarbeit, die die europäischen Staaten, die USA und der IWF geleistet hatten, mündete 1995 in den Vertrag von Dayton. Dieser Vertrag institutionalisierte die rassistischen Strategien der Kriegstreiber – alle Posten werden bis heute nach »ethnischen

Hier wird der Kern der kapitalistischen Utopie deutlich: Totalüberwachung. Das war in der digitalen Entwicklung schon angelegt, schon der Computerpionier Konrad Zuse war überzeugt, dass sich seine Computer gut zur Totalüberwachung der Arbeiter im Betrieb eignen.

Das Ende des alten Internet

In der Allgegenwart der Überwachung liegt das Problem von Gegenbewegungen. Als in der zweiten Hälfte der 2000er die Überwachung der Internetnutzer durch die Web-Anbieter nicht mehr zu übersehen war und sich nicht mehr nur auf die jeweils kontrollierten Websites beschränkte, formier-

Die Frage nach der Rolle ihrer Arbeit stellt sich aber nicht nur für Hacker: Viele der Angestellten in IT Firmen konnten sich bisher als Leute sehen, die auf Arbeit etwas Gutes schaffen. Auch deswegen waren sie bereit,

ihnen weitergeleitet wurden und leiten sie selbst weiter. Weil die Inhalte von Bekannten, Freunden und Unternehmen vorgefiltert werden, schrumpft das Internet zusammen, die Nutzer verlassen die Welt des jeweiligen Dienstes kaum.

Die Infrastruktur ist mittlerweile leicht zu überwachen, deshalb steht heute die Fähigkeit die überwachten Daten zusammenbringen und auszuwerten im Mittelpunkt. Und gerade dabei haben Firmen wie *Google* im letzten Jahrzehnt einiges an Erfahrungen gesammelt und verfügen über eine gute Ausgangsposition. Allmächtig sind aber weder die Geheimdienste noch die Konzerne. Bei der Auswertung haben sie große Probleme etwa wegen ge-

Menschen, vor allem Jugendliche. Das führte dazu, dass am nächsten Tag zehnmal mehr Leute auf die Straße gingen – etwa 6000. Die Polizei prügelte wieder, aber diesmal gab es Verletzte auf beiden Seiten. Am **7. Februar** kamen Zehntausende, so dass die Polizei ihre Ketten um das Gebäude nicht

[5] Siehe auch www.wildcat-www.de/aktuell/a097_bosnien.html.

Die Plenen sind in Bosnien weiterhin aktiv, auf folgen-

Arbeiterforderungen und Plenum

Das erste Forderungspapier stammt von den »ArbeiterInnen der fünf Fabriken«, die in Tuzla privatisiert wurden. Es war die Grundlage für alle weiteren, die landesweit folgten.

Die wichtigsten Forderungen sind die Rückgängigmachung bzw. Überprüfung der Privatisierungen, Kürzungen der Politiker-Bezüge, Maßnahmen gegen die Korruption und eine »Expertenregierung«. Die Bezugskürzungen gingen ziemlich schnell durch (Abschaffung des »goldenen Fallschirms«) und die Kantonalregierungen akzeptierten das Plenum als Institution, z. B. in Sarajevo, wo das Kantonalparlament alle Plenums-Forderungen duldet. »Expertenegierung« ist ein (naiver) Versuch, das rassistische Dayton-System zu beseitigen.

Das Plenum soll das politische Vakuum nach den Rücktritten füllen. Zunächst trafen sich in Tuzla am Tag nach dem Aufstand an die 30 Leute von verschiedenen Initiativen, die die ArbeiterInnen schon länger unterstützt hatten. Zum zweiten kamen 100, dann 200 usw. Mittlerweile hat sich die Zahl der TeilnehmerInnen auf mehrere hundert pro Treffen eingependelt. Es gibt keine sichtbaren Organisationen hinter diesen Versammlungen, und man kann sie im Internet streamen (so wie schon bei den Uni-Protesten vor fünf Jahren, die in Südosteuropa etwas länger dauerten). Gibt es neue Be-

Profilblase - neue geheimnisvolle Geschäftsmodelle

Zwischen den verschiedenen *Data-Brokern* gibt es einen regen Handel mit Profilen. Die Wege der Datensätze lassen sich von den großen zu kleineren, unseriöseren Brokern bis zu Spammern und auch staatlichen Stellen nachweisen. Neben diesem Geschäftsmodell hat sich ein zweites entwickelt. Die Datenhändler verkaufen ihre Datensätze auch an Firmen, die *Fraud detection* anbieten. So kann es vorkommen, dass Unternehmen und staatliche Institutionen Systeme kaufen, die sie vor Spammern und Betrügern schützen sollen, die auf denselben Datensätzen beruhen, die sich auch die Spammer und Betrüger gekauft haben. Die Geschäftslogik ist hier ähnlich wie im Anti-Viren-Geschäft.

Im Zuge dieses Geschäftsmodells entstanden große *Profilbroker*, die heute über jeden Amerikaner einen Eintrag haben. *Acxiom* warb schon 2001 damit, dass sie über elf der 19 9/11-Attentäter Profile gehabt hätten. Der Profilhandel ist der eigentliche Markt. Während mit Onlinewerbung in den USA jährlich 37 Milliarden Dollar umgesetzt werden, machen die Profilbroker etwa 200 Milliarden Dollar Umsatz im Jahr. Dabei sind viele der Profile qualitativ schlecht und fehlerhaft.

Das Modell des IT-Unternehmens als Medienunternehmen ist allerdings zu Ende. Die Web- und die klassischen IT-Unternehmen haben sich angenähert und sind heute fast alle »Mischkonzerne«, ein Weg, den Apple mit seinem großen Erfolg *itunes* und dem *iphone* vorgegeben hatte. Dabei setzen sie auf drei Säulen:

- Verkauf von Waren auf der eigenen Plattform,
- Versuch, die Kunden in die eigene Welt einzuschließen, und
- Einnahmen durch an die Nutzer angepasste Werbung und Verkauf von Verhaltensdaten der Nutzer.

Die Unternehmen stehen unter einem ständigen

soll nun die bisher für die verschiedenen Angebote getrennten Identitäten zusammenfassen. *Google* setzt dabei auf die Bequemlichkeit der Nutzer, wäre aber auch mit einer staatlichen Lösung zufrieden. Der Vorstandsvorsitzende Eric Schmidt schlug jüngst eine offizielle Internet-ID vor, um die Nutzer nachvollziehen zu können, seine Vorstellungen treffen sich hier mit denen des deutschen Staates.

Ein anderes Beispiel für die Veränderungen in der IT-Welt ist der sehr teure Panikkauf von *Whatsapp* durch **Facebook**. *Facebook* hat Angst, bei der Veränderung der Internet-Nutzung (an der es einen großen Anteil hatte) den Anschluss zu verlieren.

Heute dominieren »mobile« Anwendungen, Surfen und Suchen spielen keine so große Rolle mehr. Stattdessen ist die Bedeutung der »neuen Generation« von *Instant Messaging* (IM)-Anwendungen wie *Whatsapp* gewachsen. Die jungen Internetnutzer schränken den Kreis ein, an den sie ihre Nachrichten und »likes« schicken, und senden viel über nichtöffentliche Chats und Gruppenchats, anstatt sie an alle über *Twitter* oder das *Facebook*-Profil zu verbreiten. Im Unterschied zu *Facebook* selbst setzt *WhatsApp* nicht auf Werbefinanzierung. *Facebook* versucht daher, in einigen Ländern eigene *WhatsApp*-Simkarten zu verkaufen, die auch eine Sprachfunktion haben. *WeChat* und *Line* verdienen

Ukraine – Revolution oder Staatsstreich oder ...?

In *Wildcat* 95 vom Dezember 2013 hatten wir im Artikel »Auf die Plätze!« versucht, die Platzbesetzungen der letzten Jahre zu analysieren. Insbesondere die neuen Formen, in denen die sich dort spontan gebildete Gemeinschaft Strukturen gab wie Foren und Arbeitskreise. Die Ukraine hatten wir im Artikel nicht erwähnt, obwohl uns schon im November die Medien allabendlich Bilder von Menschenmengen auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew lieferten, die gegen ihre Regierung protestierten. Neben Journalisten gaben sich dort auch PolitikerInnen aus der EU und den USA ein Stelldichein. Zahlreiche Stiftungen aus den USA gaben finanzielle und propagandistische Hilfen. Hat sich die Menge zum Spielball oligarchischer oder geopolitischer Interessen machen lassen?

Mittlerweile ist Janukowytsch gestürzt und eine nationalistische Übergangsregierung installiert, die sofort vom Westen anerkannt wurde und nun mit der EU, dem IWF, der Weltbank um Kredite verhandelt. Die Ukraine konnte bislang von ihrer geographischen Lage profitieren und hatte weniger schlimme Umstrukturierungen erlitten als das restliche Osteuropa, weil die Politiker immer zwischen USA/NATO und Russland jonglierten. Nun hat sich die Regierung ganz dem Westen ausgeliefert. Russland hat die Krim unter seine Kontrolle gebracht, worauf die Scharfmacher der NATO mit der Entsendung von Truppen nach Osteuropa reagierten. Die EU hatte mit ihrer Assoziierungspolitik versucht, durch wirtschaftliche Zusammenarbeit Sicherheit, Wohlstand und Demokratie herstellt. Der »Petersburger Dialog«, eine privilegierte Partnerschaft mit Russland, oder die »Mittelmeer-Union«, gemeinsame Energiepolitik mit den nordafrikanischen Staaten usw. waren die Schlagworte. In Wirklichkeit hat die EU-Außenpolitik bzw. die militärischen Alleingänge einzelner EU-Staaten in den letzten drei Jahren beginnend mit Libyen einen Ring von Brandherden erzeugt: Als in Bengasi 3000 Demonstranten auf der Straße waren, schickte Großbritannien Special Forces. Als Gaddafi daraufhin Panzer auffahren ließ, bombardierte die französische Armee. Dann Syrien, Mali, Irak, Ägypten... (s. Malte Daniljuk, »Ein Ring, sie zu knechten«, am 10.03.2014 auf Telepolis)

Unter den Auswirkungen der globalen Krise gibt es weltweit einen Aufbruch von Basisbewegungen, die für bessere Lebensbedingungen und eine gerechtere Gesellschaftsordnung kämpfen. Darin haben auch die Proteste auf dem Majdan ihren Ursprung. Den Herrschenden macht das Angst. Gerade an diesem Ort, wo sich ihre Konflikte untereinander verdichten, instrumentalisieren und verfälschen sie die Proteste. Diese sind dann kaum noch als solche zu erkennen, nach Nationen und Ideologien getrennt und militarisiert. Sich zu solidarisieren wird unmöglich, statt mit einer Protestwelle in

Viele Daten, wenig Klarheit

»Der NSA konnte man offensichtlich keine geheimen Informationen anvertrauen, denn sie haben sich durch Snowden ausnehmen lassen«
Angela Merkel im privaten Gespräch mit Obama

Fast jede Woche werden neue Überwachungsprogramme der verschiedenen Geheimdienste veröffentlicht, neben der Massenüberwachung ist mittlerweile auch die gezielte Überwachung Gegenstand der Berichterstattung. Auch hier sind Ausmaß und Aufwand enorm: Abfangen von *Amazon*-Paketen, Manipulation von Hardware, hunderttausendfaches automatisiertes Installieren von Trojanern…

Die politischen Reaktionen dagegen sind wenig bemerkenswert: Der Versuch der BRD, den NSA-Skandal als Hebel zu benutzen, um sich auf Augenhöhe mit den Partnern zu bringen, ist kläglich

Geopolitik und Krieg

Die Aufrüstung und der polizei-militär-geheimdienstliche Einsatz von Überwachungs- und Automatisierungstechniken wird international vorangetrieben. Die USA können gar nicht darauf verzichten: Obwohl ihre geopolitische Vormacht am Ende ist, simulieren sie permanente Einsatzbereitschaft. Seltsamerweise wird der NSA-Komplex mit der Frage der weltpolitischen Rolle der USA in der öffentlichen Debatte selten zusammengebracht.

Nach außen benutzt Obama die technischen Fähigkeiten der USA als Mittel der Politik und bie-

Lage der überwiegenden Mehrheit der Menschen in der Ukraine, die ihren Alltag so negativ bestimmt, zum anderen haben viele Leute die politische Unmündigkeit gründlich satt, in der die korrupte politische Klasse und die dahinter stehende oligarchische Wirtschaftselite sie hält. Nach dem Zerfall der UDSSR und der Unabhängigkeit 1991 ist hier mit dem raschen Privatisierungsprozess eine Variante des Kapitalismus entstanden, in der zwei Dutzend Familien weite Bereiche der ukrainischen Volkswirtschaft unter sich aufgeteilt haben. Eine sehr kleine Oligarchenschicht pflegt einen Lebensstil, der alle sozialen Maßstäbe sprengt. Diese sich aufspreizende Schere zwischen Arm und Reich wird von den Menschen zunehmend nicht mehr widerstandslos hingenommen.

Lange Zeit trug die Emigration zur Entschärfung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bei. Bei der letzten sowjetischen Volkszählung 1989 lebten in der Ukraine noch 51 Millionen Menschen, heute sind es nur noch etwa 45,5 Millionen. Seit der Unabhängigkeit sind also über zehn Prozent der Bevölkerung ausgewandert. Die meisten der Verbliebenen hangeln sich mit einem Zweit- oder Drittjob nur mühsam über die Runden. Da die Einkommen innerhalb des Landes extrem ungleich verteilt sind, sagt das im internationalen Vergleich sowieso schon niedrige Durchschnittseinkommen[4] nur bedingt etwas über das tatsächliche soziale

[4] 2013 betrug das nominel-

zu können. Sie verlangen endlich eine angemessene Perspektive für sich und die große Mehrheit der Bevölkerung in der Ukraine. Für die jüngeren AkteurInnen war dies der wichtigste Antrieb, sich an der Protestbewegung zu beteiligen, die in den ersten Tagen vor allem von Studierenden initiiert und getragen wurde.

Geschichtliche Hintergründe

Es ist die zweite große Massenmobilisierung gegen eine Regierung in den knapp 23 Jahren der Unabhängigkeit. Schon zu Sowjetzeiten war die Ukraine die aufsässigste Teilrepublik[5] gewesen; eine demokratische Massenbewegung und der gewaltige Streikzyklus der Donezk-Kumpels hatten stark zur Auflösung der UDSSR beigetragen. Als Erklärung wird gerne ein unbändiger Freiheitswille (*Wolnitza*) genannt, der in das kollektive Bewusstsein bzw. Gedächtnis der Menschen in der Ukraine eingegangen sei. Historisch war das Gebiet der Ukraine immer eine wirtschaftlich benachteiligte Randregion eines größeren Staates (Polen, Russland, Österreich-Ungarn), die von den jeweils Herrschenden politisch und sozial als Provinz behandelt wurde. Die ukrainische Kultur wurde von den jeweils Mächtigen belächelt und das Ukrainische – da nur von den einfachen Leuten gesprochen – als kulturlose Bauernsprache herabgesetzt und zeitweise sogar verboten. Seit den Tagen der freien einfachen

einen Antrag auf Gewerkschaftsgründung, dem im Juni 2013 stattgegeben wurde. Es kam zu Lohnverhandlungen im November 2013, bei denen sich die Unternehmensleitung weigerte, mehr als eine auf drei Jahre gestaffelte Erhöhung des Monatslohns um 6000 Rupien zu akzeptieren. Und auch auch das nur für die fest eingestellten Gewerkschaftsmitglieder. Der Unmut wuchs und als das Unternehmen weitere »Trainees« und fünf der offiziellen Gewerkschaftsführer entließ, kam es zu einem kurzen wilden Streik im November. Als Arbeiter am 18. Dezember 2013 erneut einen Sitzstreik organisierten, war das Unternehmen vorbereitet: Rund 1000 Polizisten wurden ins Werk geschickt und warfen die Arbeiter raus. Das Unternehmen stellte neue Arbeiter ein. Über mehrere Wochen saßen 100 bis 200 *Munjal*-Arbeiter vor dem Werk, bis das Unternehmen den faulen Kompromiss durchsetzen konnte, durch eine Überprüfungskommission bei 50 der entlassenen Arbeitern die Wiedereinstellung zu prüfen. Es bleibt aber festzuhalten, dass es während des Kampfs zum ersten Mal seit dem 18. Juli 2012 wieder zu einer größeren Arbeiterdemonstration mit 4000 Beteiligten in *Manesar* kam und die Polizei das übliche Versammlungsverbot nicht durchsetzte.

Bei *Autofit* sah die Lage ähnlich aus: rund die Hälf-

sind, zunehmend geschwächt. Das Unternehmen kann durch Suspendierung der Gewerkschaftsvertreter einen Schritt nach vorn gehen und den Kampf auf ein formales Terrain umlenken. Trotz dieser negativen Aspekte waren die Kämpfe wichtig. Zum ersten Mal hat gemeinsamer Unmut dazu geführt, dass Festeingestellte und Leiharbeiter zusammen kämpfen.

Die harte Linie der beiden Unternehmen gegen die Streikenden kam überraschend, da es wichtige Zulieferer sind und sowohl bei *Maruti Suzuki* in *Manesar* als auch bei *Hero* die Produktion auf Hochtouren läuft. Sie zeigt, dass das Kapital gezwungen ist, einen Schlussstrich bei den Löhnen zu ziehen, selbst wenn dies die Produktion gefährdet.

Nach den Kämpfen bei *Maruti Suzuki* wissen die Bosse, dass sie Konflikte nicht vermeiden können und versuchen müssen, die Auseinandersetzungen einzudämmen und zu kontrollieren, indem sie die Initiative in der Hand behalten. Der Kampf bei *Autofit* und *Munjal* fing in der gleichen Woche an, aber sie blieben getrennt, bzw. »vereinigten« sich nur auf symbolischen Demonstrationen. Während die »wilden Kämpfe« bei *Maruti Suzuki* 2011 auch ohne Verhandlungen und Verträge zu bedeutsamen Lohnerhöhungen und Verbesserungen für alle führten, bleiben die offiziellen Lohnverhandlungen oft

Süd- und Ostukraine gingen nun immer mehr Menschen auf die Straße und in den ostukrainischen Industriestädten Dnjepropetrowsk und Saporishshja versuchten Protestierende, Regierungsgebäude zu stürmen. In diesen Vorgängen lag das größte progressive Potenzial der Bewegung, nämlich bei der Überwindung der ökonomischen, politischen und kulturellen Spaltungen zwischen den östlichen und westlichen Regionen der Ukraine. Statt die einseitig prowestliche oder prorussische Sichtweise wiederzukäuen, wurden in diesen Aktionen gegen die Janukowytsch-Administration die gemeinsamen sozialen Interessen der Menschen sichtbar. Doch die Linke in der Ukraine ist mindestens genauso wie der Staat in der Krise. Den rechten und plump antirussischen Tendenzen innerhalb der Opposition stand sie recht hilflos gegenüber. So konnten die dynamischen Momente nicht genutzt bzw. verstärkt werden, um der nationalistischen Rhetorik und Praxis der extremen Rechten effektiv entgegenzutreten. Dies dürfte wohl auch einer der Gründe sein, warum so viele Leute auf dem Majdan keine Probleme mit den Rechtsextremen haben, obwohl sie deren Weltbild nicht teilen.

Integraler Nationalismus

Bis zum gewaltsamen Regierungsumsturz am 20./21. Februar bestimmten drei Gruppen die

gegen einen extremen Nationalismus kämpfen, der auf dem Majdan weitgehend anerkannt und für legitim erachtet wurde.

Dieses Erstarken des Rechtsextremismus und seine Akzeptanz im Mainstream war und ist eine neue und gefährliche Entwicklung – und ein augenfälliger Unterschied zwischen dem sogenannten *Euromajdan* und der *Orangefarbenen Revolution* vor neun Jahren. Zwar gibt es diverse ultranationalistische Gruppen bereits seit der Unabhängigkeit, aber ihre Wahlerfolge blieben immer unter der Vierprozenthürde. Dies galt lange auch für *Swoboda*, die sich bis 2004 *Sozial-Nationale Partei* (SNP) nannte und im politischen Spektrum der Ukraine eine Randexistenz fristete. Von ihrem Stammland in der Westukraine aus etablierte sich *Swoboda* in den letzten Jahren auch in den zentralen Regionen des Landes, um bei der Parlamentswahl 2012 mit 10,44 Prozent erstmals in Fraktionsstärke in die *Werchowna Rada* (Oberster Rat) einzuziehen.

Alle nationalistischen und faschistischen Organisationen in der Ukraine beziehen sich auf die eine oder andere Weise auf die historische OUN[8] und verwenden deren rot-schwarze Fahne. Ideologisch vertrat die OUN den sogenannten »integralen Nationalismus«, das heißt eine Nationenbildung ohne Minderheiten. In den 1930er und 40er Jahren richtete sich diese (tödliche) Politik vor allem gegen

[8] »Organisation Ukrainischer Nationalisten«. Die OUN war eine 1929 in Wien gegründete Partei, die erstmals alle damaligen rechtsextremen ukrainischen Kräfte in sich vereinigte. Sie nahm sofort Kontakt zum faschistischen Italien auf und ließ ihre Kader von der deutschen Reichswehr bzw. später von der Naziwehrmacht militärisch schulen.

[9] »Ukrainische Nationalversammlung«. Antisemitische und antirussische Partei, die mittlerweile im Rechten Sektor aufgegangen ist.

[10] 2010 erzielte *Swoboda* dort 37 Prozent der Stimmen.

[11] Die Beurteilung der Person Bandera ist in der heuti-

ideologisch als möglicher Verlagerungsstandort aufgebaut worden war, für die kommenden Jahre aufs Eis zu legen.

Die lokale Industrie befindet sich in einer strukturellen Klemme aus steigenden Kreditkosten für Auto-Produzenten und -Abnehmern aufgrund der stark steigenden Einfuhrkosten für Autoteile und Benzin bei schwachen Währungen – und einer Inflation, die wachsenden Unmut und spürbaren Lohndruck der ArbeiterInnen zu Folge hat. Speziell *Maruti Suzuki* musste nach den heftigen Kämpfen 2011 und 2012 versuchen, die durch sinkende Auslastung notwendig gewordenen Umstrukturierungen der Belegschaften mit einem politischen Angriff auf die entstandene Arbeiterkollektivität zu verbinden.[2]

Trotz bedeutender Zugeständnissen seitens der Unternehmensleitung nach den Fabrikbesetzungen und Streiks 2011, u.a. der Drosselung des Arbeitstempos um 25 Prozent, kam es am 18. Juli 2012 zu einem Angriff der ArbeiterInnen auf die Fabrik in *Manesar*, Teile der Bürogebaude wurden abgefackelt, 100 Manager mussten nach Tätlichkeiten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Dieser Vorfall hatte eine ähnliche Wirkung auf die Gewerkschaftslandschaft und lokale (radikale) Linke wie die Krawalle auf der *Piazza Statuto* in Turin 1962[3]: ein Werk von *agent provocateures* oder eine neue

der Ende 2013 von 5600 Rupien auf 8500 Rupien[4] erhöht worden war, aber von den meisten Unternehmen bis heute nicht bezahlt wird.

Die hohe Inflation wird den Lohndruck und Unmut aufrechterhalten, Unternehmer und Staat werden einer politischen Konfrontation mit den ArbeiterInnen nicht ausweichen können.

Seit der Randale am 18. Juli 2012 hält der Staat rund 150 *Maruti Suzuki*-Arbeiter als politische Gefangene, über 500 Festeingestellte wurden entlassen, rund 100 Polizisten sind weiterhin im Werk stationiert. Die Linke ging in die Anti-Repressionsfalle. Sie kämpft in erster Linie um demokratische Rechte und stellt den gewalttätigen Angriff der Arbeiter nur als Teil einer Verschwörung des Unternehmens dar, deren Opfer die Arbeiter wurden. Und die Aktivitäten beschränken sich auf die ehemaligen Festeingestellten und deren Familien. Der Staat verbietet Demonstrationen in den Industriegebieten, und die Linke findet keine andere Form, Kontakte zwischen den entlassenen *Maruti*-ArbeiterInnen und den dortigen FabrikarbeiterInnen herzustellen.

Die Herrschenden wissen, dass in der momentanen sozialen Atmosphäre offene Repression ein Spiel mit dem Feuer ist. Sie ist daher selektiv. Die Möglichkeiten, durch Zugeständnisse auf den

[2] Vgl. den Artikel zum Kampf bei *Maruti Suzuki* in der *Wildcat*] 92. Ein längerer Bericht zur aktuellen Lage bei Maruti Suzuki auf Englisch: http://gurgaonworkersnews.wordpress.com/gurgaon-workersnews-no-961/

[3] Auf der *Piazza Statuto* in Turin fand 1962 ein militanter Aufstand junger ProletarierInnen statt. Das war der Beginn der Massenarbeiterkämpfe in Italien.

[4] Aktuell haben 100 Rupien den Wert von 1,20 Euro.

Klitschko-Partei UDAR ging weitgehend leer aus. Die faschistische *Swoboda* erhielt hingegen die drei Ministerressorts (u. a. Bildung) und stellt den Generalstaatsanwalt.

Die neue Regierung legte mit ihren ersten Gesetzesvorhaben einen hetzerischen Aktionismus an den Tag, der den alten innerukrainischen Ost-West-Gegensatz, der in der Protestbewegung zeitweise in den Hintergrund geraten war, wieder aufflammen ließ: Die nationalistisch-prowestlichen Kräfte in der *Werchowna Rada* brachten Vorlagen ein, die sowohl Russisch als zweite Amtssprache wieder abschaffen sollen als auch den Artikel 436-1 des ukrainischen Strafgesetzbuches, der das Leugnen der Verbrechen des Faschismus unter Strafe stellt. Zur Begründung hieß es, dieser Artikel diene der »Bekämpfung ukrainischer Patrioten« und sei gegen die wahre »Geschichte des ukrainischen Befreiungskampfes« gerichtet. Damit griff die neue Regierung den antifaschistischen Grundkonsens der süd- und ostukrainischen Bevölkerung frontal an und schürte bei den russischsprachigen Menschen begründete Ängste. Nur wenige Tage später legten die regierenden NationalistInnen nach und kündigten an, den Empfang russischer Sender über die Kabelnetze des Landes blockieren zu lassen.

Der Chef des *Rechten Sektors*, Dmytro Jarosch, und andere Mitglieder der Gruppe verzichteten auf

Zehntausende demonstrierten am 23. Februar in Odessa für den Anschluss an Russland und gegen die rechtsextremen Gruppen, die nun in der West- und Zentralukraine die Straßen beherrschen würden. Neben »Russland!«-Rufen erschallte die Parole: »Der Faschismus wird nicht durchkommen!«. In Sewastopol hatten schon vor dem Ausbruch der Krim-Krise rund 50 000 prorussische KundgebungsteilnehmerInnen für den Anschluss an Russland plädiert. In Donezk wiederum besetzten prorussische AktivistInnen Regierungsgebäude, die jedoch von der Polizei wieder geräumt wurden.

Mit dem Sieg der Opposition wird eine massive Rechtsverschiebung des politischen Spektrums in der Ukraine einhergehen, Faschismus wird zu einer legitimen politischen Meinung werden. Die größte Gefahr geht davon aus, dass Nazis in die staatlichen Sicherheits- und Polizeistrukturen integriert werden: A. Parubyi, der Gründer der SNP/*Swoboda*, ist jetzt Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrats und D. Jarosch sein Stellvertreter. Alle faschistischen Paramilitärs sollen zudem in einer neu geplanten Nationalgarde integriert werden, deren Mannschaftsstärke auf 60 000 projektiert ist.

Der Staat ist pleite

Während die nationalistische Übergangsregierung rasch *politisch* aktiv wurde und geschichtsrevisio-

schnell instabil, denn sie verfügen nur über einige wenige Exportprodukte und haben einen geringen Spielraum, das mit fiskalischen Mitteln aufzufangen.

Der Boom in den Schwellenländern hängt also an Aufträgen aus China und »easy money« aus den Metropolen. Momentan ist die Frage, wie schnell beides versiegt und wie stark die Erschütterungen sein werden. In den Schwellenländer liegen soziale Ungleichheit, Korruption und Gewalt offener zutage als in den Metropolen. Wenn der Geldfluss endet, wird es auch schwieriger, die politische Stabilität aufrecht zu erhalten – und umgekehrt. In der Ukraine, Thailand und Venezuela kommt es zu sozialen Auseinandersetzungen bis hin zum Bürgerkrieg.

Die Türkei war das erste Beispiel: Seit Mai 2013 hatten ausländische Fonds ihre türkischen Anlagen um 25 Prozent gesenkt. Gleichzeitig gab es eine starke soziale Bewegung und eine politische, später sogar Verfassungskrise. In Indien, Bangladesch, Brasilien und Osteuropa gehen die Leute gegen »Korruption« auf die Straße. Vielfach drehen sich die sozialen Auseinandersetzungen darum, wer die Schulden aus dem Boom bezahlt.

Anschwellende Kämpfe

Nicht zum ersten Mal sollen die Schwellenländer

Heute trifft die Schuldenkrise aber auf eine andere Situation. Die Industrieproduktion wurde weiter ausgebaut und auf mehr Orte auf der Welt verteilt. Die ArbeiterInnen sorgen an jedem »Billiglohn-Standort« schnell dafür, dass die Löhne steigen; schon nach ca. 15 Jahren überlegen die Kapitalisten heute, ihre Fabriken wieder zu verlagern. Dabei entsteht keine weltweit einheitliche Industrialisierung, oft auch nicht Wohlstand und Lohnarbeit für das ganze Land, wie es die altmodische Vorstellung einer weltweiten Arbeiterklasse ausmalte. Dennoch hat die neue Runde der Globalisierung die Möglichkeiten zu kämpfen und die Erfahrungen damit vergrößert. Dazu kommt, dass die ArbeiterInnen heute ganz andere Möglichkeiten haben, ihre Lebensbedingungen zu vergleichen, von Kämpfen an anderen Orten zu erfahren und miteinander in Kontakt zu treten. Ihre Kämpfe können die strukturelle Schwäche der »IWF-Riots« überwinden.

Gerade in den letzten Jahren gab es in den jetzt von der Krise erfassten Schwellenländern kraftvolle Bewegungen und Kämpfe. In Südafrika haben die Arbeiter im Bergaubau und der Autoindustrie autonom gekämpft, egalitäre Forderungen aufgestellt und waren durchaus erfolgreich. Auch in China, Bangladesch, Kambodscha, Indien und Vietnam gab es offenisve Arbeiterkämpfe (siehe den Artikel

NSU:
Beihilfe im Amt

Selbst das ZDF leitet seine Dokufilme zum NSU inzwischen mit Sätzen ein, wie »Eines [steht] bereits fest: Die Täter hätten gestoppt und die Morde verhindert werden können. Heute ist klar, dass die Zelle, die jahrelang vom sächsischen Zwickau aus operierte, umstellt war von Geheimdienstspitzeln und Informanten. Erkenntnisse waren da, sie wurden nur nicht genutzt.« (ZDF/Arte-Film von 2012) Und Marietta Slomka sprach am 14. Januar in einer Anmoderation von »dem ungeheuerlichen Verdacht, dass sie vielleicht gar nicht gefasst werden sollten.« Auch in den bürgerlichen Medien ist die Rede vom »kalkulierten Staatsversagen«. Die Frage bleibt: »Warum?« Soll nicht rauskommen, wie groß das faschistische Netzwerk wirklich war/ist? Dass es Bezüge zu »Gladio« gibt? Dass V-Leute in die Morde verwickelt sind?
Wir wissen noch nicht, wie groß der NSU war, aber dass es wesentlich mehr als drei waren, ist sicher. Und seit unserem letzten Artikel vor einem Jahr sind weitere, sehr wichtige V-Leute bekannt geworden. Wir bringen diesmal nur ein »*update*«. Ihr solltet also die bisherigen Artikel lesen, sie stehen online. Über die Privatisierung der Kriegsführung / Söldner und die Security-/Türsteher-Szene schreiben wir im folgenden nicht – obwohl auch hierzu sehr interessante Neuigkeiten auf den Tisch gekommen sind (auch Nick Greger war V-Mann; der Prozess gegen das Rotlicht-Milieu des THS ...) – und die Themen aktuell *bleiben* (Söldner in der Ukraine; private Firmen, die dem *BKA* zuarbeiten ...).

Rassismus Setting

Im Oktober 1982 sagte der neue Bundeskanzler Kohl der englischen Premierministerin Maggie

Regierungsantritt von Kohl gab es 4,6 Millionen AusländerInnen in der BRD, 1998 zum Ende seiner

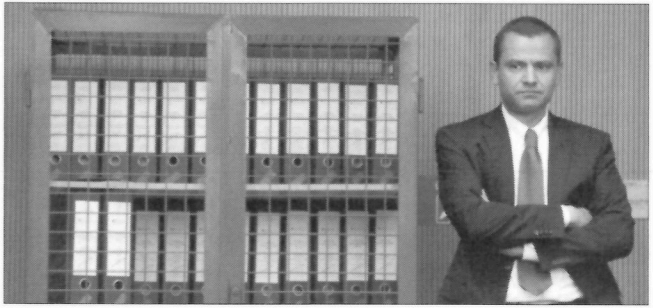
Viele der betroffenen Schwellenländer ergriffen Verteidigungsmaßnahmen, als es die ersten Andeutungen von *tapering* gab: einige gaben einen Teil ihrer Devisenreserven dafür aus, ihre eigene Währung zu kaufen und damit zu stützen. So soll erstmal Vertrauen hergestellt werden, so dass nicht noch mehr Anleger aus der Währung flüchten. Aber irgendwann rinnen der Zentralbank die Devisen nur so weg und sie hört damit auf. Ein Teil der Reserven ist futsch, was in einer Krisensituation zu noch mehr Instabilität führt. Der Türkei gingen so 15 Prozent ihrer Reserven verloren, ohne dass damit etwas erreicht werden konnte. Die argentinische Zentralbank hat 2013 sogar 30 Prozent ihrer Reserven aufgewendet, als sie im Januar damit aufhörte, stürzte der Peso rasant ab.

Eine andere Maßnahme sind Zinserhöhungen, die in so einer Lage gar nicht vermieden werden können. Sie gehen aber auf Kosten des Wachstums. Brasilien hat im Winter die Zinsen scharf erhöht, im Dezember ist der Industrieoutput gleich um 3,5 Prozent zurückgegangen.

Abhängigkeit von China

Und nun zur anderen Seite von *Chimerica*: Seit dem Kriseneinbruch konnte Chinas Wachstum nicht weiter über den Export laufen, weil die Nachfrage dort fehlte. Es fehlt somit externe *und* interne Nachfrage, die dazu führen könnte, dass die Investitionen sich bezahlt machen. Im Gegenteil ist bei einem großen Teil der neuen Flughäfen, Schnellzüge etc. schon jetzt absehbar, dass sie keinen Gewinn abwerfen und die dafür aufgenommenen Kredite platzen werden. Viele wären schon lange geplatzt, wenn der Staat sie nicht über Jahre immer wieder gerettet hätte. In vielen Industriesektoren gibt es Überkapzitäten, so dass hochverschuldete Unternehmen mit Absatzschwierigkeiten und fallenden Preisen kämpfen. Die Unternehmenspleiten häufen sich und könnten leicht zu einer ganzen Kette von Pleiten werden, z. B. im Schiffsbau und in der Schifffahrt, in der Stahl- und der Kohleindustrie, in der LED- und Möbelherstellung.

Im Zentrum steht eine gigantische Immobilienblase, deren Platzen (nicht allein) die gesamte chinesische Wirtschaft erschüttern würde, Finanzsystem und Bauunternehmern sowieso, aber zusätzlich sind die Zentralregierung und die Lokalregierungen von Grundsteuereinnahmen und Landverkäufen abhängig. Sie machten 2013 39 Prozent der gesamten Steuereinnahmen aus, ohne Landverkäufe hätte China ein Haushaltsdefizit von zehn Prozent des BIP. Die Immobilienunternehmen kommen schon bei leicht fallenden Preisen und vorsichtiger



weist über den Staat hinaus. Mithin sind viele auch nach der Aufdeckung des NSU nicht in der Lage, dessen Terror als Teil des Klassenkampfs von oben zu begreifen. MigrantInnen hatten das schon vorher verstanden, auch ohne Bekennerschreiben. In der türkischen *Community* kam lange vor dem Auffliegen des NSU der Verdacht auf: Hinter den gezielten Morden und Anschlägen stecken Neonazis. »Gerade für uns Ausländer ist die Existenz des Tiefen Staates ›ganz normal‹ . Die Morde haben uns Angst gemacht. Und wir waren bereit, schlechtere Bedingungen und niedrigere Löhne zu akzeptieren«, sagte ein Genosse im Gespräch. Parallel zu den Flüchtlingswellen vom Balkan und Hartziv

es, »dem wurde nicht nachgegangen«.

• Thomas Richter – von 1994 bis 2012 V-Mann »Corelli« des BFV – hatte bereits 1995 »unmittelbaren Kontakt« zu Mundlos; er war Verbindungsglied zwischen NSU und KKK, ebenso zwischen Sachsen und Baden-Württemberg; wird z. Zt. vom BFV in England versteckt gehalten.

• Andreas Rachhausen - »GP Alex« - holte im Auftrag von Ralf Wohlleben das Fluchtfahrzeug zurück.

• Juliane Walther – Informantin »Jule« – die damalige Freundin von Ralf Wohlleben, kümmerte sich nach dem Untertauchen des Trios um die Wohnung von Mundlos,

Von Gänsen, Tigern und Drachen

Boom, Bust und Kämpfe in den Schwellenländern

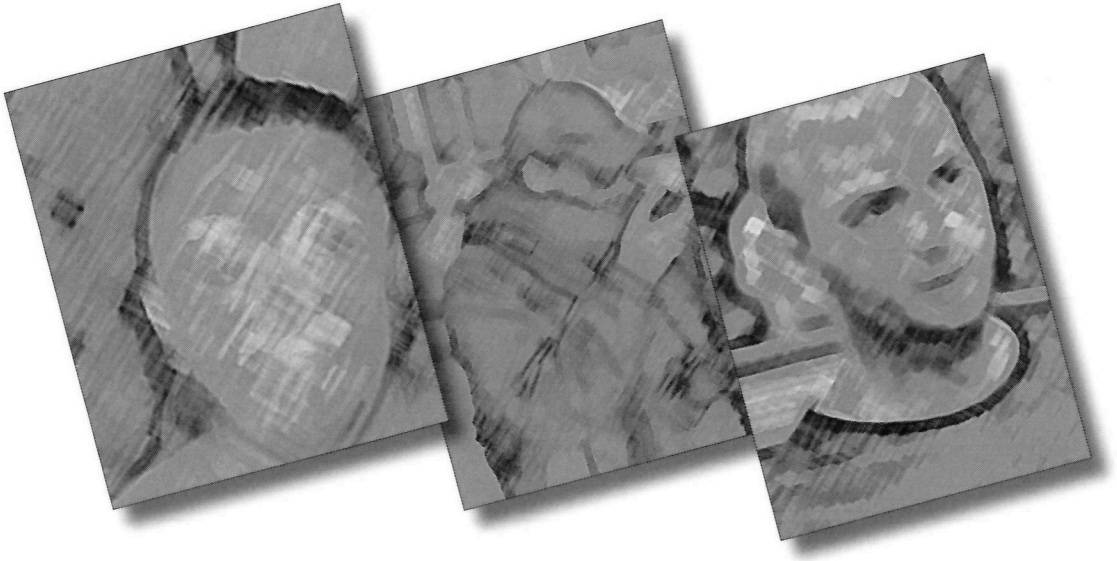
In den letzten Jahren ist es in Indien, Brasilien, China, Südafrika, der Türkei... zu breiten Kampfbewegungen gekommen. Manchmal sind das »klassische Arbeiterkämpfe« wie in den Bergwerken Südafrikas oder den Fabriken Chinas, an anderen Orten kommt es zu Bewegungen auf Straßen und Plätzen, z.B. in Brasilien und der Türkei. Es ist nicht einfach, die Dynamiken und Träger dieser Proteste politisch einzuschätzen. *Eine* Klammer aber können wir um diese Kämpfe machen – fast alle fanden in sogenannten »Schwellenländern« statt. Was steckt hinter dieser Gleichzeitigkeit?

In den Metropolen stagniert der Kapitalismus, seit dem Beginn der Krise in den 1970er Jahren funktioniert die Mehrwertproduktion in den Industrieländern immer weniger. Seither suchen die Kapitalisten fast schon hysterisch nach den »neuen Märkte« und Produktionsorten, die der Weltwirtschaft neuen Schwung verschaffen sollen. Seit Jahrzehnten entwerfen die Ökonomen des Kapitals immer wieder Modelle, um die krisenhafte Realität in eine stabile Perspektive umzudeuten. Sie übertreffen sich mit kreativen Bezeichnungen für die Länder, die gerade die größten Hoffnungsträger sind: es gab Tiger und Tigerwelpen, führende Drachen, fliegende Gänse, NICs, BRICs und die Next Eleven.

Das hat erstmal einen realen Hintergrund: Die

Wir verwenden den allgemeinsten Begriff »Schwellenländer«, der Länder in sehr unterschiedlichem Zustand zusammenfasst, was etwa die Entwicklung der industriellen Produktion, der Finanzindustrie oder die Abhängigkeit von Rohstoffexporten angeht.

Mit Einsetzen der globalen Krise 2008 wurde der »Boom in den Schwellenländern« für die »Rettung der Weltwirtschaft« zur letzten Hoffnung. Dort ging das Wachstum, abgesehen von Einbrüchen um das Jahr 2009, auch tatsächlich zunächst weiter. Es wurde sogar behauptet, die großen Schwellenländer wären mittlerweile unabhängig von der Nachfrage der entwickelten Länder, könnten sich von der Krise in den Metropolen »abkoppeln«. Angesichts einer stark zusammenhängenden Weltwirtschaft eine gänzlich abwegige Vorstellung; seit 2008 wird immer deutlicher, dass die Importe eines Landes die Exporte anderer Länder sind, bzw. die Schulden eines Landes die Investitionen und »Anlagen« der anderen. Spätestens seit 2012 war das



Zu finden im Ticker des Thüringer Untersuchungsausschusses vom 2.6.14 auf haskala.de

sie spielen damit eine Rolle! Ein hochrangiger Techniker des BFV sagte im Februar im Thüringer Untersuchungsausschuss etwas anderes: Die Apparate arbeiteten gut zusammen, sie hätten keinerlei Probleme mit den thüringer Kollegen gehabt. »Wenn es im politischen Bereich dann knackt und Störungen entstanden sind, dann ist das eine andere Sache.«

Dieser »politische Bereich« wurde spätestens seit dem Beginn der *Operation Rennsteig* 1996 von sehr weit oben koordiniert, nämlich aus dem Bundesinnenministerium. Drei Beispiele zeigen, dass

hat diese Strukturen ernährt und kontrolliert. Der NSU war ein »Leuchtturmprojekt« der Geheimdienste, mit dem ab 1996 das unterschiedliche regionale Umgehen mit den Nazis vereinheitlicht und einer neuen internationalen Konstellation (Söldner in den Jugoslawienkriegen; 1993 war der erste Anschlag auf das *World Trade Center* verübt worden) angepasst wurde. Er flankierte den Kampf eines Theo Sommer für die »deutsche Leitkultur« und eines Schily »gegen die Parallelgesellschaften«. Er war gleichzeitig als Honigtopf für den institutionellen Rassismus im deutschen Polizeiapparat ein-

interpretieren (vgl. den Kasten »Populare Zweideutigkeit am 30. November in Carhaix«) wäre genauso absurd wie die Schimpftiraden des [Linkspopulisten] Mélenchon gegen die »Sklaven, die (in Quimper) für die Rechte ihrer Herren demonstrieren«. Haarsträubend sind die Vorschläge der CFDT, die den regionalen Unternehmern die Schuld geben, wo doch diese Gewerkschaft gerade den ANI (*Accord National Interprofessionel*) unterzeichnet hat, der die »Arbeit flexibler« machen soll, indem er Entlassungen und die Absenkung von Löhnen und sozialen Vergünstigungen erleichtert. Diese sogenannten »linken« Organisationen könnten einen hohen Preis für ihre Beschimpfungen bezahlen, auch wenn sie sich dazu bequemen zu sagen, sie würden jene »poujadistische« Wut verstehen. Sicherlich hat die Phase von Runden Tischen, Beratungen und Diskussionen um einen ständig schrumpfenden Zukunftspakt die Wut besänftigt – aber für wie lange? Denn es sind noch viele bittere Pillen zu schlucken – und nicht nur in der Bretagne!

Fiskale Konterrevolution. Verschuldung. Wettbewerbsfähigkeit und Steuerbelastung

Der Hollandismus ist ein Regime, das seine Wählerbasis in den Arbeiter- und unteren Mittelschichten hat. Gleichzeitig will es die großen französi-

[5] der frz. Aktienindex, ähnlich wie in der BRD der Dax

auch den Gläubigern des Staates versichern, das es fähig ist, die Schulden zurückzuzahlen. Dazu muss es den Glauben im Volk an seine guten linken Absichten, die Privilegien der Vermögenden auf ein Minimum zu beschränken, missbrauchen.

Deshalb thematisiert man so wenig wie möglich die den privilegierten Klassen gewährten Steuererleichterungen: Die höchste Einkommensklasse wurde 1986 mit 65 Prozent besteuert, dieser Satz sank dann auf 40 Prozent und wurde nun auf 45 Prozent erhöht. Der Steuersatz für Unternehmen wurde theoretisch auf 33 Prozent festgesetzt, nachdem er mehrmals gesenkt worden war. Außer Frage, ihn anzutasten, nicht einmal die vielfachen Ausnahmen, durch die Unternehmen im CAC40[5] mit durchschnittlich acht Prozent besteuert werden, während kleine und mittlere Unternehmen 28 Prozent abgeben müssen. Der *Rat für Steuern und Abgaben* bezifferte den Verlust durch diese fiskalische Konterrevolution auf 150 Milliarden Euro jährlich. Auch außer Frage, hier etwas zu ändern, und noch weniger das Einfrieren der Einkommensteuertabelle (im Verhältnis zur Inflation) aufzuheben, die Sarko-Fillon eingeführt haben. So sind mehr Haushalte steuerpflichtig geworden und andere (lohnabhängige Mittelschichten) müssen mehr bezahlen. 16 Millionen von insgesamt 36,4 Millionen Steuerhaushalten mussten dadurch 3,4 Milli-

Literatur:

* René Heilig »Es kann nicht sein, was nicht sein darf...« Neues Deutschland 3.2.2014

* http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/180528/protokolle-nsu-ausschuss

* Hajo Funke 26.5.2013: Abbruch der Untersuchung auf halber Strecke. Das vorzeitige Ende der öffentlichen Ermittlung des NSU Untersuchungsausschusses des Bundestags, auf http://hajofunke.wordpress.com

* Hajo Funke 13.1.2014: Die Suche nach dem NSU-Trio wurde 2003 durch thüringische Behörden sabotiert, auf http://hajofunke.wordpress.com

* SpOn 1.8.2013: »Britische Geheimprotokolle: Kohl wollte offenbar jeden zweiten Türken loswerden«

* *Wildcat-Zirkular Nr. 50/51 - Mai/Juni 1999:* Linke Bellizisten www.wildcat-www.de/zirkular/50/z50belli.htm

das »Trio« von den Monitoren verschwinden zu lassen. Hajo Funke nennt das »eine strategische Weichenstellung«. In diese waren auch andere Ämter eingebunden. So kam im Januar 2014 heraus, dass der heutige Präsident des Thüringer LKA, Werner Jakstat, 2003 die Fahndung nach dem Trio blockiert hatte. »Fahren Sie raus, aber kriegen Sie da nichts raus« war seine Anweisung, nachdem sie einen konkreten Hinweis auf den Aufenthaltsort Böhnhardts erhalten hatten. Ebenfalls 2003 offenbarte der V-Mann »Erbse« dem baden-württembergischen Verfassungsschützer Stengel, dass es eine Nazigruppe namens NSU gibt, an der u.a. ein »Mundlos« beteiligt sei. Stengel musste auf Anweisung seines Vorgesetzten diese Information löschen.

Das BFV startete 2003 zusammen mit mehreren Landesämtern eine Nachfolgeoperation von »Rennsteig« unter der Bezeichnung »Saphira«; laut dem damaligen vs-Chef Fromm wurden dabei zwischen 2003 und 2005 nochmal rund 25 Neonazis »angesprochen«. Im Zusammenhang dieser Operation wurden u. a. V-Leute regional anders zugeordnet. Das lässt sich entweder so interpretieren, dass dem Geheimdienst die regionalen Bezüge nach Hessen, NRW, Baden-Württemberg usw. »bewusst waren« - oder dass man sich nun stärker um die »nationale Vernetzung« kümmern wollte.

Im Juni 2004 explodierte die Nagelbombe in der Keupstraße (Köln). Zwei Tage danach verkündete Otto Schily, dass es sich um eine »Bombe mit terroristischem Hintergrund« handele. Die Ermittlungen wurden in Richtung PKK und Drogenmilieu geführt. Die Opfer wurden verdächtigt. Die Ermittlungsakten sind bis heute nicht vollständig freigegeben.

Im Juni 2005 wurde Ismail Yasar in Nürnberg erschossen. Die Ermittlungen wurden in Richtung Drogenmilieu geführt. Die Opfer wurden verdächtigt. Die Ermittlungsakten sind bis heute nicht vollständig freigegeben.

Im Juni 2006 explodierte eine Nagelbombe in der Probsteigasse (Köln). Die Ermittlungen wurden in Richtung PKK und Drogenmilieu geführt. Die Opfer wurden verdächtigt. Die Ermittlungsakten sind bis heute nicht vollständig freigegeben.

Im April 2006 wurde Halit Yozgat in Kassel erschossen. Die Ermittlungen wurden in Richtung Drogenmilieu geführt. Die Opfer wurden verdächtigt. Die Ermittlungsakten sind bis heute nicht vollständig freigegeben.

Im Juni 2006 wurde Mehmet Kubaşık in Dortmund erschossen. Die Ermittlungen wurden in Richtung Drogenmilieu geführt. Die Opfer wurden verdächtigt. Die Ermittlungsakten sind bis heute nicht vollständig freigegeben.

Im April 2007 wurde Michèle Kiesewetter in Heilbronn erschossen. Die Ermittlungen wurden in Richtung Drogenmilieu geführt. Die Opfer wurden verdächtigt. Die Ermittlungsakten sind bis heute nicht vollständig freigegeben.

Im Juni 2007 wurde Theodoros Boulgarides in München erschossen. Die Ermittlungen wurden in Richtung Drogenmilieu geführt. Die Opfer wurden verdächtigt. Die Ermittlungsakten sind bis heute nicht vollständig freigegeben.

Im August 2007 wurde Mehmet Turgut in Rostock erschossen. Die Ermittlungen wurden in Richtung Drogenmilieu geführt. Die Opfer wurden verdächtigt. Die Ermittlungsakten sind bis heute nicht vollständig freigegeben.

Im April 2007 wurde Ismail Yozgat in Kassel erschossen. Die Ermittlungen wurden in Richtung Drogenmilieu geführt. Die Opfer wurden verdächtigt. Die Ermittlungsakten sind bis heute nicht vollständig freigegeben.

Im Juni 2007 wurde Habil Kılıç in München erschossen. Die Ermittlungen wurden in Richtung Drogenmilieu geführt. Die Opfer wurden verdächtigt. Die Ermittlungsakten sind bis heute nicht vollständig freigegeben.

Im August 2007 wurde Abdurrahim Özüdoğru in Nürnberg

Man mobilisiert für eine große Demo in Quimper gegen die Entlassungen. Die Führungsstäbe der Parteien und Gewerkschaften merken, dass ihnen die Initiative entgleitet, und schlimmer noch: sie sind aufgeschreckt, weil sie sich gegen die Regierung wendet.

Am **26. Oktober** tritt die FDSEA [Bauernverband des Departements] ihre Aktionen gegen die Mautstationen los. Mehr als tausend Menschen beteiligen sich daran mit mehreren hundert Lastwagen, Traktoren voller Reifen, Blumenkohl, Eiern und Strohballen. Die UMP [rechtes Parteienbündnis] unterstützt sie. Es kommt zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der CRS [Spezialkräfte der Polizei]. Die FDSEA, stark geworden durch diese relativen Erfolge, ruft dazu auf, in Quimper zusammen mit den Entlassenen zu demonstrieren. Die Führung der CGT [ex-kommunistische Gewerkschaft] stellt sich dagegen und ruft zu einer Demonstration in Carhaix auf. Kommt es zu einer Spaltung? Muss man mit den Landwirten und den Unternehmern demonstrieren?

Am **28. Oktober** »wünscht« die PS [Sozialistische Partei] die Annullierung (ein Verbot?) der Demonstration in Quimper und die »Vertagung der Ökosteuer«.

Am **30. Oktober** versammeln sich die Führungsstäbe der Gewerkschaften CGT, FSU und Solidaires in Carhaix. Sie beschließen, die Demo in Quimper zu unterstützen, ohne jedoch zu mobilisieren. Sie wollen sich nicht in die Angelegenheiten der Bauern einmischen. Sie wollen auch nicht, dass ihre Demo mit der der Bauern verwechselt wird. Sie wollen sich nicht gegen die Regierung wenden. Sie wollen

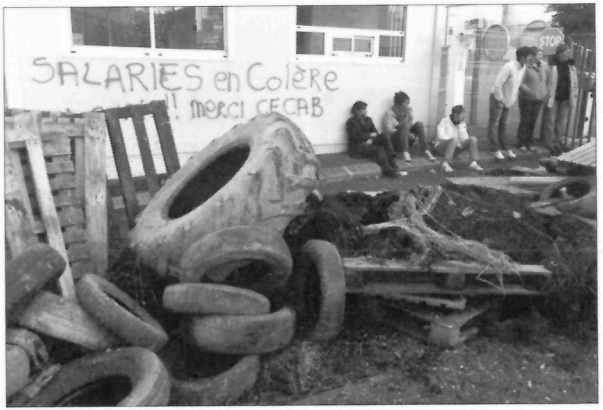
Beruf und Bewegung

Der Skandal um Aufheben...

Vor drei Jahren kam es zu einem kleinen Skandal, als die griechische Gruppe TPTG mit einem offenen Brief bekannt machte, dass der Mitbegründer von *Aufheben,* John Drury, im Rahmen seiner akademischen Laufbahn in *Crowd Control* u.a. Workshops für Polizei und Militär leitet und bei ihnen als »Ideengeber« gilt. Er selber forscht über Massenpanik und Rettungsmaßnahmen. Zusammen mit seinen engsten Kollegen Stott und Reicher hat er das *Elaborated Social Identity Model* (ESIM) ausgearbeitet. Der Sozialpsychologe Stott gilt als einer der weltweit führenden Experten für Proteste und gewaltsame Aufstände. Laut ESIM verhält sich ein »Mob« nach bestimmten Mustern: Personen in einer Menschengruppe haben individuelle Gedanken und Emotionen; wenn die Menge aber undif-

Uns hat die Enthüllung deshalb geschockt – was allerdings noch kein Grund wäre, in der *Wildcat* darüber zu schreiben. Aber der Verlauf der Debatte in der linkskommunistischen Szene Europas hat uns zunächst sprachlos gemacht. Die allermeisten winkten ab (»let's move on«) oder griffen diejenigen an, die die skandalösen Tatsachen öffentlich gemacht hatten.

Die heutigen Bewegungen machen wieder einen öffentlichen Raum auf, um über »Allgemeininteressen« zu debattieren. Aber dass sie ihre *eigene* soziale Situation nicht kritisieren, sondern eher ideologisieren (»wir sind alle prekär«), macht sie zahnlos. Das hat damit zu tun, dass alle diese Bewegungen »zwei Seelen« haben: Ein Teil ist jung und verfügt über hohe formale Qualifikationen, der



[3] Anhänger einer rechtsradikalen Strömung, die nicht klassisch nationalistisch, sondern regionalistisch orientiert ist; antisemitisch und antiislamisch,

[5] équitaxe, Übergang der Pferdewirtschaft vom reduzierten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent auf den normalen Satz von 20 Prozent; davon betroffen ist v.a. der Pferdesport, Trainingszentren usw.

In diesem Kontext sollte die Entscheidung der Regierung, »gesellschaftliche« Reformen einzuleiten wie das Recht auf die »Homo-Ehe«, höchstwahrscheinlich vor allem als Ablenkungsmanöver fungieren. Hatte sie die Brandungswelle vorausgesehen, die sie damit bei allen in Frankreich noch vorhandenen konservativen Kräften auslösen würde, eine Brandungswelle (fast eine Million Menschen waren auf der zweiten »Demo für alle« im März 2013), organisiert von einer Kirche, die einer fast abgeschlossenen Entchristianisierung zum Trotz ihre medialen und gesellschaftlichen Vermittlungen zu bewahren und vervielfachen wusste? Nach der kürzlich erfolgten Rücknahme des Gesetzesentwurfs, der die künstliche Befruchtung für weibliche Paare legalisiert hätte, ist dies zu bezweifeln.

Jagd auf Roma, »die sich nicht integrieren wollen,« medial inszeniert – , doch das Thema »Es gibt zu viele Einwanderer« bleibt grundsätzlich das des FN, und er ist sein Träger. Obwohl dieser Diskurs jeglicher Grundlage entbehrt, denn die Einwanderungsquote ist jetzt viel niedriger als in anderen europäischen Ländern, spielt er mit einer verbreiteten und fest sitzenden Angst. Geschürt wird er sowohl von einem beständigen Lärm in den Medien, der die Rückständigkeit des Islam denunziert und ein Echo auf die anti-arabischen Gefühle der älteren Generation ist, als auch von der Atomisierung und der Verunsicherung durch die Auflösung der traditionellen sozialen Bindungen. Außerdem geht der Zorn auf die politische Klasse (»Alle korrupt!«), aus dem der FN traditionell sein Süppchen kocht, nicht

Wenn Gewerkschaften und Stiftungen mit Jobs, Stipendien und Forschungsaufträgen winken

»Dass das Hemd näher ist als die Jacke... gehört zu den ... Lernzielen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft.«
(Klaus Viehmann, 2002)

Problematischerweise ist die linke Szene selber zu einem undurchschaubaren Mix aus politischen Projekten und Einkommensquellen geworden. Selbstständige machen Auftragsarbeiten für linke Verlage; linke Zeitschriften bieten bezahlte Jobs; viele dieser Jobs kriegt man nur über seine politischen Connections... Das geht inzwischen bis zu freiberuflichen AktivistInnen, die gegen Bezahlung gegen Atomkraft, Banken oder Gentechnik protestieren; bezahlt von Leuten, die für eigenes Engagement zu wenig Zeit haben. Wenn das eigene politische Engagement mit dem Geld Verdienen verschwimmt, lässt sich nicht mehr erkennen, was die Leute selber denken – und was sie aus beruflichen Gründen vertreten.

In Großbritannien heißen solche Tätigkeiten *movement jobs*, dort gibt es diese Entwicklung schon länger und sie ist weiter verbreitet; viele radikale Linke arbeiten als *Organizer* für Gewerkschaften oder als DozentIn an der Uni. Ein Genosse aus London schreibt: »Wenn ich zu einem Treffen zur *Linkes Co-Management – Kritische Bemerkungen zu Ideologie und Praxis gewerkschaftlichen Organizings* im Sammelband *Organisation und Kritik*. Am Beispiel der ehemals linksradikalen Flüchtlingsaktivistin Franziska Bruder verweisen Berger/Meyer auf die Kosten einer solchen Berufswahl: Diese *Lead-Organizerin* wurde »von ihrem Arbeitgeber ver.di zunächst ausgerechnet in der Security-Branche« eingesetzt.(Fußnote auf S. 261). Und obwohl es bei dieser ver.di-Kampagne selbstverständlich weder um »eine emanzipatorische Infragestellung der Selbstschutzinteressen von Privateigentümern und staatlichen Instanzen« noch »um die Organisierung jener Ein- und Ausgeschlossenen, die von den Wachmannschaften kontrolliert und in Schach gehalten werden« (S. 270) ging, ließ sich Bruder damals in *Mitbestimmung* 12/2007 zitieren mit: »Gewerkschaft muss Spaß machen«. Berger/Meyer sehen ganz richtig »die Gefahr, dass Kampagnen für die ›Organisierung der Unorganisierten‹sich letztlich als Vehikel für die Karriereaspirationen linker Organizer entpuppen.« (S. 265) Was kein Widerspruch ist, denn »die explizite Selbstverortung als Think Tank der Gewerkschaftsvorstände könnte eine akademische Variante jener ›Selbstorganisation der Prekären‹sein«, von der in einer bestimmten Linken so viel die Rede ist. (S. 248)

Nicht nur Gewerkschaften und Unternehmen

der Einführung einer Jahresarbeitszeit, die nach Ermessen des Unternehmers übers Jahr verteilt werden kann; Überstundenzuschläge fallen bei Jahresarbeitszeitkonten nicht an; um die »Rechte auf Weiterbildung« während der Berufsausübung zu wahren, führt er in digitaler Form das Arbeitsbuch aus dem 19. Jahrhundert wieder ein... Im Gegenzug gibt es keine Umstände, wenn man Festangestellte loswerden will: Die Prozedur für Massenentlassungen und der Rückgriff auf Kurzarbeit wurden vereinfacht, die Mobilität durchgesetzt; und, was noch schlimmer ist, bei »großen konjunkturellen Schwierigkeiten« ist der Arbeitsvertrag nicht mehr wirksam gegenüber einem Unternehmer, der die Löhne senken und die Arbeitszeit erhöhen möchte. Maßnahmen, die keine der vorigen Rechtsregierungen

20 Milliarden 2015). Nachdem sie es nicht gewagt hatte, die Einkommen der Superreichen anzugreifen, um dieses Haushaltsloch zu finanzieren, hat die Regierung heimtückischerweise die steuerliche Belastung der Arbeiter- und Mittelschichten mit einer Mehrwertsteuererhöhung angehoben – und bald wird sie noch eine Kelle drauflegen, wenn sie die Kinderzuschläge finanzieren muss, von denen sie die Unternehmen gerade befreit hat. Schließlich wird sie alle Mittel einsetzen müssen, um im Namen der restriktiven Haushaltspolitik in den Jahren 2015-2017 die angekündigten 50 Milliarden Euro einzusparen (zuzüglich der schon im Haushalt 2014 vorgesehenen 15 Milliarden). Als Erstes wird der Hobel beim Sozialhaushalt angesetzt: Es werden Verhandlungen über eine Kürzung

Kritik am Beruf

»*alle Verhältnisse* umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.«
(Karl Marx)

Sergio Bologna sagte einmal, wenn man den revolutionären Gehalt der Bewegungen 1968 ff. in einem Satz zusammenfassen wolle, so wäre das ihre Kritik am Beruf, an der kapitalistischen Arbeitsteilung. Den Leuten in den Bewegungen Ende der 60er/Anfang 70er war klar, dass sie im revolutionären Prozess sich selber ändern und ihre soziale Position kritisieren mussten. Sie konnten nicht einfach von ihren »Interessen« ausgehen. Stattdessen unterzogen sie die gesamte kapitalistische Arbeitsteilung (Wissenschaft, Schule, Fabrik, Familie, Knast...) einer radikalen Kritik. Dieser revolutionäre Impetus ist heute verloren gegangen – aber es ist keine Frage, dass er in revolutionären Bewegungen wieder wachsen wird.

Heute belächelt man diejenigen, die damals »in die Betriebe« gegangen sind... – die weithin gepflegte Lüge, alle revolutionären Studenten hätten nach ein paar Wochen die Fabrik wieder verlassen und

zum Weiterlesen:

Patrick Spät: *Der Mob im Schafspelz?* (22.12.2013) auf *telepolis.de*

Markus Mohr, Hartmut Rübner: *Gegnerbestimmung – Sozialwissenschaft im Dienst der »inneren Sicherheit«;* Unrast-Verlag, 2010

Wildcat 78: *Gewerkschaften auf neuen Wegen:Wenn der Kollege zum Kunden wird*

Produktionsmacht mehr ausspielen können, weil die Maschinenführer und Techniker den Betrieb auch ohne sie weiterlaufen lassen können. Gewerkschaftliches *Organizing* spricht genau solche »Führungsfiguren«, Filialleiterinnen usw. an. »Organizer (setzen) unabhängig von der politischen Einstellung gleich auf die ›Alphatiere‹im Kollegenkreis und stärken damit dessen interne Hierarchien und Ausgrenzungspraktiken.« (Berger/Meyer a.a.O. S. 268) Emanzipatorische Bewegungen müssen solche Hierarchien angreifen und umzudrehen versuchen.

Kritik an der kapitalistischen Arbeitsteilung muss auch Kritik an den *Inhalten* der kapitalistischen Wissenschaft sein; nicht nur an Geisteswissenschaften, sondern auch an Natur- und Ingenieurswissenschaften. Sie muss aufzeigen, wo die »Götter mit und ohne Krawatte« ihr Wissen nicht abgetrennt von der gesellschaftlichen Kooperation entwickeln können, wo es Ideologie (Gentechnik) ist, wo gefährlich (Atomtechnologie), wo einfach gegen uns gerichtet (Militär, Bullen, Geheimdienste). Es war wichtig, dass TPTG in ihrem Offenen Brief auch die Fachrichtung *Crowd Control* nicht in einer akademischen Gegen-Expertise, sondern als politische Gruppe inhaltlich kritisierten.

Frankreich:
Hollande in den Fußstapfen Schröders

Bei den Präsidentschaftswahlen 2012 gingen selbst eingeschworene NichtwählerInnen zu den Urnen, um endlich Sarkozy von der Macht zu vertreiben. Der Sozialist Hollande versprach eine keynesianische Politik, um Frankreich aus der Krise zu bringen. Nun scheint er in der Agenda 2010 sein Vorbild zu sehen. Ein »soziales Programm« hat nur der *Front National* – für die Franzosen...

Als Hollande nach dem Ausfall von DSK [Strauss-Kahn] von der Anti-Sarkozy-Stimmung an die Macht katapultiert wurde, war er trotz guter persönlicher Beziehungen zu hohen Führungskräften aus Banken und Industrie seiner Rolle als Repräsentant der Linken und seiner Wählerschaft etwas schuldig. Obwohl er nie die Notwendigkeit einer restriktiven Haushaltspolitik nach Definition der EU in Frage gestellt hatte, kündigte er ein keynesianisches Konjunkturpaket an (Arbeitsplätze im nationalen Bildungssystem, Investitionsförderung in der Produktion). Er versprach dabei, die »Arbeitslosenkurve 2013 umzukehren«, und vermittelte gleichzeitig den Eindruck, als knüpfe er an die sozialdemokratische Politik der Umverteilung des Reichtums an, indem er die Steuern der Superrei-

Wirtschaftsgefüges bilden und vorwiegend auf den Binnenmarkt ausgerichtet sind, wird durch die Austrocknung der Bankkredite der Hals zugeschnürt. Außerdem ist ihre Maschinerie aufgrund chronisch zu geringer Investitionen veraltet. Die Deindustrialisierung setzt sich also fort, und neue Arbeitsplätze (weit davon entfernt, die Verluste zu kompensieren) werden praktisch nur im Dienstleistungssektor geschaffen, schlecht entlohnte Jobs, für die kaum Sozialbeiträge abgeführt werden. Die Staatskasse, ohne die es keine Staatsintervention gibt, ist sehr geschwächt: Die großen Unternehmen entziehen sich großenteils der Besteuerung und bringen ihre Profite in Steueroasen unter; die BesitzerInnen großer Vermögen nutzen alle Möglichkeiten zur Expatriierung, um den Finanzämtern zu entkom-

privaten Einrichtungen verwaltet wird. In deren Verwaltungsräten sitzen politisch nominierte Manager, von denen einige den Ruf haben, zur 'Ndrangheta zu gehören, wie zum Beispiel in der lombardischen Wohnungsbaugesellschaft *Aler*. Dort wurden An- und Verkauf der Sozialwohnungen mit riesigen Finanzlöchern gerechtfertigt, die durch jahrelange Misswirtschaft und Korruption aufgetreten waren. Zugleich standen tausende öffentliche Wohnungen leer, oft in verwahrlostem Zustand. Um einen Wohnungsnotstand abzupuffern, von dem zehntausende Familien betroffen waren – geräumt oder in Zeltstädten an den Peripherien der großen Städte improvisierten die Kommunalverwaltungen Zwischenlösungen, indem sie Heime oder Aufnahmezentren einrichteten, ohne sich jedoch an die Lösung des Problems zu machen.

Die Anspannung im Wohnungssektor war also schon stark, als 2007 die Subprime-Blase platzte. Die darauffolgende Wirtschaftskrise und die Kürzungen im Staatshaushalt, die von der Europäischen Zentralbank und dem IWF den willigen Regierungen von Monti und Letta verordnet wurden, haben die alltäglichen Lebensbedingungen von Millionen Menschen verschlechtert. Die Krise hat definitiv das Modell des fordistischen Sozialpakts begraben, der aus der Vemittlung zwischen Arbeiterkämpfen und der Notwendigkeit des kapitalistischen Kommandos über die gesamte soziale Reproduktion ent-

Um eine Vorstellung vom Umfang zu geben: 2007, vor Beginn der Krise, gab es 43 000 Räumungsgesuche, die Zahl stieg auf 68 000 im Jahr 2012. Im selben Zeitraum hat sich die Zahl der tatsächlich durchgeführten Räumungen von 22 000 auf 27 000 erhöht. Die angespannte Wohnungssituation konzentriert sich tendenziell auf die Regionen in Mittel- und Norditalien. Allein auf die Lombardei, wo 16 Prozent der italienischen Bevölkerung wohnen und wo 20 Prozent des BIP produziert werden, entfallen 33 Prozent aller Räumungsgesuche in Italien, 25 000 von insgesamt 70 000. Dies hängt hier stark mit der steigenden Arbeitslosigkeit zusammen: Von 3,4 Prozent im Jahr 2007 kletterte sie 2012 auf 7,9 Prozent. Im selben Zeitraum haben sich parallel dazu die Räumungen verdoppelt.

Die Bewegung in den Stadtteilen und Städten hat deshalb Beratungsstellen für das Recht auf Wohnraum geschaffen und zusammen mit den von Räumung bedrohten Bewohnern oder Wohnungslosen eigene Komitees aufgebaut. Seit Jahren vergeht nun kein Tag, an dem man nicht vom kleinen Provinznest bis ins Großstadtquartier der Metropole Pickets gegen Räumungen sieht, mit denen die Komitees den Gerichtsvollzieher in Polizeibegleitung physisch daran hindern, die Zwangsräumung durchzuführen. In Städten, in denen es Widerstand gegen Räumungen gibt, sinkt die Zahl der

Ab 2008: Die Überakkumulationskrise kommt an die Oberfläche

Österreich gilt wie die BRD als relativer Krisengewinner, weil ihre Exportökonomien seit 2010 weiter wachsen. Die Lohnstückkosten sind niedrig, die tariflichen Lohnerhöhungen kaum über der Inflationsrate. Einer oft zitierten Studie der *Arbeiterkammer* über die Metallindustrie zufolge stieg die Wertschöpfung pro Beschäftigtem von 2009 bis 2011 um 24 Prozent, ebenso die Gewinne. Der Streit um das »Budgetloch« (der Staat müsse seine Ausgaben verringern) vertuscht, dass der Staat seit dem EU-Beitritt *tatsächlich immer weniger* ausgibt (und zwar für Schulen, Kindergärten, Bildung, Umweltschutz uvm.), aber alle Schranken für die Unternehmen niederreißt. Insgesamt sanken die Staatsausgaben gemessen am BIP um fünf Prozent, die Exportökonomie stieg von 35 auf 57 Prozent, die ausländischen Direktinvestitionen explodierten von drei auf 51 Prozent – entsprechend steigen die Gewinne der österreichischen Unternehmer und verschlechtern sich die Bedingungen auch in den Ländern, in die Österreich exportiert.[5] Aber auch entsprechend krisenanfälliger ist der österreichische Kapitalismus.

»Overbanked« – nach Osten und zurück

[5] Zahlen aus: Gerald Oberansmayr: Was wirklich explodiert ist, www.werkstatt.or.at.

[6] Hannes Hofbauer: Westbanken in Osteuropa, vom Boom zum Crash – Paradebeispiel Österreich, in: Manfred Mugrauer (Hg.): Wirtschafts- und Finanzkrisen im Kapitalismus, Wien, 2010.

Kämpfe in der Krise

2009/10: Die »Uni-brennt!«-Bewegung

Die weltweiten Uni-Besetzungen gingen von Italien aus und erreichten im Oktober 2009 Österreich. Die Studierenden kritisierten vor allem die Bologna-Reformen, die in diesem Jahr für viele spürbar wurden, weil sie vom Magister- ins Bachelor-System fielen, dies als nicht ebenbürtigen Abschluss ansahen und plötzlich viel mehr auswendig lernen mussten (»Verschulung«). In der Organisation der Besetzungen versuchten sich viele zum ersten Mal an »Basisdemokratie« und gemeinsamem Handeln – eine wichtige Erfahrung gegen den Alltag der Uni-Konkurrenz.

Anti-Sparpaket-Proteste 2011

Die nächste große Bewegung ging gegen die Kürzungen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich im Bundesland Steiermark an. Am Ende der Demos mit tausenden Leuten verkündeten Sozialdemokraten und Gewerkschafter Siege – weil weniger Jobs gestrichen und Weiterbildungsmaßnahmen beschlossen wurden, Beihilfen doch noch ausbezahlt werden, aber statt aus Steuergeldern nun

Demonstrationszug in Rom am 20. Oktober

Ein Video über den Kampf der »Facchini« bei Granarolo von Labornet.tv: de.labournet.tv/video/6666/granarolo-vom-20-bis-zum-25-januar-eine-woche-der-leidenschaft

Cremona, um ein Ende der Strom- und Gassperren bei säumigen Zahlern zu erreichen; schließlich ein Picket an den Kassen eines Supermarkts in Pisa, um Einkaufsgutscheine zu fordern und neue Besetzungen von Wohnraum in Turin, Mailand, Genua, Florenz, Rom und Neapel.

Die zahllosen verstreuten Konflikte in den Bergtälern, in den Außenbezirken der Großstädte, an den Logistikpolen – rund um die Verkehrsknotenpunkte wie Pilze aus dem Boden geschossen –, in den Fabriken, die verlagert werden sollen, sie alle sind Ausdruck einer neuen Klassenzusammensetzung, aus der heraus ein lang andauernder Stellungskrieg geführt und die offene Feldschlacht vermieden wird. Die Zusammensetzung schließt politizistische Abkürzungen ebenso aus wie den Blanko-Auftrag an selbsternannte Vertreter der Kämpfe, der von der Austeritätspolitik proletarisierten Mittelschicht anschließen.

Was die Möglichkeiten der Ausweitung der antagonistischen Bewegung angeht, so gibt es zwei interessante, zweifellos auf Teilaspekten beruhende Erfahrungen. Die erste ist auf Turin beschränkt und betrifft die Mobilisierung vom 9. Dezember. Hatte anfangs dazu die sogenannte »Bewegung der Mistgabeln« aufgerufen, so hat sie sehr bald die Grenzen der kleinen Organisationen hinter sich gelassen, die zu den ersten Demonstrationen aufgerufen hatten. Sie hat sich autonom organisiert und radikale Protestformen gefunden - von Straßenblockaden bis zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Einige der am Protest beteiligten sozialen Sektoren (Markthändler, Kleinhändler aus

nachholten; die Heimkehr der Facharbeiter aus der BRD und der Schweiz nach der Ölkrise.

Vor diesem Hintergrund bedeuteten Spekulationsverluste und »Skandale« in der staatlichen Industrie[1] den politischen Tod für die »Austrokeynesianer«. Das machte die Bahn frei für die Sanierungskonzepte der EG. Die »Marktbereinigung« in Form von Privatisierungen und massivem Arbeitsplatzabbau war nicht mehr aufzuhalten. Der Rücktritt Bruno Kreiskys 1983 markierte den Beginn der Abkehr vom Austrokeynesianismus.

1986 bis 2000: Die FPÖ platzt ins System SPÖVP hinein

Danach ging die SPÖ ein Bündnis mit der FPÖ ein. Diese Koalition wurde 1986 beendet, als Jörg Haider FP-Chef wurde, aber nun begannen die Privatisierungen. Allerdings gab es in diesen Jahren erfolgreiche Proteste und Streiks dagegen. Im internationalen Vergleich »hinkt« Österreich bis heute hinterher: die »großen Brocken« wie OMV, *Post* und *Telekom* sind noch immer nicht komplett privatisiert; es gibt noch immer kein HartzIV, sondern nach Auslaufen des Arbeitslosengelds bekommt man für unbegrenzte Zeit »Notstandshilfe«, die nur ein paar Euro weniger ist. Aber auch hier wurden immer mehr Randbereiche ausgelagert und verkauft

Der Aufstieg und die Verstetigung des Rechtspopulismus ist ein – auf den ersten Blick – paradoxes Ergebnis dieser Entwicklung. Aus den Ängsten der einheimischen Facharbeiter vor der ausländischen Konkurrenz speist sich der generelle Fremdenhass der FPÖ[2]. Aus der Enttäuschung dieser ehemaligen Kernklientel der SPÖ über den Abbau der ehemals sicheren Arbeitsplätze beim Staat und dem Aufstieg einer neuen jungen Generation von kreditfinanzierten Selbstständigen speist sich der Hass auf die »Packelei« und die »Korruptheit« des alten SPÖ-Systems. Auch migrantische ÖsterreicherInnen wählen FPÖ, ehemalige Serben und Kroaten, die sich eine Existenz als Ladenbesitzer aufbauen konnten – obwohl sie von der FPÖ historisch als »Tschuschen« gedemütigt wurden. Unter Parteichef HC Strache kann die FPÖ mittlerweile sehr gut mit dem serbischen und kroatischen Nationalismus, der perfekt zu ihrem »Anti-Islam«-Kurs passt (»Daham statt Islam«).

Bei den Parlamentswahlen 1994 wurde die FPÖ zur drittstärksten Partei, nach dem EU-Beitritt 1995 und den damit zusammenhängenden sozialen Einschnitten im Jahr 1999 zur zweitstärksten, noch knapp vor der ÖVP.

2000 bis 2008: Die FPÖ bringt zu Ende, was die SPÖ begonnen hat

[1] *Stahlwerk Bayou*: der staatliche Eisenkonzern VÖEST baute »Referenzanlagen«, z. B. ein hochmodernes Stahlwerk am Mississippi, ein Zellstoffwerk in der Steiermark, die Mitte der 80er hohe Verluste brachten. *Intertrading-Skandal*: eine Tochter der VÖEST, die in den 1980ern mit hochriskanten Termingeschäften hohe Verluste machte. *Noricum-Skandal*: eine andere VÖEST-Tochter, die in derselben Zeit illegal Waffen an den Iran und an den Irak lieferte (beide Staaten befanden sich gerade im Krieg).

Österreich: Krise Korruption Kämpfe

Seit der Krise 2008 gab es in Österreich mehrere Mobilisierungsphasen: die Uni-Besetzungen, die Bleiberechts-Bewegung, Anti-Sparpaket-Proteste, zwischendrin immer wieder von den internationalen Protesten (*Occupy*) inspirierte Mini-Aktionen; im Dezember 2013 Demos von SchülerInnen, LehrerInnen, StudentInnen und Staatsangestellten gegen die neue, alte Regierung und ihre Pläne. Die Kapitalisten nutzen die Krise für Betriebsschließungen und Kündigungen, die auch ehemals »abgesicherte« Klassenkerne treffen. Die Arbeitskonflikte nehmen zu, der soziale Frieden auf der »Insel der Seligen« bricht auf. Kommt der jahrzehntealte Korporatismus in Österreich an sein Ende? Das politische System ist durch zahlreiche »Korruptionsskandale« jedenfalls blamiert.

Der noch immer starke österreichische (Sozial-)Staat konnte bisher die Konflikte abwürgen und auseinanderhalten. Aber die Bedingungen für *alle* ArbeiterInnen verschlechtern sich. Zum ersten Mal nach 1945 kann die nachkommende Generation den Wohlstand ihrer Eltern nicht übertreffen, nicht einmal mithalten. Junge und MigrantInnen kämpfen schon...

Krise und Politik in der Zweiten Republik

Österreichs Geschichte nach 1945 lässt sich in vier

Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung ein, das die Rückübertragung der Vermögen und Betriebe regeln sollte. Dies wurde allerdings unter der Leitung von Peter Krauland (ÖVP) in großem Umfang verhindert, politisch wichtige Betriebe (Papierfabriken, Druckereien, Verlagshäuser) wurden

Phasen einteilen. Der »Austrokeynesianismus« als Zweiparteiendemokratie mit einer nach Proporz aufgeteilten Verwaltung prägte die Phase bis etwa 1973. Danach trat das Land in einen langen Abschwung ein. Mit den Privatisierungen ab 1986 kam es zur Krise des politischen (Klientel-)Systems. Die Phase ab 2000 steht für den moralischen Zusammenbruch der Politik; sie ist das Finale des langen Abschwungs.

Weichenstellung nach 1945: Die Aufteilung der Republik

Nach dem »Anschluss« Österreichs an das Nazi-Reich wurde ein bedeutender Teil der Industrie von deutschen Konzernen übernommen oder staatlicher deutscher Verwaltung unterstellt. Viele Fabriken heutiger exportorientierter Konzerne wurden in dieser Zeit gebaut oder erreichten erst durch die Nazis und ihre Rüstungsproduktion eine profitable Größe. Seit damals ist die österreichische Wirtschaft mit der deutschen eng verflochten (Auto- und Maschinenbau, Chemieindustrie, Rüstungsproduktion). Noch unter alliierter Besatzung wurden die Besitzverhältnisse vieler Betriebe neu geordnet. Deutsche Firmen wurden enteignet; Betriebe, die von den Nazis enteignet worden waren, sollten ihren ursprünglichen EigentümerInnen zurückgegeben werden. Die erste Regierung (unter Einschluss der KPÖ) richtete ein Ministerium für

entlang den Interessen von ÖVP und SPÖ aufgeteilt. Damit wurde Österreich in eine »schwarze« (ÖVP) und eine »rote« (SPÖ) Hemisphäre mit entsprechenden Klientelnetzwerken aufgeteilt.

Die ÖVP stand politisch in der Tradition des faschistischen und klerikalen Ständestaates; sozial vertrat sie die (klein-)bürgerlichen und (klein-)bäuerlichen Schichten. Die SPÖ hatte ihre Macht vor allem bei den ArbeiterInnen im Verwaltungsapparat, aber auch in der Industrie (wo zunächst auch die KPÖ stark war).

1946 bis 1970: Sozialpartnerschaft und Mechanisierung der Landwirtschaft

Die Sozialpartnerschaft in Österreich basierte auf der verstaatlichten Industrie. Ihre Gewinne trugen bis in die 70er Jahre zum Staatshaushalt bei. 30 Prozent der damals 2,2 Millionen Beschäftigten arbeiteten in staatlichen Betrieben. Dazu gehörten nicht nur Eisenbahn, Post und Banken, sondern auch die wichtigen Großfabriken der Metall- und Maschinenindustrie.

Der große Streik von 1950 wegen der nicht eingehaltenen Versprechungen eines Wiederaufbaus der Industrie bei Lohnzurückhaltung zeigte allen bis in die ÖVP hinein, dass die Gefahr des Klassenkampfs nur durch einen quasi-sozialistischen Planstaat mit einer modernen Industrie gebannt werden konnte – wobei »modern« technologisch

– die Beschäftigung beim Staat ist keine feste Bank mehr und für Jüngere kaum mehr eine realistische Aussicht. Damit begann das Klientelsystem der SPÖ langsam zu erodieren.

Die Balkankriege der 90er Jahre waren für die österreichische Gesellschaft ein wichtiger Einschnitt und ein Fixpunkt der bis heute gültigen Konstellation. Das Land erlebte erstmals seit Jahrzehnten einen rasanten Anstieg der (dauerhaften) Zuwanderung, darunter sehr viele Facharbeiter. Gleichzeitig boten die Länder Osteuropas aufgrund der geographischen Nähe und der historischen Beziehungen ein profitables Investitionsfeld. In vielen osteuropäischen Ländern ist Österreich bei den Direktinvestitionen führend (Slowenien, Kroatien, Bosnien, Serbien) – vorneweg die Banken. Diese expandierten in zwei großen Wellen nach Osteuropa: 1995 bis 2001 in den nördlichen Teil, seit 2001 ins ehemalige Jugoslawien. Die *Raiffeisen Zentralbank* (RZB), *Erste Bank* und *Bank Austria* bauten weitverzweigte Filialnetze auf und vergaben um 300 Mrd. Euro Kredite (was dem österreichischen BIP entspricht). Die Kredite wurden an die osteuropäischen Privathaushalte weitergereicht und beförderten den Absatz österreichischer Produkte.

Von 2000 bis 2006 bildeten ÖVP und FPÖ eine Koalitionsregierung. Die Privatisierungspolitik wurde forciert, und die FPÖ integrierte sich vollends in das Freunderl- und Korruptionsnetz.

Seit dem EU-Beitritt 1995 steigen die Exporte und sinken die Löhne. Mittlerweile hängen drei von fünf Euro des österreichischen Bruttoinlandsprodukts und jeder zweite Arbeitsplatz am Export. Im Jahre 2002 überstieg der Wert der Warenexporte das erste Mal den der Importe – auf Kosten der Löhne: Seit 1998 sind die Reallöhne im Durchschnitt um zwölf Prozent gesunken, beim untersten Zehntel sogar um 40 Prozent. Die Gehälter der Angestellten stagnieren bestenfalls, die Zahl der Beamten halbierte sich.[3] FPÖVP kürzten überall zusammen: bei den Arbeitslosen, bei den Renten, auf der Uni, bei den Arbeitsplätzen…[4]

Ebenso sinken die Investitionen kontinuierlich, während die Gewinne steigen. Zwei Branchen boomen: die Bauwirtschaft und die Finanzindustrie. Ersterer wurde durch undurchsichtig finanzierte *Private Public Partnerships* und *Cross Border Leasing*-Verträge ein ordentlicher Schub versetzt, den Finanzgesellschaften durch die Privatisierung der Renten (»Pensionsreform«). (Hier spitzte sich die Paradoxie der FPÖ zu, die seit den Balkan-Kriegen Teil des neuen Mafia-Kapitalismus wurde – siehe *Hypo*-Kasten).

[2] Damals, von 1993 bis 1997, fanden auch die Briefbombenserien statt, für die später Franz Fuchs als »Einzeltäter« verurteilt wurde. Mit den Briefbomben, die gegen Leute gerichtet waren, die eine liberale Ausländerpolitik vertraten, wurden vier Roma ermordet – das nutzte der FPÖ genauso wie die systematische Kriminalisierung von AfrikanerInnen 1999 und 2000, die als »Operation Spring« bezeichnet wird.

[3] Einkommensbericht des *Rechnungshofes* 2012: www.rechnungshof.gv.at/berichte/ansicht/detail/rechnungshof-veroeffentlicht-einkommensbericht-2012-1.html

[4] Widerstand gegen die sozialen Verschlechterungen, die der EU-Beitritt 1995 mit sich brachte, gab es übrigens im März 1996. Die Zahl der Beteiligten war viel größer als bei den 1968er-Protesten in Österreich. S. *Wildcat*-Zirkular 25: Österreich – Massenbewegung gegen Euromonetarismus, Mai 1996.

ko-Auftrag an selbsternannte Vertreter der Kämpfe. Sie begegnet dem Klammergriff der Krise lebendig und vielschichtig in den alltäglichen Kämpfen um die Reproduktion der Klasse und flüchtet sich nicht in Meinungskampagnen. Die Bewegung lehnt jegliche institutionelle Vermittlung klar ablehnt und will eine politische Schicht nicht dulden, die das Elend verwaltet.

Von den kleinen Dörfern des Valsusa, dem wichtigsten Kampf außerhalb der Städte ist ein Kampfschrei ausgegangen, der durchdrang bis zu den zergliederten und vielschichtigen Realitäten der Metropolen. Er schallt bis an die Grundmauern der Machtburgen in Rom, wo sein Widerhall zu einem einzigen und entschiedenen Schrei verschmilzt: »Que se vayan todos« [Sie sollen alle abhauen]. Niemand will sich mehr mit den Brosamen zufriedengeben, die barmherzig von den reich gedeckten Tischen einer immer deutlicher diskreditierten und unglaubwürdigen politischen Schicht gespendet werden. In diesem Sinn bedeutet »Einkommen« für die Bewegung heute, wie autonom sie nach ihren Bedürfnissen leben kann, den Anteil an gesellschaftlichem Reichtum, Gütern und Dienstleistungen, der dem Kapital entrissen und entzogen werden kann, und zwar auf dem Weg der direkten Aneignung. Der Antrieb geht von Teilen der Klasse aus, die allmählich und nach und nach anwachsen, da sich dem Kampf neue Segmente aus den Vierteln, junge Proletarier aus der Peripherie) gehören zu denen, die am meisten von der Krise betroffen sind. Bei dieser Gelegenheit haben sie auf den Straßen der piemontesischen Metropole ihre Wut rausgelassen und eine erhöhte Bereitschaft zum Kampf bewiesen. Dass sich zumindest ein Teil der antikapitalistischen Bewegung von Turin für diese Proteste interessierte, machte eine Debatte in der ganzen Bewegung möglich: Ist es sinnvoll, sich auch in Bewegungen zu engagieren, die in aller Widersprüchlichkeit Unzufriedenheit artikulieren, die keinen eindeutigen Widerspruch zur kapitalistischen Gesellschaft formulieren?

Die zweite wichtige Gegebenheit ist die fortschreitende Umbildung der Beratungsstellen für das Recht auf Wohnen. Sie haben in letzter Zeit ihren Interessenradius von der Wohnungsfrage auf die Energieversorgung der Haushalte erweitert. Hier vollzieht sich einerseits ein natürlicher Prozess, da zahlreiche von Räumung bedrohte Familien außer der Miete auch die Strom-, Wasser- und Gasrechnungen nicht bezahlen können. Andererseits handelt es sich auch um einen wichtigen politischen Schritt, der den Kampf für neue Gruppen öffnet: spontane Aktionen, Belagerung und Besetzung von Kundenzentren der Energieversorgungsunternehmen; Protest gegen die Privatisierung der kommunalen Betriebe und die damit erzwungene Individualisierung der Bedürfnisbefriedigung;

[7] S. *Wildcat* 90: Österreich – Proteste gegen die Sparpolitik, Sommer 2011

Während der Krise 2008/09 wurde mindestens ein Drittel der 300 Mrd. ausstehender Kredite in den osteuropäischen Ländern faul. Die Aktien brachen um bis zu 90 Prozent ein. Seitdem ziehen sich die Banken langsam zurück und konzentrieren sich auf einige wenige »Kernmärkte«, was das Problem verschärft, weil sie von wenigen, sehr instabilen Staaten wie Bosnien, der Türkei und Russland abhängig werden: Ein Großteil des Gewinns der *Bank Austria* stammt aus Russland und der Türkei; der Gewinn der RBI, der *Osteuropa-Tochter* der *Raiffeisen Zentralbank*, ist stark von Russland abhängig; mehrere Milliarden Kredite sind in der Ukraine vergeben (die *Raiffeisen*-Gruppe kann die Staatshilfen nicht zurückzahlen); fast 90 Prozent des bosnischen Finanzmarktes halten österreichische Banken.

Mitte Juli 2013 mahnte der IWF, Österreich müsse seine kaputten Banken schneller abwickeln, damit sich die Profitrate erholen kann. »Kapital statt Dividende« müsse das Motto sein, im internationalen Vergleich seien die Banken »schwach kapitalisiert« und es gäbe zu viele. »Overbanked« meint demnach die Überakkumulation im Bankensektor, die mit der Expansion nach Osteuropa hinausgezögert bzw. retuschiert werden konnte, indem die »mageren Bilanzen zu Hause mit den sagenhaften Gewinnen aus den Ostgeschäften aufgebessert«[6] wurden.

aus den Sozialkassen.[7]

Metallerstreik 2011

Beim eineinhalbtägigen Streik von 100 000 MetallarbeiterInnen (von ca. 180 000) im Oktober 2011 hielten die Betriebsräte kämpferische Reden vor den Belegschaften, bezogen sich aber mit keinem Wort auf die massenhaften Anti-Sparpaket-Proteste nur wenige Monate zuvor.
Eine kleine, aber wichtige Besonderheit war ein Metallbetrieb in Kärnten, in dem die ArbeiterInnen einen Tag weiterstreikten und so die geforderten 5,5 Prozent Lohnerhöhung bekamen (alle anderen bekamen 4,2 Prozent).

Die »Bleiberechts-Bewegung«

Die Bleiberechts-Bewegung entwickelte sich seit 2008 parallel zu den anderen Protesten und brachte Situationen hervor, in denen sich Leute zum ersten Mal unter Einsatz ihres Körpers dem Staat in den Weg stellten, z. B. im Vorarlberger Röthis, als im Februar 2010 eine Familie in den Kosovo abgeschoben werden sollte und die Menschen sich vor das Haus stellten, damit die Bullen nicht durchkommen. Darauf aufbauend hat sich eine bundesländerübergreifende Zusammenarbeit entwickelt, bei der die AktivistInnen Erfahrungen im Kampf

mandos über die gesamte soziale Reproduktion entstanden war. Ein Grundbedürfnis wie das nach einer Wohnung wurde nun vollständig privatisiert und zur Ware gemacht und der Finanzsphäre übertragen. Die Antworten der Institutionen auf den sogenannten »Wohnungsnotstand« zielen nicht auf die Befriedigung der Bedürfnisse tausender Gekündigter und Wohnungsloser, sondern auf die Wiederaufnahme der Verwertungsprozesse da, wo der Mechanismus der Rente blockiert ist: Abgaben auf die Miete für die Wohnungsbesitzer; Aufbau von Barackensiedlungen ähnlich denen nach Erdbeben; individuelle Verschuldung. Die Unterordnung der Wohnungspolitik unter die Erfordernisse des Kapitals hat zu einer Eskalation von Räumungen und Pfändungen geführt. Mit dem Verlust der Arbeit oder dem Druck auf die Löhne waren zahllose Familien nicht mehr in der Lage, den Wohnungskredit oder die Miete zu bezahlen, die sie vor Beginn der Krise ausgemacht hatten. Die Gerichte sind von Klagen wegen Zahlungsverzug lahmgelegt. Der allgemeine Verarmungs- und Homogenisierungsprozess der Lebensbedingungen nach unten wird von Dramen, Verzweiflungstaten und zahlreichen Selbsttötungen begleitet - individuellen »Lösungen« kollektiver sozialer Probleme.

ausgeführten Räumungen, wie zum Beispiel in Mailand und Turin.

Der Wellenschlag des Klassenkampfs ist in den Besetzungen von Wohnungen sowie städtischen und privaten Wohnblocks spürbar, die aufeinander folgen, ohne sich um polizeiliche Räumungen zu kümmern, die häufig den Prozess der Wiederaneignung des gesellschaftlichen Reichtums unterbrechen. Die Bewegung protestiert systematisch gegen die öffentlichen Institutionen, von den städtischen Wohnungsämtern bis zu den Ministerien oder den Regionalregierungen. Dabei unterbrechen sie die normalen Arbeitsabläufe von Politik und Verwaltung, besetzen Büros, bauen vor den Palästen der Macht Zeltstädte von Wohnungslosen auf, ganz im Stil der spanischen Bewegung der *Indignados*.

Die anwachsende Bewegung findet eine solide Basis vor, ein Netz von bereits in den Stadtteilen agierenden Gruppen: die seit Jahren aktiven Koordinationen für das Recht auf Wohnraum; die Migrantenvereine mit ihren Erfahrungen der letzten Jahre aus den Kämpfen für Legalisierung und gegen die rassistische Politik der Gesetze Turco-Napolitano und Bossi-Fini; die Studentenkollektive als treibende Kraft gegen die Kürzungen der Regierung bei den Schulen und gegen die Gelmini-Reform der Universität, die sozialen Zentren der Stadtteile und die Basisgewerkschaften. In der

chen erhöhen und die EU zum Kampf gegen die Steueroasen verpflichten würde.

Die Enttäuschung folgte schon nach weniger als einem Jahr. Die Steuerparadiese gedeihen immer noch, die Steuer auf die hohen Einkommen hat sich kaum erhöht, die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Bildung stellt sich im Wesentlichen als Umstrukturierung heraus. Die von Minister Montebourg verkörperte »Belebung der Produktion« hat die Schließung von verschiedener Unternehmen nicht verhindert, darunter die letzten Stahlwerke von Lothringen, das PSA-Werk Aulnay in der Pariser Banlieue, *Continental* im Departement Oise, *Doux* in der Bretagne usw. Wirtschaftlich ging es weiter bergab: Ende 2013 ist die Arbeitslosenkurve nach einer leichten Abflachung aufgrund der Neuauflage des Beschäftigungsprogramms für Jugendliche »emplois jeune« auf ihren Höhepunkt zurückgekehrt und erreicht offiziell die Sechs-Millionen-Schwelle.

Wie ist das zu erklären? Frankreich spielt zwar weiterhin auf militärischer Ebene die Großmacht, doch im weltweiten kapitalistischen Wettbewerb verliert es zweifellos an Boden. Den multinationalen Banken und Industrien mit Sitz in Frankreich geht es gut, aber ihre Investitionsstrategien oder Spekulationen finden nicht mehr auf nationaler Ebene statt. Den unzähligen Klein- und Mittelbetrieben, die den wesentlichen Teil des men. Gleichzeitig steigt die Staatsverschuldung weiter an, nicht zuletzt aufgrund der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit.

Haben sich im Kontext der globalisierten Ökonomie die keynesianischen Rezepte gegen die Krise und in der Konsequenz die sozialdemokratischen Rezepte der Umverteilung zwangsläufig disqualifiziert? Eine offene Frage, die aber nichts an der Tatsache ändert, dass die Steuerungsmodalitäten der Ökonomie vor allem vom Kräfteverhältnis zwischen den Klassen bestimmt werden. Der Druck auf Seiten der Klasse, die durch Kampf die Regierung zwingen könnte, sich den ewigen Klagen der Unternehmer über die Arbeitskosten zu widersetzen, ist allerdings recht schwach. Keine der großen Gewerkschaften beabsichtigt, einer Linksregierung in den Rücken zu fallen, die die Kommissionen und Verhandlungsgremien vervielfacht und in ihren Reformen sehr wohl darauf achtet, sie in die neuen Formen des Co-Managements einzubeziehen. Ihre Proteste bleiben von nun an reine Formsache: die Demos gegen die neue Rentenreform von 2013 und gegen den neuen Arbeitsvertrag ANI (siehe unten) haben nur die Gewerkschaftsfunktionäre auf die Straße gebracht – gerade so viele, wie es braucht, um die notwendige Fiktion von den Gewerkschaften als Sprecher der Welt der Arbeit aufrechtzuerhalten. Aber auch an der Basis gab es keinen ernsthaften Druck für eine Mobilisierung, in der die

wildcat-www.de/wildcat/78/w78_organizing.htm

Wildcat 80: *New Labour – New Gewerkschaft – Kritik am Organizing, Teil II* wildcat-www.de/wildcat/80/w80_organizing_II.htm

Sergio Bologna: *Toxic asset – toxic learning* wildcat-www.de/aktuell/a067_sergio_uni.html

Wildcat 89: *Unmut wird Wut: Bewegungen gegen die Krise in Italien* wildcat-www.de/wildcat/89/w89_italien.html

Sergio Bologna, Francesco Ciafaloni, Paolo Bolzani: *Die Techniker als Produzenten und als Produkt*; Merve 1972

Sozialistisches Jahrbuch 3 Intellektuelle: *Konterrevolutionäre oder Proleten?* 1971 darin: André Gorz: *Zerschlagt die Universität*; auch grundrisse.net/grundrisse24/ZerschlagtDieUniversitaet.htm

Frank Hertel: *Knochenarbeit*; Carl Hanser Verlag 2010

ein paar Wochen die Fabrik wieder verlassen und Karriere gemacht, zeigt aber, dass diese Vergangenheit immer noch Ansprüche aufwirft, die bekämpft werden müssen, wenn man seinen Frieden mit den Verhältnissen machen will.

(Übrigens hat die Idee, in Großbetrieben zu arbeiten, aus heutiger Sicht noch einen ganz anderen Charme, wo die Jobs immer vereinzelter werden. An der Uni, in Firmen für Web design und dergleichen hat man meist nur sehr wenige KollegInnen; oder arbeitet gleich ganz allein als Ich-AG oder in anderen Formen von (Schein-)Selbständigkeit, beim Doktorarbeiten schreiben usw. In solchen Jobs ist es verdammt schwer bis unmöglich, was Gemeinsames auf die Reihe zu kriegen.)

Die Ehrfurcht vor Spezialisten innerhalb der Bewegungen (Theorieexperten, *Organizern*, Rechtsanwälten) hängt auch mit »technischen« Veränderungen zusammen. Mit verstärkter Polarisierung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und verschärfter Kontrolle wächst die Schere zwischen der Intelligenz des kollektiven Arbeiters (als antagonistischem Subjekt) und dem Spezialwissen. Ein Kollektiv von MechanikerInnen konnte die Arbeit des Ingenieurs nachvollziehen und weiterentwickeln (oft hatte der Ingenieur auch nur ihre »Erfindungen« enteignet). Heute sind wir oft mit Streiks migrantischer ArbeiterInnen konfrontiert, die keine Macht Schluss mit den Prekariats-Ideologien! Niemand hat versprochen, dass im Kapitalismus alle eine ihrer Qualifikation entsprechende Anstellung/Bezahlung kriegen! Erfüllung im Beruf zu finden, war schon immer ein Privileg der Mittelschichten. Wer einen garantierten und seinem Studienabschluss entsprechenden Arbeitsplatz als sein spezielles individuelles Recht betrachtet, anstatt die kapitalistische Tretmühle hinter solchen Versprechen und solchen Spaltungen zu kritisieren, affirmiert die kapitalistische Konkurrenz. Anstatt ihre mangelnden beruflichen Perspektiven zu bejammern, sollten die »überqualifizierten Prekären« lieber den Kapitalismus kritisieren!

Man kann nicht ganz normal seine berufliche Karriere betreiben und nebenbei »revolutionär sein«. Wir brauchen eigene Strukturen als materielle Alternative zum »Beruf«, WGs, Kollektive und Zentren, die uns ein anderes *arbeiten gehen* möglich machen: einen Scheißjob zu schmeißen; zu einem Billiglohn zu arbeiten, weil es politisch interessant ist; oder mal gemeinsam einen Betrieb aufzumischen. Anstelle von »Professionalisierung« und Realpolitik müssen wir die Bewegung über einen kontinuierlichen internationalen Austausch nach vorne bringen.

Profis verpisst Euch!
Jede_r kann alles (lernen).

vorzunehmen gewagt hatte. Sie reißen das Arbeitsrecht, das seit einem halben Jahrhundert ausgearbeitet und perfektioniert wurde, in Stücke und greifen damit den verbliebenen Rest von Widerstandsfähigkeit der arbeitenden Klasse an. Die umzusetzende Reform der Arbeitsinspektion wird das Tableau vervollständigen, denn es beraubt den Arbeitsinspektor seiner rechtlichen Autonomie und schwächt seine Bindung an die Lohnabhängigen, die häufig kein anderes Rechtsmittel als ihn haben, um sich gegen die Unternehmerwillkür zur Wehr zu setzen. Nach derselben Logik funktioniert die Reform der Arbeitsgerichtsbarkeit, die in den Schubladen liegt.

In diesem Zusammenhang erstaunt es nicht, dass Hollande, konfrontiert mit der sprunghaft gestiegenen Arbeitslosigkeit und seinem Rekord an Unbeliebtheit in den Umfragen, glaubt, freie Hand zu haben, um offen die Rolle eines französischen Schröder einzunehmen und eine Art Pro-Unternehmer-Coming-out zu machen, indem er die »Entlastung« der Unternehmen für dringlich erklärt. Die Logik der »Unternehmergeschenke« gibt es jedoch nicht erst seit Anfang 2013. Doch die Befreiung der Niedriglöhne von Sozialabgaben durch die Rechte, die sich jährlich auf zig Milliarden Euro belaufen, wurde nie in Frage gestellt, auch nicht der »Steuerkredit« an die Unternehmen, der 2012 eingeräumt worden war (10 Milliarden 2013, des Arbeitslosengeldes geführt; geprüft werden die drastischsten Einschnitte bei der Krankenversicherung, die es jemals gab. Dann wird man die Lohnkosten im öffentlichen Dienst angreifen – aber hier zögert man noch, es bedarf Fingerspitzengefühl, denn hier berührt man das Jagdgebiet der Gewerkschaften, und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind vielleicht nicht genug atomisiert, um nicht reagieren zu können.

Und doch werden diese Ergebenheitsmaßnahmen gegenüber den Unternehmerforderungen nach Meinung der meisten Ökonomen nicht ausreichen, um die Wirtschaft des Landes wieder in Schwung zu bringen.

Für die »Linke der Linken« ist die Sache klar: Die Sozialistische Partei – die sich den europäischen Geboten zur Reduzierung der Staatsverschuldung und zur Restrukturierung-Privatisierung im Namen der »freien und unverfälschten« Konkurrenz (besonders bei der Eisenbahn) nicht widersetzen konnte – ist definitiv zur Liberalismus konvertiert. Man könnte hier auch allgemeiner das Verhalten einer herrschenden Klasse ohne Zukunftsvisionen oder Durchsetzungswillen sehen, die von jetzt an »die Macht ohne sie agieren lässt« (wie Pasolini es ausgedrückt hat) – aber verweist dies nicht wiederum auf die Atonie [Schlaffheit] einer arbeitenden Klasse, die jeden kollektiven Bezug auf eine aufzubauende egalitäre und

»What critical psychology can('t) do for the ›anti-capitalist movement‹« erschien im *Annual Review of Critical Psychology 3*

Bruch, Schaffar, Scheiffele (Hrsg.): *Organisation und Kritik*; Westfälisches Dampfboot 2011; der Text *Linkes Co-Management* findet sich auch online unter: http://archiv.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/erfahrung/us-orga_akg.pdf

›Unterstützung von Putzfrauen‹gehe, sind mindestens die Hälfte der Leute dort, weil sie entweder gerade als Freelancer einen Artikel zum Thema schreiben oder weil sie an einer Doktorarbeit über ›Migration als Beziehungsarbeit‹sitzen – oder sie haben einen Job bei der Gewerkschaft und müssen sich deshalb drum kümmern. Danach in der Kneipe ist dauernd diese Schizophrenie spürbar (›weißt Du, ich schreibe über die Sache gerade einen Artikel für den *Guardian*, dadurch hab ich dann Zeit, um was Richtiges für Zeitschriften der Bewegung zu schreiben‹, usw.)«.

Seit den Hartz-Gesetzen hat die BRD-Linke hier stark aufgeholt, seit dem Ausbruch der globalen Krise boomen solche Jobverhältnisse geradezu. Auch hier dürfte inzwischen die Hälfte der ehemals radikalen Linken von Parteistiftungen (v.a. der Rosa-Luxemburg-Stiftung der PdL) abhängen, oder »Trainings gegen Rassismus« an Schulen machen, »menschenrechtsorientierte Kinder- und Jugendarbeit«, usw.

Die vielen ehemaligen Linksradikalen, die als »Organizer« in den Gewerkschaften arbeiten, sind ein Beispiel dafür, dass solche Jobs für die Mehrheit keinen sozialen Aufstieg bringen. Darauf sind wir bereits in den *Wildcats* 78 und 80 ausführlich eingegangen. Verwiesen sei zusätzlich auf den 2011 erschienenen Aufsatz von Berger/Meyer, sind an den Managementfähigkeiten von AktivistInnen interessiert; die Herkunft aus der Linken und Kontakte zu sozialen Bewegungen können für bestimmte Jobs eine Zusatz-Qualifikation sein. Deshalb hatte Dr. JD kein Problem damit, seinen politischen Werdegang in einem Wissenschaftsmagazin darzulegen

Unter der Überschrift »Was die kritische Psychologie für die ›antikapitalistische Bewegung‹(nicht) tun kann« schrieb Drury: »Kritische Psychologen ... haben anscheinend das Beste aus zwei Welten: wir können einige unserer Bedürfnisse als kritische Menschen befriedigen (und unserem Gewissen treu bleiben), und zur selben Zeit unseren Lebensunterhalt als Psychologen verdienen – und vielleicht kommt sogar eine ordentliche Karriere dabei heraus«.

Die »Professionalisierung unserer Medienarbeit«, Kampagnenarbeit und das ganze sozialpädagogische Zivilgesellschaftsgefasel sind die andere Seite der Medaille solcher Karrieren – irgendwo muss das antrainierte Wissen ja hin! Eine »Castor Schottern«-Kampagne wäre das optimale Betätigungsfeld für JD!

»Professionalisierung« von was?

Die linke Bewegung zahlt insgesamt einen hohen Preis für solche individuellen Karrieren, die negativen Rückwirkungen auf ihr »soziopolitisches

Diese im Wesentlichen konservativen Demos haben jedenfalls eine Radikalisierung einer jugendlichen Randgruppe auf der äußersten Rechten und über das Internet eine Dynamik von Zusammenschlüssen auf der Straße von unterschiedlichsten rechtsorientierten Strömungen ausgelöst (zwischen 100 000 und 150 000 Personen beim »Tag der Wut« (2. Februar 2013): fundamentalistische Katholiken, Angehörige der militanten Rechten, Identitäre[3], Kollektive gegen die »Pferdesteuer«[4], einige Rotmützen, anti-islamistische Kollektive und Aktivisten des Antisemiten Dieudonné... Wird diese Dynamik länger andauern und sich ausweiten wie die *Tea Party* in den USA? Das ist wenig wahrscheinlich, da es keinerlei Zusammenhalt gibt. Ebenso wenig wird das Ventil Wahlen bald wieder funktionieren.

Nach den Umfragen kann die klassische Rechte nicht von diesem reaktionären Schub profitieren. Wenn eine Partei daraus Nutzen zieht, dann sicherlich der *Front National* (FN). Vor allem, weil trotz der Anstrengungen, die bis in die Regierung unternommen wurden, um fremdenfeindliche Stimmen einzufangen – Innenminister Manuels Valls hat die zurück, und sei es nur aufgrund der Korruptionsskandale, die in den letzten Jahren mehrere hohe Funktionsträger des Staates ausgelöst haben. Schließlich konnte sich der FN neu positionieren mit einem Diskurs, der nicht mehr nur gegen die EU und für den Austritt aus dem Euro, sondern antiliberal ist und ein Programm zur Konsolidierung der sozialen Sicherheit enthält (für die Franzosen...) – was ihn klar abhebt von allen Regierungsparteien. Ein Wahlerfolg derer, »die es noch nie versucht haben«, scheint also möglich. Er wird aber nicht dazu beitragen, die tiefe Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie zu lösen, die drei Jahrzehnte globalisierter Liberalismus nur verstärkt haben – aber das ist eine andere Geschichte...

Weil sie im Augenblick kein maßgebliches Gegengewicht in sozialen Kämpfen hat, stärkt diese Mobilisierung von Konservativen und radikalen Rechten wieder die antifaschistische Logik, die trotz allem zu einem gewissen Konsens der linken Kräfte rund um die Regierung beiträgt. Aber wie lange?

Nicole Thé, Februar 2014

Die beiden offenen Briefe der griechischen Gruppe TPTG, die den Skandal auslösten, finden sich auf ihrer Website: *www.tapaidiatisgalarias.org*

Deshalb rät ESIM, die Polizei solle mehrstufig agieren und gezielt die »Einzeltäter« aus der Menge herausgreifen. Mit solchen Methoden koordinierte Stott beispielsweise die Sicherheitsvorkehrungen für die Fußball-EM 2012 in Polen und der Ukraine (ausführlich in den beiden offenen Briefen von TPTG).

Aufheben ist eine Gruppe aus Brighton, die eine der wenigen kollektiv produzierten Zeitschriften der radikalen Linken im englischsprachigen Raum herausgibt. Meist behandeln sie in langen Artikeln fundamentale Fragen (was war die Sowjetunion, Dekadenztheorie, »Green New Capitalism« u. a.). Sie beschäftigten sich oft mit ähnlichen Themen wie wir (Theorie der Ölrente, Kritik am *autonomist marxism* von Negri u. a., Auseinandersetzung mit Beverly Silver). Wir haben einige Texte von ihnen übersetzt (Intifada des 21. Jahrhunderts, Kritik an den Commons-Thesen von Massimo de Angelis, *Dole Autonomy*) und haben sie an einigen Punkten auch kritisiert (siehe z. B. *Wildcat* 89: »Die Ölrente, Ricardianer unter sich«). Zu Arbeitszeitverkürzung und Existenzgeld haben sie ähnliche Positionen wie wir. Ende der 1990er Jahre hatten wir sogar kurzzeitig eine engere politische Zusammenarbeit mit ihnen und anderen Gruppen in Europa angestoßen, was dann aber scheiterte.

Krise sind bei der individuellen »Berufswahl« und bei dem, was ich auf Arbeit zu schlucken bereit bin, alle Dämme gebrochen: Aus der Entgarantierung der Arbeitsverhältnisse folgt das viel größere Interesse am Beruf(lichen Fortkommen). Oft klammern sich Leute dann an Jobs, obwohl sie ihnen zuwider sind.

»Solange unsere bestnotierte Jugend in bestbezahlten Jobs der Finanzindustrie ihre Chancen sieht«, brauchen wir keine Revolution zu fürchten, hatte die *Financial Times Deutschland* Anfang 2012 kommentiert – gleichzeitig aber darauf hingewiesen, dass sinkende Gehälter »glatt dazu führen (könnten), dass sich Investmentbanker zukünftig auch ohne Entlassung freiwillig einer sinnvolleren Aufgabe widmen. Unter den Harvard-Absolventen hat die Wall Street jedenfalls 2011 bereits an Zugkraft verloren.«

Vielleicht führen auch die Enthüllungen über die Rolle des Verfassungsschutzes rund um den NSU und die Debatten, die durch Snowdens NSA-*leaks* angestoßen wurden, bis in die Hacker-Szene hinein zu einem Umdenken. Zumindest werden solche Karrieren jetzt öffentlich skandalisiert:

Die *Occupy Wall Street*-Aktivistin Justine Tunney, eine der prominenteren Personen im Zuccotti Park, die unter anderem die Website »OccupyWallSt.org« unter dem Slogan »The only solution

[4] Der Hermelin ist das bretonische Wappentier; das Lied entstand 1970 und wurde eine Art Unabhängigkeitshymne gegen die Franzosen.

lidaires, um die Demo in Carhaix zu organisieren. PC und PG sprechen sich dafür aus. SUD schlägt vor, an beiden Demos teilzunehmen: um 10 Uhr in Carhaix und um 15 Uhr in Quimper. Das wird kategorisch abgelehnt.

Die beiden Demostrationen am 2. November in Quimper und Carhaix

Quimper: 30 000 Lohnabhängige, Prekäre, Arbeitslose, Junge, RentnerInnen, Handwerker, Bauern, die von *Marine-Harvest, Gad, Doux, Tilly-Sabco*, die CGT von *Marine-Harvest*, Gewerkschafter. Die gesamte bretonische Linke und alle Linksradikalen sind da (NPA, Alternative, *Breizh Résistance*, UDB) und sogar Antiliberale, Zadisten, Linksfront, und auch die Grünen. Es ist die größte Demo, die Quimper je gesehen hat, und auf jeden Fall die dynamischste. Die Parolen waren: »*Für Arbeitsplätze. Leben und Arbeiten in der Bretagne*«, »*Gegen den Produktivismus und gegen die Regierung Hollande-Ayrault*« Die Unternehmer sind unauffällig, die Identitären allein gelassen. Die intonierten Lieder und die Wortmeldungen sind bezeichnend: *Bella Ciao*, *La blanche hermine*[4], *La rage du peuple* von Keny Arkana. Dann nach einigen Scharmützeln mit der CRS, lassen die Vorschläge der Delegierten der FO von *Doux*, von *Marine-Harvest*, der CGT der Fischer, von SBFM (*Société bretonne de Fondérie e Mécanique*) Orten am 23. November. Die FO entsolidarisiert sich und ruft zu einem großen Meeting auf … am 29. Januar 2014 (!) in Paris (!). Den anderen geht es darum, »den Zukunftspakt für die Bretagne zu unterstützen«, den die Regierung verkündet hat, auch wenn man ihn für »unzureichend« hält. De facto geht es bei dieser Operation vor allem darum, die Mobilisierung für die Demo in Carhaix am 30. November zu zerschlagen. Die Spaltung ist in Gang, aber am **23. November** noch nicht erfolgreich: die Demos in den vier bretonischen Departements mobilisieren bestenfalls 10 000 Menschen, im wesentlichen Gewerkschaftsmitglieder: 3-4000 in Rennes, 3000 in Morlaix, 1500 in Lorient und 600 in Saint-Brieuc. Es sind Spaziergänge ohne Format, obwohl Berger (CFDT) und Le Paon (CGT) Einigkeit demonstrieren.

Am **30. November in Carhaix** sind es hingegen wieder 30 000, die in Feststimmung das Ende des Sozialdumpings, den Stopp der Entlassungen und die Abschaffung der Ökosteuer fordern. Doch das Übel ist bereits geschehen.

Der Unternehmerverband Medef von Finistère hat sich zurückgezogen, »zufrieden über die Vertagung der Ökosteuer«, und ganz damit beschäftigt, den Zukunftspakt und die erwarteten öffentlichen Subventionen zu besprechen. Auch wenn die CGT der Seeleute von *Grand-Ouest*, die nach dem Rückzug der FO-*Doux* ziemlich allein dasteht, mit ihrer

* Thomas Moser »Wer ermittelt gegen den Verfassungsschutz?« in »Blätter für deutsche und internationale Politik« 1/2014, Seite 77-84

* Report Mainz 21.5.2013: »NSU seit 2000 als Terrortrio bekannt«
www.tagesschau.de/inland/nsu-terror-bekannt100.html
www.youtube.com/watch?v=BOwaEc68fgk

* WDR5 23.1.2014 »NSU-Anschlag in Köln wirft Fragen auf: Der unerhörte Zeuge«
/www.wdr5.de/sendungen/neugiergenuegt/nsuzeugen116.html

* ak 588 19.11.2013 Juliane Karakayali und Bernd Kasparek »Mord im rassistischen Kontinuum – Die Taten des NSU müssen im Kontext der Migrationsdebatten der 2000er Jahre analysiert werden«
http://akweb.de/ak_s/ak588/26.htm

dete der damalige Innenminister Otto Schily: »Die Erkenntnisse, die unsere Sicherheitsbehörden bisher gewonnen haben, deuten nicht auf einen terroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu.« Er wusste es definitiv besser!

2006/2007: das Ende der Mordserie an Migranten, Mord an der Polizistin Kiesewetter

Im April 2006 wurden innerhalb von drei Tagen zwei Menschen ermordet: der Kioskbesitzer Mehmet Kubasik in Dortmund und Halit Yozgat im Internet-Café in Kassel. In Kassel war der vs-Beamte Andreas Temme am Tatort. Die Angehörigen organisierten eine gemeinsame Demo »Kein zehntes Opfer!«. Danach hörte die Mordserie an Migranten auf. Etwas mehr als ein Jahr danach, am 25. April 2007, wurde in Heilbronn Michèle Kiesewetter erschossen, eine aus Thüringen stammende Bereitschaftspolizistin. Ihr Kollege Martin Arnold überlebt einen Kopfschuss. Trotz aller Widersprüche versteiften sich Politik und Generalbundesanwalt nach dem Auffliegen des NSU am 4. November 2011 auf die These, dass Kiesewetter ein Zufallsopfer und Böhnhardt und Mundlos die alleinigen Täter waren. Aber wie wahrscheinlich ist es, dass die beiden den weiten Weg nach Heilbronn fahren und dort *zufällig* eine Polizistin ermorden, die ebenfalls aus Thüringen stammt? Dass deren

ganisation war.« (*kontext* 11.4.2013)

- Der institutionelle Rassismus im Umfeld von Kiesewetter ist mit Händen zu greifen, sie selber war in einer »harten Einheit«, ihr Vorgesetzter war im KKK, ihr Onkel Staatsschützer mit vielen persönlichen Verbindungen zu Nazis, der Vorgesetzte des Onkels war Leiter der Soko, die am 4. November 2011 in Jena eingesetzt war...

- Die Orte sehen nach Geheimdienstschauplätzen aus. In der Keupstraße in Köln waren mehrere Beamte in Zivil wenige Minuten nach dem Anschlag vor Ort (Zur Keupstraße vgl. die WDR5 Sendung »Der unerhörte Zeuge«); im Internetcafe in Kassel saß direkt ein Verfassungsschützer; in Heilbronn stellte sich heraus, dass die meisten Augenzeugen V-Leute waren: »am Mordtag [waren] mindestens fünf Geheimdienstmitarbeiter in der Nähe des Tatortes« heißt es in der Petition für einen Untersuchungsauschuss in Baden-Württemberg.

Nach Heilbronn hörte die Mordserie auf; erst viereinhalb Jahre danach gab es wieder zwei Banküberfälle, die dem NSU zugerechnet werden. Nach dem zweiten brannte das Wohnmobil...

Tiefes Staatsvertrauen

»Komisch, die Leute, die am vehementesten gegen den ›Tiefen Staat‹ Stellung nehmen, sind zugleich

schen Unternehmen zufriedenstellen, die Schwierigkeiten mit der globalen Konkurrenz haben, und

Am 30. November in Carhaix: populare Zweideutigkeit

Es war ein Volksfest, die Künstler haben sich vor den mehr als 30000 Menschen abgewechselt, es gab »Seeleute, Arbeiter, Bauern«, meist junge Prekäre, aber auch Unternehmer und Vertreter der FDSEA (Bauernverband) Alle waren mehr oder weniger mit der Familie gekommen. Alle trugen rote Mützen aus bretonischer ... Solidarität. Troadec, der Bürgermeister von Carhaix, hielt die Zweideutigkeit aufrecht, er, der Führer der Bewegung *Bretagne und Fortschritt.* Für die bretonischen Unternehmer ging es hinter den heißen Gesängen darum, den Volkszorn abzukühlen, indem man um neue Subventionen und Hilfszahlungen bettelte.

Angesichts dieser sich herausbildenden Hegemonie über die bretonische soziale Bewegung versuchen die »Kollektive für Arbeitsplätze« gegen die entlassenden Unternehmer ihre Stimme zu erheben. Wetten, dass sie nicht an den Runden Tischen sitzen werden, die über den Zukunftspakt für die Bretagne diskutiert. Es sei denn auf der Straße...

arden mehr Steuern zahlen.

Muss man die durch Schwarzarbeit hinterzogenen 16 Milliarden Unternehmerabgaben erwähnen, oder die 80 Milliarden, die sich in Steueroasen verflüchtigt haben? Auch die 140 Filialen des Luxusgüterkonzern LVMH von Bernard Arnault werden nicht besteuert, dieses französischen Kriegsgefangenen, der Belgier werden wollte und dessen persönliches Vermögen sich auf 24,3 Milliarden Euro beläuft. »Wettbewerbsfähigkeit« verpflichtet: man tastet diese Kohle nicht an, man legt noch was dazu, indem man das Volk anzapft und dabei auf sein Image einer modernen Linken setzt, damit es nicht »Genug!« schreit.

Die Mission, die die herrschende Klasse von Frankreich und Brüssel Hollande und Seinesgleichen anvertraut hat, besteht in der Begleichung der angehäuften Staatsschuld von ca. 1800 Milliarden – eine Folge der fiskalischen Konterrevolution, der Krise und der Rettung der Bankiers, die sich ja nun aufs Beste verhalten, auch wenn sie zögerlich bleiben, etwas auszuleihen. Diese zweite Rechte muss gleichzeitig für ausreichende Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit der französischen Unternehmen sorgen. Durch die Zustimmung zum ANI und Steuererleichterungen in Höhe von 20 Milliarden stärkt man die Unternehmen in der globalen Konkurrenz. Die Kassen sind leer, aber daran soll es nicht

auch das *Wissen* um die Strategie des NSU in den Apparaten sehr weit oben angesiedelt war:

* Der Präsident des Thüringer vs, Sippel (von 1987 bis 2000 beim BFV tätig, von 1999 bis 2000 am NATO Defence College in Rom, dann Präsident des Thüringer vs; er wurde in Rente geschickt, als die *Operation Rennsteig* bekannt wurde), erwähnte im Oktober 2003 bei einer Tagung zum »Rechtsterrorismus« beim BFV die »drei Bombenleger von Jena« als potentielles Beispiel.

* 2004 wurde das Trio im Verfassungsschutzbericht erwähnt.

* Inzwischen steht eine Broschüre des BFV aus dem selben Jahr online, eigentlich »vs – Nur für den Dienstgebrauch«: Gefahr eines bewaffneten Kampfes deutscher Rechtsextremisten – Entwicklungen von 1997 [sic!] bis Mitte 2004 , u.a. werden in ihr das Trio, die *Combat18*-Strategie des »leaderless resistance« und die Wehrsportgruppe des Carsten Szczepanski (V-Mann Piato) behandelt.

Nazis und Staat – die Weichenstellungen 1998, 2000 und 2003

Auf allen Ebenen der organisierten Faschos in der BRD ist der Staat direkt beteiligt. Aber um keine Gruppierung hat sich der Staatsschutz so direkt und aufwändig gekümmert wie um den THS und den NSU. Ein Netz von V-Leuten der Geheimdienste setzbar. So erklären sich die Aussagen der ranghöchsten Geheimdienstrepräsentanten Klaus-Dieter Fritsche und August Hanning vor dem NSU-Untersuchungsausschuss: »Die Sicherheitsstruktur Deutschlands hat sich bewährt«.

1998 – das sogenannte Abtauchen

1997 wurde die Sonderkommission gegen Neonazis (»Soko Rex«) im Thüringer LKA aufgelöst. Im Jahr zuvor war die *Operation Rennsteig* gestartet. Aus dem Versuch, die Faschisten mit Polizei und Justiz kleinzuhalten, wurde nun deren geheimdienstliche Bewirtschaftung – parallel zum Schwenk in der »Ausländerpolitik« von Kohls Versuch der »Reduzierung« zu Schilys »Bekämpfung der Parallelgesellschaften«. Bis 2003 koordinierten das BFV, der MAD, sowie die Thüringischen und Bayerischen Landesämter für Verfassungsschutz in der *Operation Rennsteig* ihre geheimdienstlichen Tätigkeiten in bezug auf den THS und den NSU. Es ging um das Anwerben von V-Leuten und die diskursive Hegemonie in der »Zivilgesellschaft«. Die Werbungsakten wurden von Anfang an nicht vorschriftsmäßig geführt, manche V-Leute wurden überhaupt nicht eingetragen. Trotzdem schredderte am 12. November 2011 ein Referatsleiter im BFV Akten über V-Leute beim THS; auf Weisung des Bundesinnenministeriums wurden wenige Tage

»Schwellenländer« machen mittlerweile die Hälfte des weltweiten Wachstums aus, ihr Anteil ist in den letzten Jahrzehnten rapid gestiegen. Schon allein aufgrund ihrer Größe wächst ihre Bedeutung: In den BRICS-Staaten, Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, leben 43 Prozent der Weltbevölkerung, allein in China und Indien jeweils deutlich mehr als eine Milliarde Menschen. Klar, dass sich die ökonomische Dynamik immer stärker in diese Länder mit einer jungen wachsenden Bevölkerung verlagert.

Zweitens kann man sich fast schon sicher sein: Wenn das nächste Tier im Anmarsch ist, wird eine neue Blase aufgepumpt. Die paar Prozentpunkte BIP-Wachstum in den alten Metropolen hängen an der Dynamik dieser »Schwellenländer«, deswegen *muss* sie immer wieder zu schuldenfinanzierten Booms aufgepumpt werden. Wirtschaftswachstum entsteht in den alten Metropolen nur noch über Defizitkonjunkturen, meist in anderen Teilen der Welt. Die BRD beispielsweise brauchte die europäische Peripherie als Absatzmarkt für ihre Exportprodukte; die PIIGS konnten das nur über Spekulationsblasen und Schulden bezahlen. Als das mit der Eurokrise nicht mehr möglich war, verlagerte sich der Schwerpunkt der deutschen Exporte in die USA, aber auch nach China, Südostasien und andere Schwellenländer, wo es heute »boomt«.

langerfristig sinkende Wachstum in den BRICS und vielen Schwellenländern deutlich geworden, 2013 wurde die extrem instabile Lage offentsichtlich. Der dortige Aufschwung hängt an Geldflüssen aus dem Westen und einer Verschuldung in unhaltbaren Ausmaßen. Jeder Dollar BIP-Wachstum in den Schwellenländern wird mittlerweile mit vier bis acht Dollar neuem Kredit erkauft. Nach dem Crash in den USA und dem in der EU sind die Schwellenländer das Zentrum der nächsten Krisenphase.

Von Chimerica zur Staatsverschuldung

Zur kapitalistischen Entwicklung gehören immer Kredit und Spekulation. Sie werden gebraucht, um Kapital zu konzentrieren und eine Infrastruktur aufzubauen. Heute aber ist die Kreditmenge ungeheuer groß, eine Blase reiht sich an die nächste, und dabei kommt nur wenig Mehrwert raus.

Bis zur Krise 2008 war die Verschuldung nicht so deutlich sichtbar wie heute, weil sie auf die Bevölkerung und über den Globus verteilt war. *Chimerica* war *der* schuldenfinanzierte Boom nach der Dot.com-Krise, der die Weltwirtschaft maßgeblich getragen und sich als Kreislauf über Kontinente erstreckt hat: Die US-Bürger haben sich über Hypotheken verschuldet, unter anderem, um trotz sinkender Löhne in China hergestellte Produkte zu kaufen. Das Geld für diese Kredite hat China selbst

drückten so auch die *Ceska*-Morde auf die Löhne.

Das V-Leute-System

Das »Trio« war dermaßen von V-Leuten umstellt, dass immer wieder begründete Vermutungen vorgebracht werden, jemand von ihnen sei ebenfalls V-Person gewesen bzw. unter den in München Angeklagten seien V-Leute. Das ist bisher Spekulation; gesichert ist aber, dass das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz mehr als zwei Dutzend V-Leute um den NSU herum platziert hatten: Tino Brandt, Primus, Corelli, Piato, Achim Schmidt, Thomas Starke, Juliane Walther, Marcel Degner, Mirko Hesse, Benjamin Gärtner in Kassel, Toni Stadler in Dortmund usw. usw. Ein paar Beispiele:

• Der Chef des THS Tino Brandt – von 1994 bis 2001 bestbezahlter V-Mann des Thüringer vs – half dem Trio beim Abtauchen und danach mit Ausweisen und Geld.

• Der Waffenbeschaffer und erste Quartiermacher Thomas Starke (Offiziell von 2000 bis 2011 V-Mann des LKA Berlin) hatte bereits vor dem Abtauchen Sprengstoff geliefert. Sein Name stand auf der Garagenliste und der BKA-Mann Brümmendorf hatte daneben handschriftlich »Unterschlupf!?« geschrieben. Starke gab 2002 Hinweise, wo die drei gefasst werden könnten; offiziell heißt

• Ralf Marschner – von 1992 bis etwa 2002 V-Mann »Primus« des BFV – mietete über seine Baufirma im Umfeld von zwei Morden des NSU die Wohnmobile an. »Einer seiner Leute, der im Sommer 2001 einen Wagen für die Firma anmietete, wohnte in der Polenzstraße in Zwickau. Ein paar Monate zuvor war das Neonazitrio in die Polenzstraße gezogen.« (Süddeutsche Zeitung) Marschner stieg in seiner V-Mann-Zeit vom Gelegenheitsarbeiter zum Ladenbesitzer und schließlich Fuhrunternehmer auf!

Im Geheimbericht an die parlamentarischen Kontrollgremien hatte der Verfassungsschutz vor Weihnachten 2011 zugegeben, »zumindest bis 2001 gut über das Nazi-Trio im Untergrund und seine Unterstützer informiert« gewesen zu sein. Aber der Geheimdienst war mehr als der gut informierte passive Beobachter. Im Februar 1997 hatte das BKA in einem internen Papier die V-Leute der Geheimdienste als »Brandstifter« in der Naziszene bezeichnet. »Es besteht die Gefahr, dass Quellen sich gegenseitig zu größeren Aktionen anstacheln« und es sei »fraglich, ob bestimmte Aktionen ohne die innovativen Aktivitäten dieser Quellen überhaupt in der späteren Form stattgefunden hätten«! Dazu passt, dass wir seit kurzem wissen, dass auch »der Architekt des NSU-Konzepts« V-Mann war:

• Michael von Dolsperg, geborener See, *Combat 18*, THS, Herausgeber der Zeitung *Sonnenbanner*. Er

frage der USA und dann die Europas stark zurückgegangen ist. Der Leistungsbilanzüberschuss sank bis 2011 auf zwei Prozent des BIP. Auch hier ist der Staat eingesprungen, hat ein riesiges Konjunkturpaket (12 Prozent des damaligen BIP) aufgelegt und in Infrastrukturprojekte investiert. Der Kredit wurde also nicht mehr exportiert, sondern ins Land selbst geleitet. Die chinesische Gesamtverschuldung stieg auf ca. 200 Prozent des BIP. Zwischen Mitte 2007 und Mitte 2013 stieg die weltweite Verschuldung um 30 Billionen Dollar, China trägt die Hälfte davon – die größte Kreditausweitung, die ein einzelnes Land je erlebt hat. China hat damit einen großen Anteil daran, dass die Weltwirtschaft nicht komplett zusammengeschmolzen ist. Nicht die Zentralregierung hat sich verschuldet, auch wenn sie diese Politik angeordnet hat, sondern die Provinz- und Lokalregierungen und die Unternehmen. Die gesamte Verschuldung der börsennotierten Unternehmen außerhalb der Finanzbranche in China und Hongkong ist auf einen Gegenwert von 1,98 Billionen Dollar gestiegen, 2007 waren es nur 607 Mrd. Dollar gewesen.

Diese Verschuldung ist schon aufgrund ihrer Höhe nicht haltbar, sie wuchs mit der doppelten Rate des Wirtschaftswachstums. Auch ansonsten ist sie sehr prekär: Der Konsum in China ist immer noch relativ niedrig und ihn anzukurbeln wird nicht besonders schnell möglich sein.

politischer Intervention zur Abkühlung des Marktes in Schwierigkeiten, ihre überbordenden Schulden zu bedienen. Im März stand der Bankrott eines mit 566 Million Dollar bei mehr als 15 Banken verschuldeten Unternehmens unmittelbar bevor.

Es gibt mittlerweile 30 Quadratmeter Immobilienfläche pro Kopf, ganze Geisterstädte stehen leer. Ob sie mit neuen Arbeitsmigranten gefüllt werden können, ist unklar. Die Regierung hat zwar gerade das ehrgeizige Ziel verkündet, bis 2020 nochmal 100 Millionen vom Land in die Städte zu holen, im Moment hat sich die Zahl der ArbeitsmigrantInnen aber auf 6,5 Millionen im Jahr reduziert.

Die chinesische Kreditausweitung läuft zu einem guten Teil über sog. »Schattenbanken«, die keinen Regeln und keiner Aufsicht unterliegen und Geld an wenig kreditwürdige Unternehmen verleihen. So konnten sich die Staatsbanken von Kreditrisiken vorübergehend isolieren. Eine Unterbrechung dieses Geldflusses von Investoren an kreditabhängige Unternehmer würde die Zinsen in China hochtreiben, die Kreditmenge zum plötzlichen Fall bringen: »*Das beste Ergebnis wären Jahrzehnte des Elends wie in Japan nach dem Platzen der Blase in den frühen 90ern.*« (Gordon Chang, Forbes.com, 19.1.2014)

Obwohl sie offiziell nicht existieren, sind diese Schattenbanken eng mit dem Bankensystem

Abkürzungen:

VS = Verfassungsschutz

BFV = Bundesamt für Verfassungsschutz

MAD = Militärischer Abschirmdienst

BND = Bundesnachrichtendienst

UA = Untersuchungsausschuss

NSU = Nationalsozialistischer Untergrund

B&H = *Blood & Honour*

Trio = Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe

BAW = Bundesanwaltschaft

BOA = Besonderen Aufbauorganisation, bürokratischer Name für Sonderkommission

Mithilfe des »Zwei-Töpfe«- oder auch *Hawala*-Systems kann man Geld schnell, vertraulich und sehr kostengünstig zu einem Bekannten überweisen. Es funktioniert durch das Vertrauen zwischen den *Hawala*-Annahmestellen.

Thatcher in einem vertraulichen Gespräch, er wolle innerhalb von vier Jahren die Zahl der Türken in der BRD auf die Hälfte reduzieren. Es sei unmöglich, »die Türken in ihrer gegenwärtigen Zahl zu assimilieren«. Ein paar Monate zuvor hatte der Noch-Bundeskanzler Schmidt getönt: »Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze«. Die CDU-FDP-Regierung beschloss im Oktober 1983 die Rückkehrprämie. In den Jahren danach schob die CDU die »Asylantendebatte« an, aus der dann die »Asyldebatte« wurde. Auch wenn gegen »Zigeuner«, »Neger« usw. gehetzt wurde – im Kern richtete sich dieser Rassismus immer gegen »die Türken«, die größte Migrantengruppe. Das hatte auch Kohl gegenüber Thatcher so benannt: »Deutschland habe kein Problem mit den Portugiesen, den Italienern, selbst den Südostasiaten, weil diese Gemeinschaften sich gut integrierten. Aber die Türken kämen aus einer sehr andersartigen Kultur.« (zitiert nach *Spiegel online*) Bereits in der zweiten Hälfte der 80er Jahre wurde diese Regierungspolitik von Nazi-Anschlägen flankiert. Nach der Wende kulminierte das in Rostock-Lichtenhagen im August 1992. Keine vier Monate danach einigten sich SPD und CDU auf den sogenannten »Asylkompromiss«, der dann im Mai 1993 im Bundestag beschlossen wurde.

Der staatliche Rassismus war blutig – quantitativ erfolgreich beim Abschieben oder bei der Abschreckung von Zuwanderung war er nicht. Beim Regierung 7,3. Deshalb wurde nach Rostock-Lichtenhagen und speziell unter der Regierung Schröder der Schwerpunkt auf die »polizeiliche Durchdringung« der »Parallelgesellschaft« gelegt. Die Innenminister Kanther und vor allem Schily haben durchgesetzt, dass Migrationsbewegungen europaweit als »kriminell organisierte Wanderungsbewegungen« definiert werden. Aber auch jetzt ging es im Kern gegen die hier lebenden »Türken«. Denn nun geriet das migrantische Kleingewerbe in den prinzipiellen Verdacht der organisierten Kriminalität. Bereits vor dem 11. September wurden mit einem Irrsinnsaufwand Telefonate und Geldüberweisungen ganzer *communities* erfasst und in Richtung Organisierte Kriminalität / Schleuser ausgewertet. Im Zentrum der Fahndungen standen Kleinbetriebe, die von vielen Menschen frequentiert wurden, wie Cafés, Internetcafés und Kioske, von wo aus man Geld nach dem »Zwei-Töpfe«-System an den Banken vorbei in andere Länder überweisen kann. Den bisherigen Höhepunkt der »Durchdringung« bildete das polizeiliche Vorgehen im Rahmen der sogenannten »Döner-Morde«: die BOA *Bosporus* organisierte die größte Rasterfahndung und elektronische Durchleuchtung von Migranten-*Communities* in der Geschichte der BRD: massive Verfolgung, Handyüberwachung, Geldüberweisungen, Hotelbuchungen, Mietwagennutzungen usw.

den Karren aus dem Dreck ziehen. Mit dem Einbruch der Profite seit Ende der 1960er Jahre und verstärkt noch mit der sog. Ölkrise in den 70ern hatte die *Fed* die Geldpolitik gelockert. Im »Norden« lohnte es sich nicht, Geld anzulegen, daher floss das meiste davon (dazu kamen die nach dem Ölschock wachsenden Einnahmen der Erdölländer) nach Lateinamerika, wo die Wachstumsraten hoch waren. Als die *Fed* ihre Politik Anfang der 80er Jahre änderte und zur Austerität überging, zogen die Anleger ihr Kapital ab, die überschuldeten Länder rutschten in Währungs- und Schuldenkrisen. Der IWF verordnete weitreichende Sparprogramme und die bekannten Umstrukturierungen, gegen die es eine Welle von Protesten gab, die sog. IWF-Riots, die aber nur wenig Kraft entwickeln konnten. Ende der 1980er Jahre hat die radikale Linke in der BRD mit der »Anti-IWF-Kampagne« versucht, sich mit diesen Kämpfe im »Trikont« zu solidarisieren, sie möglichst durch eigene Kämpfe zu stärken. Damit sollten die Grenzen der »Teilbereichskämpfe« (wie das damals gerne genannt wurde) überwunden werden. Von heute aus betrachtet hat das nicht funktioniert, die 1980er Jahre waren für viele Regionen ein »verlorenes Jahrzehnt«. Die »IWF-Riots« waren eine deutliche Anklage des brutalen Gegenangriffs des Kapitals auf die weltweiten Kämpfe der 1960/70er, aber sie hatten nicht die Macht, diesem Angriff Einhalt zu gebieten.

zu China in der wc 92, Südafrika in der wc 94 und den zu Indien in diesem Heft). Auch in der Förderung und Verarbeitung von Rohstoffen, die für einen Teil der Schwellenländer zentral sind, gab es weltweit Streiks (z.B. in Kasachstan, s. wc 92).

In Brasilien und der Türkei gab es breite Mobilisierungen auf der Straße. Die Bewegung in der Türkei ist von großer Bedeutung, als »Insel von Boom und Stabilität« in der Region funktionierte das Land zur Zeit der Bewegungen in Nordafrika als Damm gegen die Ausbreitung der Kämpfe. Mit der Gezi-Park-Bewegung und der Krise der Regierung Erdogan verliert sie diese wichtige Funktion.

Dem Kapital wird es in Zukunft kaum noch möglich sein, mit »Boom und Bust« Entwicklung zu simulieren. Gerade deshalb ist es es wichtig, dass wir uns über die Perspektiven und Dynamiken der Kampfbewegungen klar werden. Nach sechs Jahren Krise stellt sich die Frage, ob die ArbeiterInnen in den Schwellenländern überhaupt weiter um ihre Teilhabe am Kapitalismus kämpfen. Sie wissen, dass es keine längerfristige kapitalistische Entwicklung in einem umfassenderen Sinn mehr gibt – aber werden daraus auch gemeinsame Kämpfe um Alternativen ? ■

die ihnen bei der Regierungsbildung angebotenen Posten und erklärten stattdessen, weiterhin für die »nationale Revolution« in der Ukraine kämpfen zu wollen. Der faschistische Zusammenschluss hat die Fähigkeit bewiesen, die Straßenproteste zu tragen und sogar zu dominieren. Damit haben sie ihre Stellung im Land deutlich gestärkt. Die FaschistInnen betreiben nach wie vor eine zweigleisige Strategie: während *Swoboda* Positionen in den staatlichen Institutionen besetzt, entfacht der *Rechte Sektor* weiterhin eine regelrechte Terrorkampagne gegen Juden, Linke und »Russen«, die allesamt von den Nazis für die Auswirkungen der kapitalistischen Systemkrise verantwortlich gemacht werden. *Swoboda*-Führer Tjahnibok fabulierte noch vor einem Jahr über den »Genozid an den Russen«. Zur Straßenstrategie der Nazis gehören auch antirussische Zusammenrottungen, die vor allem in der Westukraine gegen Lenin-Denkmäler und Gedenkstätten für die Befreiung der Ukraine von der deutschen Nazi-Besatzung vorgehen. Während institutionell über Verbotsanträge gegen die KPU sowie die Partei der Regionen nachgedacht wird, überfallen faschistische Schlägertrupps die Büros dieser Parteien. In der Ostukraine sind bei prorussischen Demonstrationen sogar zwei Menschen von faschistischen Paramilitärs erschossen worden. Die Gegenreaktionen der betroffenen Bevölkerungsteile ließen nicht lange auf sich warten:

nistische Positionen bis in die Mitte der Gesellschaft vorantreibt, steht sie *ökonomisch* vor schier unlösbaren Aufgaben. In ihren ersten öffentlichen Appellen sprach sie von der Gefahr eines Staatsbankrotts. Die Devisenreserven seien im freien Fall und die Entwertung der Landeswährung Hrywnja würde sich dramatisch fortsetzen. Während der Amtszeit Janukowytschs hatten sich die Auslandsschulden der Ukraine auf 75 Milliarden US-Dollar verdoppelt, während die Goldreserven von 37 Milliarden auf 15 Milliarden US-Dollar zusammengeschmolzen sind. Das Finanzministerium bezifferte den Bedarf in den nächsten zwei Jahren auf 35 Milliarden US-Dollar. Allein 2014 summiert sich der Schuldendienst auf rund 13 Milliarden US-Dollar, über die die Ukraine nicht mehr verfügt.

Zwischen Russland und der EU

In dieser ökonomisch prekären Lage betreibt die Übergangsregierung die enge Anbindung an die EU als der angeblich einzigen Alternative für die ukrainische Volkswirtschaft. Aktuelle soziologische Studien in der Ukraine kommen zu dem Ergebnis, dass jeweils knapp 40 Prozent der Bevölkerung den Beitritt zur EU bzw. zur Eurasischen Zollunion befürworten. Dieses Meinungsbild spiegelt die Sachlage wider, dass die wirtschaftlichen Probleme nicht so eindeutig zu lösen sind. Die ukrainische Ökonomie ist auf Energieimporte aus Russland

Arbeiteroffensive!?

Die herrschende Klasse hat begriffen, dass die Arbeitergewalt am 18. Juli 2012 nur die Spitze des Eisbergs darstellte: während des zweitägigen landesweiten Generalstreiks am 19. und 20. Februar 2013 kam es zu massenhaften Krawallen und Zerstörungen von Fabrikgebäuden und Autos in zwei großen Industriegebieten außerhalb *Delhis* (NOIDA, Okhla), wo in erster Linie TextilarbeiterInnen beschäftigt sind. Am Streik selbst haben nur wenige ArbeiterInnen teilgenommen, aber viele schlossen sich nach der Mittagspause spontan den kleineren Demonstrationen an und nutzten diese, um Fabrikfenster und Autos der Bosse zu demolieren. Unternehmen im benachbarten *Gurgaon* und *Manesar*, u.a. *Maruti Suzuki*, *Honda* und die meisten ihrer Zulieferer, reagierten mit Zwangsbeurlaubung ihrer ArbeiterInnen an den folgenden Tagen. Ähnliche Szenen wiederholten sich während eines ansonsten recht lahmen Streiks von ArbeiterInnen des öffentlichen Sektors Ende Januar 2014: eine Gruppe von 200 bis 300 FabrikarbeiterInnen in *Faridabad*, die offiziell nichts mit dem Streik zu tun hatten, gingen von Fabrik zu Fabrik, forderten alle dort Arbeitenden auf, das Werk zu verlassen. Hunderte von ArbeiterInnen schlossen sich an, blockierten dann die am Industriegebiet gelegene Autobahn und forderten die Zahlung des neuen Mindestlohns, Druck von unten zu reagieren, sind auf Dauer nur »finanzierbar« und politisch wirkungsvoll, wenn sie eine neue Klassenspaltung zementieren können, auf deren Basis sich die Ausweitung eines Niedriglohnsegments durchsetzen lässt.

Die Unternehmensleitung der großen Motorradfabriken in der unmittelbaren Umgebung von *Maruti Suzuki* reagierte auf die Krawalle mit Lohnerhöhungen für ihre Festeingestellten. Der Monatslohn wird von aktuell ungefähr 30000 Rupien um 17000 Rupien erhöht. Diese Erhöhung wird auf drei Jahre gestaffelt. Seit 2011 waren die Löhne der Festeingestellten von 16000 Rupien auf 30000 Rupien angehoben worden.

Seit dem Angriff hat *Maruti Suzuki* auf die Beschäftigung von LeiharbeiterInnen in der Produktion verzichtet, was in erster Linie ein politisches Signal war. Das Unternehmen will die Überprüfung und Einstellung neuer ArbeiterInnen wieder selbst übernehmen: Sie werben »company casuals« direkt von den technischen Schulen an. Während die Leiharbeiter oft mehrere Jahre im Werk beschäftigt waren, werden die neuen »company casuals« nach einem halben Jahr wieder entlassen – ein politischer Preis auf Kosten der Produktivität. Ihre Löhne sind nicht höher als die der Leiharbeiter zuvor.[5]

[5] Zur Lohnspaltung und -entwicklung bei Maruti Suzuki im Werk in Manesar:

Stand Juni 2011:
Festeingestellte: 13000 - 17000 Rs
Trainees: 8000 Rs - 10000 Rs
Leiharbeiter: 6500 Rs

Stand November 2013
Festeingestellte: 32000 - 36000 Rs
Trainees: 16000 - 18000 Rs
»Company Casuals«: 13800 Rs
Leiharbeiter: 5500 - 6000 Rs (Logistik und Bandzulieferung)

gen Ukraine sehr umstritten. Während er vor allem im Westen des Landes von vielen UkrainerInnen als Nationalheld verehrt wird, gilt er in der Ostukraine überwiegend als Nazi-Kollaborateur und faschistischer Verbrecher.

12 »Ukrainische Aufständische Armee«. Eine von der OUN gegründete und angeleitete Freiwilligenarmee, die in der Westukraine von 1943-1956 existierte. Kämpfte gegen die Rote Armee sowie die antifaschistischen PartisanInnen und ging Bündnisse mit der Naziwehrmacht ein. Verübte zahlreiche Massaker an der polnischen Bevölkerung in der Westukraine. Die UPA ermordete auch Jüdinnen und Juden.

13 Beteiligte sich als Kommandeur des Wehrmachtbataillons Nachtigall am Naziüberfall auf die Sowjetunion. Später der bedeutendste Oberbefehlshaber der UPA und 1950 in einem Gefecht gefallen.

Handlung: Der sogenannte *Rechte Sektor* (*Prawyj Sektor*), die parlamentarische Opposition, die nun die neue Regierung stellt, und, als mengenmäßig weitaus größter Teil, die nicht fest organisierte Mehrheit der Protestmenge. Letztere teilte zwar die Positionen des *Rechten Sektors* nicht, überließ ihnen jedoch die Rolle als entschlossene Speerspitze der Majdanbewegung. Seit November haben alle faschistischen und nationalistischen Organisationen ihre Kader mit finanzieller und logistischer Hilfe der rechtsextremen Parlamentspartei *Swoboda* in der Hauptstadt zusammengezogen und das Nazi-Netzwerk *Prawyj Sektor* – das es vorher noch nicht gab – auf dem Majdan etabliert. Die straff organisierten Einheiten erhielten ständig Zulauf und Unterstützung durch Naziskins und rechtsextreme Hooligans (z. B. von *Dynamo Kiew*).

Die Paramilitärs des *Rechten Sektors* führten militärische Schulungen durch, gaben Waffen aus und verselbstständigten sich immer stärker. Als solche handelten die militanten Nazi-Kader losgelöst von den Direktiven der *Swoboda* und lieferten sich fast täglich mit den Polizeikräften Barrikadenkämpfe in der Gruschewski-Straße, die so etwas wie die Frontlinie zwischen der Staatsmacht und den Protestierenden bildete. Da sie auch aktiv gegen Linke, Gewerkschafter, Feministinnen und Antifas vorgingen, mussten progressive und linke AktivistInnen sowohl gegen ein autoritäres Regime wie polnische, russische und jüdische Menschen in der Ukraine, aber auch gegen alle Andersdenkenden. Bisher war die Bezugnahme auf die historische OUN ein eher regional-westukrainisches Phänomen. Doch die Kader aller ultranationalistischen und faschistischen Kleinorganisationen haben sich mit dem neuen, zwei- bis dreitausend Mann starken, Netzwerk *Rechter Sektor* eine enorm verbesserte Ausgangssituation geschaffen. Viele dieser Paramilitärs haben in mehreren internationalen Konflikten Kriegserfahrungen gesammelt. So kämpften 200 UNA[9]-Mitglieder 2008 auf Seiten Georgiens gegen abchasische Separatisten. In den Jahren davor waren es die kriegerischen Konflikte um Bergkarabach, in Tschetschenien sowie um Transnistrien, in denen ukrainische Nationalisten bewaffnet eingriffen.

In der Westukraine stellt *Swoboda* heute in größeren Städten wie Ternopil, Iwano-Frankiwsk sowie in der Metropole Lwiw[10] die stärkste Fraktion in den jeweiligen Stadtparlamenten. Dadurch kann *Swoboda* die Umbenennung von Straßen und Plätzen durchsetzen und diese nach dem historischen OUN-Vorsitzenden Stepan Bandera[11] oder dem UPA[12]-Kommandeur Roman Schuchewytsch[13] benennen. Gleichzeitig war die Partei von Anfang an Teil des Oppositionsbündnisses und ist heute an der neuen Übergangsregierung beteiligt, weshalb *Swoboda* öffentlich Kreide frisst und sich momentan

te der Arbeitskraft sind Festeingestellte, deren Löhne mit 7000 Rupien vergleichsweise niedrig ist. Es gab eine Gewerkschaftsgründung im Oktober 2013, aber gleichzeitig eine Weigerung der Unternehmensleitung, auf die 10000 Rupien Lohnforderung (monatliche Erhöhung, auf drei Jahre gestaffelt) einzugehen. Auf die wachsende Unruhe reagierte das Unternehmen mit einem Präventivschlag und sperrte die ArbeiterInnen aus. Bei *Hero* war die Produktion kurzzeitig beeinträchtigt, konnte nach ein paar Tagen durch Neueinstellungen aufgefangen werden. Die Autofit Arbeiter blieben über Wochen isoliert vor dem Werk sitzen, die Leiharbeiter suchten sich nach und nach neue Jobs.

Bei Gesprächen mit den Arbeitern in den Protest-Camps vor den Fabriken wurde deutlich, dass sie sich stark auf die gewerkschaftlich-formalen Organisationsstrukturen verlassen: sie reden nicht direkt mit den *Hero-* oder *Maruti Suzuki*-Arbeitern, sondern nur mit deren Gewerkschaftsoffiziellen und anstatt andere Arbeiter der umliegenden Fabriken anzusprechen, warten sie auf symbolische Gewerkschaftsdemos vor dem Arbeitsgericht. Die anfängliche Einheit von Festeingestellten und Leiharbeitern (ohne die die Festeingestellten nichts unternehmen könnten), wird mit dem Fokus auf die Drei-Jahres-Tarifverträge und gewerkschaftlichen Prozesse, von denen die Leiharbeiter ausgeschlossen

[6] Die AAP ist eine Partei, die aus der Anti-Korruptionsbewegung hervorgegangen ist. Sie sieht sich selbst als Partei der »breiten Bevölkerung« und der »normalen Leute«.

ohne Erfolg. Alle wilden Aktionen, bei denen ArbeiterInnen tatsächlichen Druck aufbauen können, wie z.B. während der Besetzung beim Zulieferer *Napino Auto* 2012, bleiben im Unterschied zu den »offenen« Konflikten weitestgehend unbekannt. Auch für ArbeiterInnen im selben industriellen Gebiet.

Der gewerkschaftliche Rahmen drückt auch eine Hoffnung der ArbeiterInnen aus, ihre Lage ohne große Risiken verbessern zu können. Er beschränkt den gesellschaftlichen Unmut auf eine *betriebliche oder sektorale* Ebene, während die Anti-Korruptionsbewegung gleichzeitig erst als außerparlamentarische Bewegung und spätestens mit dem Wahlsieg der *Aam Admi Party* (AAP)[6] in *Delhi* Ende 2013 als parlamentarische Kraft den Unmut auf das *formal-politische* Ebene führt. Dabei verbinden sich diese beiden Entwicklungen teilweise in den gleichen Personen: So kandidiert der Gewerkschaftspräsident bei *Maruti Suzuki Gurgaon* in den kommenden Parlamentswahlen für die AAP. Er stand während des Streiks in Manesar klar auf der Unternehmerseite, auch wenn er jetzt ab und zu Solidaritätserklärungen für die Gefangenen *Maruti*-Arbeiter unterzeichnet.

le BIP pro Kopf 3862 US-Dollar, womit die Ukraine international auf Stelle 112 lag, hinter Ländern wie die Mongolei, Mazedonien oder Angola.

[5] Roman Danyluk: Freiheit und Gerechtigkeit. Die Geschichte der Ukraine aus libertärer Sicht. (Edition AV, Lich 2010)

[6] Als Kosaken wurden turko-tatarische Krieger bezeichnet, die ab etwa 1500 befestigte Lager an südrussischen, sibirischen und ukrainischen Flüssen errichteten und unabhängige Gemeinschaften bildeten. Diese Siedlungen beruhten lange Zeit auf Gemeineigentum und einer Art Versammlungsdemokratie. Die heutigen Kosaken sind dagegen überwiegend prorussisch-reaktionär.

[7] Noch in den 1930er und 40er Jahren trug die Landwirtschaft zu zwei Dritteln zum BIP der UDSSR bei.

Elend der Lohnabhängigen und RentnerInnen aus. Ein Krankenhausarzt in Kiew verdient 300 Euro im Monat und muss für eine kleine Wohnung 250 Euro Monatsmiete berappen. Eine Verkäuferin in einem Lebensmittelladen erhält bei einer Sechstagewoche umgerechnet sieben Euro pro Tag. Die monatliche Rente der meisten Ruheständler liegt nach 40 bis 45 Arbeitsjahren bei 20 bis 100 Euro. Doch viele Löhne und Renten werden verspätet und unvollständig ausbezahlt. Daher spielt Subsistenzwirtschaft eine große Rolle. Die meisten Menschen bauen in ihrem Garten oder auf dem Balkon Gemüse und Kartoffeln an, um nicht hungern zu müssen. Wer Verwandte auf dem Land hat, wird von dort mit Lebensmitteln aus dem Eigenanbau versorgt. Die geringen und prekären Löhne werden zudem von der hohen Inflation angegriffen. Ein Großteil der Menschen träumte lange davon, dass sie selbst oder ein Familienangehöriger ins Ausland emigrieren könnte, um dort ein besseres Leben zu finden. Viele WestukrainerInnen arbeiten auch regelmäßig mit Touristenvisum in Polen oder Deutschland und kennen die dortigen Verhältnisse: höhere Löhne, bessere Infrastruktur, niedrigere Preise. Doch viele aus der jungen Generation – insbesondere die Studierenden – haben es mittlerweile satt, immer nur zwischen schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen oder Auswanderung wählen

Kosaken und ihren autonomen Gemeinschaften[6] haben daher alle sozialrevolutionären Bewegungen in der Ukraine immer zusammen mit der einfachen Landbevölkerung[7] für soziale Gleichheit, aber auch für die Würde der Menschen gekämpft. Auch heute sprechen viele Protestierende auf dem *Majdan Nesaleshnosti* (Platz der Unabhängigkeit) davon, nicht mehr fremdbestimmt leben zu wollen und endlich die vollständige Unabhängigkeit zu erlangen. Damit meinen die meisten ein selbstbestimmtes Leben, sowohl auf individueller Ebene wie in gesellschaftlicher Hinsicht.

Autoritarismus und Repression

Viele Protestierende verbanden mit einem EU-Beitritt sowohl die Verbesserung ihrer sozialen Lage wie die Demokratisierung der politischen Strukturen. Bei den letzten Parlamentswahlen 2012 war Janukowytschs *Partei der Regionen* mit 30 Prozent der Stimmen als stärkste Kraft hervorgegangen und konnte mit Unterstützung der Kommunistischen Partei (13 Prozent) eine Regierung bilden. Die KPU ist eine prorussische und rückwärtsgewandte Partei, die mit Altkadern und Apparatschiks aus Sowjetzeiten durchsetzt und hoffnungslos überaltert ist. Die parlamentarische Opposition bestand aus der konservativen Vaterlandspartei (*Batkiwschtschyna*) von Julija Tymoschenko, der 2010 gegründeten

gescheitert. Auch die Kampagne für das »Schlandnet«, das nationale (später europäische) Internet, hat nicht funktioniert. Jetzt soll die Augenhöhe über die Ausweitung der eigenen Aktivitäten hergestellt werden.

In den USA ist das ähnlich: Obama rechtfertigt den Status quo; die Vorsitzende des zuständigen Parlamentsausschusses Feinstein ist zwar verärgert, dass auch ihr Ausschuss abgehört und die Computer manipuliert wurden, fordert aber gleichzeitig weitere Rechte für die Geheimdienste.

Der politische Ausblick hat sich gegenüber dem Artikel in der *Wildcat 95* kaum verändert. Unser erster Beitrag beleuchtete die internationale Zusammenarbeit der westlichen Geheimdienste, insbesondere die globale Tendenz zu Aufhebung der Trennung von Polizei, Militär und Geheimdiensten. Die massive personelle Ausweitung dieser Dienste wäre ohne private Dienstleister nicht möglich gewesen. Weiteres Thema war die Überwachung des Arbeitsplatzes und die Konsequenzen für Streiks und Massenbewegungen.

Im Folgenden wollen wir drei Themen behandeln: Die Rolle der Überwachung in den geopolitischen Strategien der Staaten, der Zusammenhang von Überwachung und dem Geschäftsmodell der IT-Unternehmen und drittens die Frage nach Gegenbewegungen.

tet immer wieder Unterstützung an. Die Geheimdienste leisten »logistische« Unterstützung der Kriegsführung »befreundeter« Staaten. In Kolumbien erhielt das Militär Echtzeit-Informationen über die Zielpersonen der FARC und der ELN durch die NSA. Da sich die Zielpersonen mit »normalen« militärischen Mitteln nicht töten ließen, lieferte die CIA Bausätze an das Militär, die aus konventionellen Bomben »smarte« Bomben machen. Gleichzeitig hat ein Umbau der Armee begonnen, der die Geheimdienste deutlich wichtiger macht, der Drohnenkrieg ist ohne sie nicht denkbar. Neben der Privatisierung der Kriegseinsätze mithilfe von Söldnerarmeen sind die Drohneneinsätze das Mittel der Wahl, um die Zahl getöteter US-Soldaten in den Griff zu kriegen. Sie können zudem auch in Ländern eingesetzt werden, denen kein Krieg erklärt wurde.

Für diese Kriegsführung ist eine zuverlässige Kommunikations-, Ortungs- und optische Überwachungsinfrastruktur notwendig. Deswegen ist das aktuelle Aufrüstungsrennen zwischen den USA und **China** so wichtig. Es findet genau an dieser Kante statt: Entwicklung von Aufklärungssatelliten und -drohnen sowie Werkzeugen, um die Aufklärungsinfrastruktur der anderen auszuschalten. Die chinesischen Geheimdienste suchen das Internet systematisch nach offenen Lücken in der Infrastruktur ab, denn weltweit gibt es eine große Zahl

Für die Dienste beginnt Überwachung erst, wenn ein Mensch die Daten sieht. Deshalb lügen die Dienste nicht, wenn sie ihre Gesetzestreue betonen. Durch diese Definition kann Obama behaupten, nicht alle Menschen würden überwacht, sondern nur ausgesuchte Ziele. Er kann sich dabei auf die Tradition beziehen, eine solche Definition findet sich schon im Handbuch des Verteidigungsministeriums von 1982. Auch in Deutschland wird diese Definition propagiert, etwa von Otto Schily, auch Konzerne wie Google berufen sich darauf.

In Pakistan gab es zwischen 2004 und 2013 381 Drohnenangriffe, die 3646 Menschen töteten. Für denselben Zeitraum gibt es Schätzungen von weltweit mindestens 4700 Toten.

dung von F-16-Kampfflugzeugen nach Polen und AWACS-Flugzeugen reagierten. VertreterInnen der Grünen befinden sich schon wieder im Kriegsmodus. Das geleakte Telefongespräch der ukrainischen Präsidentschaftskandidatin Tymoschenko (»dem Bastard [Putin] in die Stirn schießen«) heizt die Sache weiter an.

Steckt hinter diesem Säbelrasseln eine langfriste Strategie – oder ist es nur der Versuch, den Gegner zu destabilisieren? Was wird in der Ukraine ausgefochten?
Immanuel Wallerstein hat diesbezüglich auf das langfristige geostrategische Ziel der us-Außenpolitik verwiesen, die Achse Berlin-Moskau zu verhindern, die den eigenen Interessen gefährlich werden könnte. In Obamas Außenministerium sitzt eine wichtige Vertreterin der Neocons. Mit ihrem Spruch »Fuck the EU« hat sie den europäischen PolitikerInnen gezeigt, wo der Hammer hängt. Laut dem strategischen Kopf und antikommunistischen Hardliner Zbigniew Brzeziński, erster Präsident der Trilateralen und Berater der demokratischen us-Präsidenten, beherrscht Eurasien, wer die Ukraine beherrscht – und wer Eurasien beherrscht, beherrscht die Welt. Seine Strategie, einzelne Länder aus dem Warschauer Pakt herauszulösen, scheint aufgegangen.

Gegen diesen Unilateralismus gibt die EU seit Jahren vor, ein Gegengewicht zu entwickeln, das über Diplomatie und

Osteuropa müssen wir uns mit Faschos und Krieg auseinandersetzen.

Fünf Millionen UkrainerInnen haben in der EU gearbeitet – meist mit Touristenvisum in Polen und zu Niedriglöhnen. Sie kennen also die für sie vorgesehenen Bedingungen, halten aber dennoch eine Angleichung der Ukraine an europäisches Niveau für realistisch – freilich bei insgesamt schlechter werdenden Bedingungen in Europa. Nachdem ArbeitsmigrantInnen aus Bulgarien und Rumänien jetzt legal in der BRD arbeiten dürfen, wird es Zeit, für billigen Nachschub zu sorgen: aus der Ukraine. Deshalb muss es Visa-Freiheit geben – selbstverständlich alles für den Aufbau der Demokratie.

Den folgenden Artikel hat Roman Danyluk für die Wildcat geschrieben. Er vermeidet Spekulationen über bisher nicht geklärte Details (z. B. wer die Heckenschützen am 20. Februar bezahlt hat, die innerhalb von Stunden die Situation eskalierten) oder geopolitisches Schwadronieren, sondern konzentriert sich auf die innere Entwicklung der Bewegung und die unterschiedlichen Motivationen der TeilnehmerInnen. Eines ist offensichtlich: Die ArbeiterInnen, die bei dieser Revolte dabei waren, werden zwischen zwei Fraktionen der Herrschenden zerrieben. Im Falle eines Krieges verschlechtern sich ihre Bedingungen. Wir dürfen uns kein Stück von ihrer Krieglogik gefangen nehmen lassen!

Druck zu expandieren, was nur kreditfinanziert möglich ist.

Auf der Suche nach neuen Geschäftsmodellen arbeiten die Unternehmen mit ähnlichen Mitteln wie die großen Nationalstaaten. Das ist bei **Google** besonders deutlich. Google versucht, in allen wichtigen Bereichen große Angebote zu haben, die nach Möglichkeit marktbeherrschend sind. Das fängt mit der Netzwerkinfrastruktur an: Von den Endgeräten (*Android, Chromebook, Google Glass, ...*) über kostenloses WLan in großen Städten zum eigenen High-Speed-Internetservice (*Google fiber*). Aktuell verfolgt *Google* die Idee, 1000 WLan-Ballons in die Atmosphäre zu schießen, um so große Teile der Welt mit einem eigenen Internet abzudecken.

Dazu kommen die Angebote: Neben den klassischen Diensten *Suche*, *Youtube*, *Playstore*und der dazugehörigen Werbeinfrastruktur geht es dabei auch um Dienste wie *Google Books*, der einen großen Teil der (westlichen) Bücher archiviert, und *Google Maps*. Diese Kartenanwendung bringt im Hintergrund viele Ebenen der Kartographie zusammen: klassische Karten; Satellitenbilder, *Google Streetview*, eine Topologie der Internet-Infrastruktur, Auswertung von »Livedaten« darüber, was in den Gebieten passiert. Diese Karte ist neben der Sensorik auch der Kern des Versuchs von *Google*, ein selbstfahrendes Auto zu entwickeln. *Google Plus* Geld durch den Verkauf von Stickern, Games und normalen Waren, bei *WeChat*, dem chinesische Pendant zu *Whatsapp*, kann man sogar über den Dienst bezahlen.

Während *Facebook* noch kämpft, mussten andere ihr Geschäftsmodell schon umstellen. Den Mobilfunknetzbetreibern sind die SMS-Einnahmen bereits weggebrochen, das wird aufgrund der neuen Sprachfunktion der Messenger auch mit den Telefoneinnahmen passieren.

Das mobile Internet ist sehr wichtig. 2013 wurden erstmals mehr als eine Milliarde Smartphones verkauft, vor allem in China oder Indien. Zum Vergleich: 2013 wurden insgesamt 1,8 Mrd. Handys, 195 Millionen *Tablets* und 315 Millionen PCs verkauft.

Walmart: der überwachte Supermarkt

Doch nicht nur die IT-Unternehmen verändern sich durch die neuen Möglichkeiten von Überwachung und Auswertung. Bei Konzernen wie *Walmart* ist die Veränderung noch augenfälliger. Hier geht es von der Überwachung des Käuferverhaltens zur Verwaltung des Warenprogramm, der Bestellmengen und -zeitpunkte. In den USA ist *Walmart* gleichzeitig eine der großen Banken und kann so das Kaufverhalten und den Kontostand

den Seiten kann man ihre Arbeit, die neuesten Forderungen und Ergebnisse verfolgen:
bhprotestfiles.wordpress.com (Englisch)
www.bhplenum.info (Serbokroatisch)

mehr aufrechterhalten konnte. Die Leute stürmten rein und zündeten das Gebäude an, in dem die Privatisierungen geplant und beschlossen worden waren.

An diesem Tag breitete sich der Aufstand auf viele Städte in Bosnien aus. Auch in der Hauptstadt Sarajevo und in Mostar wurden Regierungsgebäude angezündet. Die Kantonalregierungen in Sarajevo, Tuzla und Zenica erklärten ihren Rücktritt. Noch am Wochenende taten dies auch der bosnische Polizeichef, der Regierungschef in Bihać (und damit die Kantonalregierung Una-Sana) und der Parlamentspräsident vom Kanton Herzegowina-Neretwa (Hauptstadt Mostar). Im serbischen Teil des Landes, in der *Republika Srpska*, blieb es ziemlich ruhig, aber auch dort gingen in der größten Stadt Banja Luka (200 000 Ew.) ein paar hundert Leute auf die Straße.

Danach endete der Aufstand, ArbeiterInnen und AktivistInnen formulierten Forderungen[5] und organisierten sich in Plenen. »Das Gebäude ist niedergebrannt, die Regierung gestürzt – damit war irgendwie der Punkt verloren, an dem es weitergehen konnte; also versuchten wir Forderungen zu formulieren«, sagte ein Genosse im Interview. Bis jetzt finden »repräsentative Plenen« in 21 Städten in *ganz* Bosnien statt (also auch im serbischen Teil und im *Brčko-Distrikt*).

füllt, wird das *online* zusammengefasst.

Was ist dran am Glauben an eine neue »Expertenregierung«? Wissen die ArbeiterInnen, dass Forderungen nach »Professionellen« schon in den Zeiten der Selbstverwaltung dazu geführt haben, dass die Betriebe kapitalistisch wurden? Funktioniert das Plenum als Organisationsform, um die Forderungen durchzusetzen?

Vielleicht trösten sich die ArbeiterInnen mit Forderungen nach einer »professionellen Regierung« oder Hoffnungen auf eine rein auf Plenum ausgerichtete »direkte Demokratie«. Sie wissen, dass ihnen mit der Schließung der Fabriken die Macht in den Betrieben genommen wurde. Trotzdem stehen sie hartnäckig zusammen. Die ArbeiterInnen der geschlossenen Waschmittelfabrik *dita* bewachen rund um die Uhr die Maschinen, damit diese nicht abtransportiert werden können. Es ist wichtig, dass die ArbeiterInnen *zusammen* bleiben und weiterhin gemeinsam organisiert sind. Bei unserem Besuch vor den Werkstoren empfing uns nur die vom Direktor angeheuerte *Security*, die ArbeiterInnen wollten dort nicht mit uns reden. An einem anderen Ort konnten wir jedoch ein langes Interview mit einer Streikführerin der Fabrik machen,

die völlig entgrenzten Arbeitszeiten zu akzeptieren. Das zu denken fällt jetzt nicht mehr so leicht.

Neben der verschärften Repression sind es die Konflikte durch solche Jobs, die die momentan Szene zersetzen. So ist die *Fulldisclosure*-Mailingliste, einer der wichtigsten Orte der Veröffentlichung von Sicherheitslücken im März geschlossen worden. In der Begründung heißt es: » There is no honour amongst hackers any more. There is no real community. There is precious little skill. The entire security game is becoming more and more regulated. This is all a sign of things to come, and a reflection on the sad state of an industry that should never have become an industry.«

te sich eine Gegeninitiative unter dem Namen »Do Not Track«. Die Bestrebungen gingen von Lösungen auf der Protokollebene bis zu juristische Initiativen vor allem über die EU, der technische Hauptfokus richtete sich auf das *Tracking* mit *Cookies*. Diese Verfolgung lässt sich durch Browsererweiterungen relativ leicht mit wenig sonstigen Einschränkungen unterbinden.

Trotzdem lässt es sich im heutigen Internet kaum noch vermeiden verfolgt zu werden. Statt auf *Cookies* setzen die meisten Firmen jetzt auf »Fingerprinting« ihrer Nutzer. Gemeint sind damit Methoden, die Identität des Nutzers an verschiedenen Parametern festmachen: Einstellungen des Browsers, Verhalten des Nutzers (in welcher Reihenfolge klickt er auf Links), IP … Diese Methode geht bis zur Analyse des Schreibstils und der Bewegungsdaten, falls vorhanden.

Da große Teile des Internets durch die oben beschriebenen Unternehmen geprägt sind, liegt das »alte Internet«, in dem jeder Nutzer gleich behandelt wird, in seinen letzten Zügen. Immer mehr Nutzer finden sich in einem Internet wieder, das sie erkennt und die angezeigten Inhalte danach aussucht. Viele neue Benutzer lernen nur die eingezäunten Bereiche der »sozialen« Netzwerke kennen. Neben dem *Chat*, dem neuen Hauptkommunikationskanal im Internet, sehen sie Inhalte an, die genläufiger Interessen und Arbeitsweisen in den Diensten. Aber auch aus technischen Gründen, die Automatisierung vieler Entscheidungen und Auswertungen ist immer noch sehr fehlerhaft.

Mehr als nur dagegen?

In dieser erschreckend geballten Form ist die Überwachung für viele erst durch die *Leaks* deutlich geworden. Und das hat Auswirkungen: In den USA hat der Widerstand gegen die Überwachung zugenommen. In vielen Kommunen mit NSA-Standorten gibt es Kampagnen, diesen Komplexen die notwendige Infrastruktur für Strom und Wasser zu verweigern. Gestützt werden diese Proteste durch krtische Studien, eine zeigt, dass die NSA-Massenüberwachung keinen Terroranschlag verhindert hat; eine zweite, dass die Massenüberwachung innerhalb der USA und gegen US-Bürger illegal ist.

Trotzdem blieben die Reaktionen erstaunlich schwach. Gerade die »alten« Gegner konnten nicht profitieren, manche wie die Piratenpartei haben sich stattdessen selbst zerlegt. Die großen NGOs zum Thema *digital civil rights* konnten zwar einige neue Mitglieder gewinnen, aber weder die amerikanische *Electronic Frontier Foundation*, noch das *European Digital Rights Network* oder der *Chaos Computer Club* (CCC) haben eine Kampange geschaffen, der sich andere anschließen können.

treiber den Nationalismus benutzen. Dieser stieß auf fruchtbaren Boden, weil die Steigerung des Lebensstandards seit einigen Jahren ans Ende gekommen war.

»Das Ende der Geschichte« bedeutete, dass den Proleten die Rechnung präsentiert wurde. Jetzt riefen auch ehemalige 68er-Revolutionäre zum Bombenkrieg auf (auf jugoslawischer *und* europäischer, vor allem deutscher Seite).

Besonders grausam wurde der Krieg in der Teilrepublik Bosnien-Herzegowina geführt, weil dort viele ArbeiterInnen nichts zu schaffen hatten mit ethnischen Zuschreibungen – viele Streiks gegen die Sparpolitik des Regimes in den 80ern hatten in bosnischen Betrieben stattgefunden.

Der Krieg ging nicht nur gegen die Arbeiterproteste, mit ihm wurde auch ein rechtsfreier Raum geschaffen, der die Ansprüche des Proletariats senkte (»Ich arbeite für *jeden* Lohn und wohne in den heruntergekommensten Behausungen – Hauptsache Frieden!«). Alle Kriege sind Raubzüge. Im jugoslawischen Fall ging der Raubzug gegen die Betriebe in Arbeitereigentum.

Über Jugoslawien hinaus senkte der Krieg auch das Lohn- und Reproduktionsniveau des gesamten europäischen Proletariats, weil er gut ausgebildete FacharbeiterInnen als Kriegsflüchtlinge in den Norden und Westen schleuderte.

Kriterien« vergeben – und teilt die 3,8 Mio. EinwohnerInnen BIHs in zwei große Teile, in die serbische *Republika Srpska* und die bosniakisch-kroatische *Föderation von Bosnien und Herzegowina*, und in den kleinen *Brčko-Distrikt*.

Die zwei großen Landesteile haben jeweils ein eigenes Parlament und eine eigene Regierung, zusätzlich gibt es noch ein Parlament und eine Regierung für den Gesamtstaat. Neben der Föderationsregierung in Sarajevo gibt es in jedem der zehn Kantone der *Föderation* auch noch eine eigene Regierung mit eigenen Ministern samt mehreren Verwaltungsebenen. Insgesamt existieren 150 Ministerien. Die untere Grenze des Einkommens der Leute in diesen Apparaten ist in jedem Fall 3000 Euro und nach Amtsende wird ihr Gehalt für ein Jahr weiter bezahlt (»goldener Fallschirm«).

Der Durchschnittslohn in BIH liegt bei etwa 400 Euro netto, die Hälfte bekommt gar keinen Lohn (50 Prozent Arbeitslosigkeit), FabrikarbeiterInnen haben maximal 250 Euro. Für die einfachsten Jobs, z. B. als Reinigungskraft im Krankenhaus oder für einen Arbeitsplatz im Call Center, muss man Schmiergeld zahlen, um ihn zu bekommen. Das Einzige, was die schwierige Situation des Proletariats abfedert, ist ein Gesetz aus dem Jahr 2000, das allen, die bis 1990 eine Wohnung im »Volkseigentum« hatten, diese übereignete.

le. Solche Vorstellungen werden der aktuellen Situation aber überhaupt nicht gerecht.

Interessanter ist die auf der von Geert Lovink gegründeten *nettime*-Mailingliste diskutierte Analyse, dass die Massenbewegungen der »civil disobedience« so wichtig sie waren und sind, nie Macht entwickelt haben, wenn sie nicht von Massenstreiks begleitet waren. Organisiert man nur die IT-ArbeiterInnen oder versucht man, Industriearbeiter und IT-Arbeiter zusammenzubringen? Eine Idee ist Gewerkschaft vom Typ der *Wobblies*, die die ArbeiterInnen mit Unterstürzung aus dem Internet zusammenbringt über Leakplattformen für Arbeitsbedingungen, Kartografie der Produktions- und Supplychains oder ähnlichem unterstützt. Allerdings finden diese Diskussionen bisher nur auf der konzeptionellen Ebene statt.

zwischen dem »Öffentlichen/Politischen« und dem »Privaten«. Auf der Seite der Überwacher ist das längst vollzogen. Weil die AktivistInnen ihr Problem mit der massenhaften Überwachung als Datenschutz und Verteidigung der Privatsphäre fassen, stützen sie Vorstellungen und Strategien der Individualisierung. Das Problem mit der Massenüberwachung ist nicht die Einschränkung des Denkens als Einzelner, sondern dass die Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns beschnitten werden sollen. Und darum geht es ja schließlich!

Einer der Gründe für das Ausbleiben großer Proteste von unten ist die fehlende »Erfühlbarkeit« der allgegenwärtigen Überwachung. Spürbar wird sie erst dort, wo sie Folgen für das eigene Verhalten hat: im »Strafregime« des Staates und am Arbeitsplatz. Das passiert aktuell in Kalifornien, hier trifft die ökonomische Krise auf die neuen Geschäftsmodelle der IT-Giganten.

Deswegen sind die Proteste der krisengebeutelten BewohnerInnen von San Francisco gegen Räumungen und Vertreibung durch IT-ArbeiterInnen wichtig. Sie versuchen ihre Lebensbedingungen mit den Fragen der Massenüberwachung zusammenzubringen. Nur so kann´s gehen! ■

kalen Szene herrschte ein unglaublicher Druck, wählen zu gehen. Angesichts der Ergebnisse in

aufbauen.

1. April 2014

P.S. Die BRD: Ein rassistischer Ordnungsstaat

Über die Zuspitzung der Konflikte um die Migration von Rumänen und Bulgaren hatten wir bereits berichtet. Ein Brennpunkt liegt im Ruhrgebiet. Dort wird seit einigen Jahren über von Rumänen und Bulgaren bewohnte »Ekelhäuser«, seit Neuestem etwas »korrekter« »Problemhäuser« genannt, gestritten.

Im letzten Jahr wurde parallel zu den rassistischen Mobilisierungen gegen Flüchtlingsunterkünfte auch gegen solche Häuser mobilisiert, besonders heftig gegen das von Roma bewohnte Haus »In den Peschen 3-5« in Duisburg Rheinhausen. Von besorgten Bürgern über Rechtspopulisten bis zu organisierten Faschos waren dabei alle am Start. Antifas mussten zeitweise Nachtwachen organisieren, es kam zu handgreiflichen Auseinandersetzungen.

Die regierende Sozialdemokratie operierte mit völlig überhöhten Zahlen bzgl. der BewohnerInnen und mit Kampfbegriffen wie »Klaukids«. Immer wieder stürmte Polizei das Haus, mit Begründungen, die sich immer wieder als falsch herausstellten. Die Landesregierung will im April ein Gesetz erlassen, wonach Kommunen wegen »Vermüllung und Überbelegung« Eigentümer anweisen können, Häuser zu räumen. In Duisburg ging das noch nicht, also trieb die Stadt die Kosten des Betriebs in die Höhe. Gleichzeitig unterbreitete sie dem Eigentümer, einer Rockergröße, ein Kaufangebot, verbunden mit der Bedingung, das Haus bis zum 15. April besenrein und leer zu übergeben.

Seit Dezember ließ der Rocker mehrere seiner Häuser räumen, im März auch das Haus »In den Peschen«. Für die Unterbringung in adäquatem Wohnraum sieht sich die Stadt in keiner Weise verantwortlich. Sie ließ ihre Sozialarbeiter die Räumungen zum reibungslosen Ablauf begleiten: »Hier gilt: Eine neue Wohnung muss sich jeder selbst besorgen.« Man setze auf die »Mobilität der Betroffenen« hatte sich Duisburgs Sozialdezernent (SPD) geäußert – und gemeint: hoffentlich aus Duisburg weg! – Wasser auf die Mühlen der organisierten Nazis.

hung gegen ArbeiterInnen funktioniert.

»Fabrik der Exlusionen«
heißt ein Abschnitt im Buch. Gefängnisse, Psychiatrien, Alters- und Jugendheime und die dazugehörige Drogen- und Ausländerpolitik sollen den Schein erzeugen, dass die Leute integriert und (wieder) zum Teil der Gesellschaft gemacht werden sollen, sobald sie sich richtig verhalten.

Eine Exklusionsfabrik der besonderen Art ist die Gentrifizierung. Armut soll unsichtbar gemacht, ein »sauberes« Stadtbild vorgegaukelt werden. Anhand vom Um- und Neubau des Wiener Westbahnhofs beschreibt Sommer, wie Obdachlose zur Bedrohung für Fahrgäste der ÖBB gemacht und von ihren Schlaf- und Aufenthaltsplätzen vertrieben werden. Das wird durchgesetzt vom Staat und von neuen Dienstleistungsberufen: *Securities*, die meist von großen Supermarktketten angestellt werden. Sie sorgen dafür, dass nur Leute, die ihrem Weltbild entsprechen, in den »Shoppingcentern mit Gleisanschluss« verkehren.

In den psychiatrischen und Altersknästen sperren sie im Dienste der Tablettenfabriken die unteren sozialen pelte Mindestlohn im Becher eines Bettlers liegt. Wiener gehen nach Ungarn, um ihr drittes Gebiss zum Bruchteil des Preises in Österreich anfertigen zu lassen. Genauso logisch hätten österreichische Unternehmen ihre Produktionsstätten in den Osten »verlagert« und zahlen dort rumänische oder bulgarische Löhne. Das werde hingenommen, aber wenn Menschen aus anderen Ländern kommen, wird Angst geschürt, die Überwachung und strengere Gesetze rechtfertigt.

Nachdem das Buch mit einigen ausweglosen Schicksalen begonnen hat, warnt Sommer vor Resignation. Er macht im letzten Kapitel Hoffnung: »Der Tag wird kommen«, an dem genau diese Freiheit des Nichts-zu-verlierens des gesellschaftlichen Rands das Potential für revolutionäres Handeln sichtbar machen könnte. Sommer stellt den Rand nicht als Opfer dar, sondern jeder leistet oder entwickelt auf seine Art eine Form von Widerstand.

Die einfache Schreibweise des Buches und der Wiener Witz, der sich durch das ganze Buch zieht, machen es sehr sympathisch. Um nur 10,- Euro ist es sowieso Pflicht. ■

die drei davor – von den Kapitalisten, der Arbeiterkammer, dem Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Partei beschlossen. Es sah vor, dass die Preise für Lebensmittel und Strom stärker als die Löhne steigen sollten.

Gegen diesen Reallohnverlust begannen am 25. September 1950 wilde Streiks, die sich von Beginn an gegen die Gewerkschaftsbürokratie und auch gegen die Sozialdemokratie richteten. Nach dem missglückten Versuch der SPÖ – damals noch *Sozialistische Partei Österreichs* – die Arbeiter zu kontrollieren, zeigte sie das zweite Gesicht ihres Paternalismus: Medienhetze gegen einen angeblichen kommunistischen Putschversuch, Schlägertrupps gegen streikende Arbeiter unter der Führung des Vorsitzenden der Bau- und Holzgewerkschaft, Franz Olah.

Olah (1900-2009) war eine Schlüsselfigur bei der Niederschlagung des Streiks. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte er eine einjährige Schulung – Thema: »Bekämpfung von Linken« – in den USA erhalten, danach hohe Posten in der SPÖ und im ÖGB bezogen. 1948 folgte ein weiterer Aufenthalt in den Vereinigten Staaten, finanziert mit Gewerkschaftsbeiträgen.

den meisten Bewegungen auch der Kampf gegen »Korruption« wichtig. Ein Beispiel hierfür ist **Indien (S. 59)**.

In diesen Bewegungen spielen StudentInnen und »arbeitslose« AbsolventInnen eine zwiespältige Rolle. Bei der Radikalisierung der Proteste sind sie wichtig, oft organisieren sie die Infrastruktur und geben der Bewegung ihre Stimme. Gleichzeitig beharren sie auf einem ihrem Abschluss entsprechenden Job, so, als würde ein Stück Papier ihnen einen moralischen Anspruch auf eine gut bezahlte und »berufserfüllte« Zukunft geben. Warum dieser Anspruch so wirkungsmächtig ist und welche Auswirkungen er für die »revolutionäre Linke« hat, damit beschäftigt sich der Artikel **Beruf und Bewegung (S. 28)** . Anlass für den Artikel war die soziologische Zuarbeit eines Mitglieds von *Aufheben* zu Repressionsbehörden, die an soziologischen Untersuchungen über alle Formen von Opposition stark interessiert sind: So finanziert das britische Verteidigungsministerium Untersuchungen über Hackerkultur, Massenverhalten bei Festivals und in Stadien, *Twitter*, *Facebook* und *Anonymous*. Solche Überlegungen haben eine lange Tradition:

stocken die Kreisläufe. Die Enthüllungen zerstören Vertrauen, sowohl in staatliche Stellen, als auch in den Unternehmen, die mit den Geheimdiensten zusammenarbeiten. Die Auswirkungen dieses Vertrauensverlustes sind noch ungewiss.

Auch im zweiten »geheimdienstrelevanten« Komplex bringen wir eine Fortsetzung, denn seit unserem letzten Artikel ist einiges passiert (**NSU S. 20**). Was die Bundesanwaltschaft im Münchner Prozess krampfhaft auf eine »Dreier-Zelle plus eine Handvoll Helfer« reduzieren will, ist regional deutlich stärker verankert und bundesweit dicht vernetzt. Zum anderen ist dieses Netz noch massiver als gedacht von V-Leuten durchsetzt. Mit einem Zitat von Fritsche (»Es dürfen keine Geheimnisse bekannt werden, die das Handeln des Staates beeinträchtigen könnten«) hatten wir den letzten Artikel überschrieben. Er ist nicht mehr Staatssekretär im Bundesinnenministerium, sondern hat im Bundeskanzleramt den neu geschaffenen Posten als Staatssekretär für die Belange der Geheimdienste. Ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Geheimdienste noch mächtiger werden sollen.

Den Zusammenhang zwischen Krieg nach außen und Abbau des Sozialstaats hatten wir in unseren Flugis gegen den Jugoslawienkrieg 1999 als

Soldner. Der Beitrag von Holger Raschke beschreibt die Fußballfanszene als nach wie vor extrem nationalistisch, die einzigen Antifas sind bosniakische Fanclubs und ein Ultraclub in Istrien. Sie sind zahlenmäßig gnadenlos unterlegen, es dominieren die rechten Fans von serbischen und kroatischen Clubs, die in die mafiösen Strukturen des politischen Systems eingepasst sind – und den Eliten sehr gut als Sündenbock passen, um von ihren eigenen Verstrickungen abzulenken. Die staatliche Repression gegen die unglaublich brutalen Fans, die auch vor Mord nicht zurück schrecken, nimmt zu, weil dies auf internationaler Bühne ein Hindernis ist. In Kroatien sind die Bengalen-Choreografien nicht mehr erlaubt, Stadionverbote für *alle* Fans auswärtiger Teams sind Standard. Die Repression droht, die Fanszene völlig kaputt zu machen. Ein Beitrag zur Selbstverwaltung, den Ursula Rütten liefert, darf natürlich nicht fehlen, Ein guter Überblick!

Das Buch hat einen ebenso schön gemachten Vorgänger: »Umkämpfte Erinnerungen: Kärnten, Slowenien, Triest«, Assoziation A, 2010. ■

dem Vertrauensleutekörper eine verschworene Gemeinschaft, die ihren Zusammenhalt auf zahlreichen von der IGM bezahlten Wochenendseminaren festigt und eine »Partisanentaktik« entwirft. Sie haben das Glück, auf eine Gewerkschaftssekretärin zu treffen, die ihren konfrontativen Kurs unter Ausnutzung aller arbeitsrechtlichen Möglichkeiten voll unterstützt. »Streiken ohne zu streiken« – alle stehen an der Maschine, rühren aber keinen Finger – ist dabei die wirkungsvollste Waffe.

Diese Kampfaktionen der Belegschaft, die in ihrer Intensität und Massenhaftigkeit für hiesige Verhältnisse überaus ungewöhnlich sind, fallen nicht vom Himmel, sondern sind das Ergebnis jahrelanger systematischer Kleinarbeit und Auseinandersetzung – das wird bei der Lektüre überdeutlich. Sie verlaufen auch nicht geradlinig, sondern schwankend, zwischen Konfrontation und (Beinahe-) Kapitulation.

Das Beispiel ist sicher nicht beliebig übertragbar: Der Betrieb stellt sehr spezielle Maschinen her und ist führend auf dem Weltmarkt. Die angewandten richtigen Entscheidungen treffen.

Das Buch »Ihr seid Träumer‹ sagte der Traum« ist im Selbstverlag erschienen und kann unter der Email Adresse buchmj @t-online.de bestellt werden. Es kostet 16 Euro plus 2,40 € Versandkosten. ■

Michele di Lando, Vertreter der Ciompi in der Florentiner Ratsversammlung

Statue am Neumarkt von Florenz (19. Jh.)

In jenen Jahrzehnten näherte Florenz sich dem Zenit seines Reichtums, seiner militärischen Macht und seiner kulturellen Weltgeltung. Das Fundament der städtischen Zivilisation bildeten zahlreiche Gewerbe- und Handwerksgruppen. Motor war die Tuchproduktion, tief gegliedert in der Veredelung des Rohstoffs Wolle, breit gefächert in der Arbeitsteilung und realisiert in Heimarbeit, Verlagswesen, Werkstätten und präindustriellen Betrieben.

Wie zu erwarten, stützte sich die hochentwickelte Produktion auf eine große Zahl spezialisierter Kräfte, deren Existenzbedingungen nicht zur strahlenden Fassade der Stadt passten. Ihre Regierung spiegelte die Einteilung der nach »arti«, Zünften, geordneten Bevölkerung. Doch wer im führenden Sektor, der Wollveredelung, Lohnarbeit verrichtete, tat dies unter elenden Bedingungen, war rechtlos und bei Unstimmigkeiten im Arbeitsverhältnis nur als Bittsteller der Tuchmacherzunft geduldet. So schafften zehntausende Frauen und Männer beim Kratzen und Walken der Rohwolle, beim Kämmen, Waschen, Spinnen, und Färben. Hinzu traten Familien, bei denen die Webstühle klapperten, schließlich Frauen, Männer und Kinder, die in der Ausbesserung und Fertigstellung der Tuche tätig waren. Diejenigen, die durch Kratzen und Kämmen die Rohwolle von Schafskot und anderen Verunreinigungen befreiten, galten als

nehmen. Die Händler schlossen die Geschäfte, Unternehmer und Meister die Betriebe und Werkstätten, Arbeiterinnen und Arbeiter lernten die Aussperrung kennen, lange bevor diese Waffe des Kapitals einen Namen trug. Doch bevor die revolutionäre Staatsmacht in der Hungersnot der Tagelöhner zerfiel, verabschiedete sie ein Gesetz, wonach der formelle Zusammenschluss auch den nicht in herkömmlichen »arti« erfassten Personen erlaubt wurde, ein bislang mit Todesstrafe belegtes Verbrechen.

Was leistete hier Machiavellis analytischer Blick? Nicht einmal alle aufgezählten Fakten finden sich in seiner Darstellung. Doch dass sie aufzählbar vorliegen, gehört auch zu den Folgewirkungen seiner Methode, die sich konsequent den handelnden Menschen als Verursachern ihrer Geschichte widmet. Humanistischer Rhetorik abhold, warb er dafür, politisches Moralisieren neu zu verstehen, nämlich als Täuschungsmanöver. »Die kleinen Vergehen werden bestraft, die großen Verbrechen belohnt«, lässt Machiavelli den Anführer der »ciompi« in einer erdachten Ansprache argumentieren. Dieser rät seinen Zuhörern, die Gegner des Aufstands nackt auszuziehen,– »dann werdet ihr erkennen, dass wir gleich sind. Nur durch die Armut und den Reichtum sind wir ungleich.

Fortsetzung des Textes auf der letzten Innenseite …

- Ukraine
- Indien

- Boom, Bust und Kämpfe in den »Schwellenländern«
- Bewegung und Beruf: Linke im Dilemma